

Sozial-libertär & wahrhaft frei



- Frei denken. • Fair leben.
- Sinnvoll kooperieren.



**Die Zukunft ist, was
wir daraus machen!**

www.solmo.org



**Prof. Weißhut
vom Welt-Freiheits-Rat bestätigt:
“Sozial-libertär geht’s wieder aufwärts!”**

**Mit der Kraft der Wahrheit
zu den süßen Früchten
wahrhaftiger Freiheit!**



Die sozial-libertäre Idee



**Frei denken.
Fair Leben.
Sinnvoll kooperieren.**

**„Gemeinsam sind
wir erfolgreich!“**

M.E. Publius*

Gründer der SLB

***Latein für „1. Diener
des Volkes“.**



**Mitmachen auf
www.solmo.org**



**Für eine freie und gerechte
Gesellschaft, in der pvt. Initiative &
gegenseitiger Respekt dauerhaften
Wohlstand schaffen.**



Verzeichnis

Das sozial-libertäre Ideal

<u>Unterstützungen</u>	1
<u>Freiheitsindex</u>	2
<u>Der sozial-libertäre Plan</u>	3
<u>Folgen links-reaktionärer Herrschaft</u>	4
<u>Das gute sozial-libertäre Leben</u>	5
<u>Vernunft-Appell</u>	6
<u>Den Staat richtig dimensionieren</u>	7
<u>Ein Kapitalismus, der liefert</u>	8
<u>Moral. Verantwortung d. Gläubiger</u>	9
<u>Empfehlungen</u>	10
<u>Die sozial-libertäre Bewegung</u>	11

Eine neue Erfolgs-Übereinkunft

<u>Persönliche Botschaft des Gründers</u>	18
<u>Eine schreckliche Welt</u>	20
<u>Eine bessere Welt</u>	21
<u>Prioritäten</u>	22
<u>Ergebnisse absichern durch Werte</u>	23
<u>Freiheitsindex</u>	24
<u>Folgen des Niedergangs</u>	25
<u>Demokratische Verantwortung</u>	26
<u>Der sozial-libertäre Plan</u>	29
<u>Programm-Punkte</u>	30
<u>Zusammenfassung</u>	35

Positionen	40
-------------------------	-----------

Von der SLB unterstützt



**Selbständige &
Freiberufler für faire
Marktchancen**



*Familien für ein
leistbares Leben*



**Beamte gegen Korruption
& Verschwendung**



**Digitale Urheber
gegen
Enteignung
und für faire
Daten-Vergütung**

Der sozial-libertäre Freiheitsindex 2026

Wo die Sonne der Freiheit strahlt, wo sie flackert & wo sie ausgelöscht wird.

Land	Wirtschaftliche Freiheit (1–10); gemessen an USt & Zöllen (steuerfreies Existenzminimum)	Demog. Stabilität (1–10); gemessen an der Fertilitätsrate	Politische Verantwortung (1–10); gemessen an vollständig wechselnden Regierungen (föderal & lokal, letzte 10 J.)	Politische Freiheit (1–10); gemessen an der Staatsquote	Gesamt (max. 40)	Prognose für die nächsten 10 J.
USA	gut, viel Luft nach oben	7	6	10	6	29 1/33: Aufstieg
Indien		6	7	6	10	29 2/33: Aufstieg
Australien		5	4	10	5	24 3/33: Aufstieg
Namibia		4	9	6	3	22 4/33: Aufstieg
Schweiz		7	3	6	6	22 5/33: Aufstieg
Brasilien		4	6	5	7	22 6/33: Aufstieg
Botswana		4	9	5	3	21 7/33: Aufstieg
Kanada		4	4	7	5	20 8/33: Aufstieg
Polen		3	3	7	7	20 9/33: Aufstieg
Tschechien		3	4	6	7	20 10/33: Aufstieg
Estland		3	3	5	9	20 11/33: Aufstieg
Bulgarien		3	5	6	5	19 12/33: Stagnation
Neuseeland		4	5	5	5	19 13/33: Stagnation
Ungarn		3	4	5	7	19 14/33: Stagnation
Irland		3	4	4	8	19 15/33: Stagnation
Afghanistan		7	10	0	1	18 16/33: Stagnation
Italien		3	2	10	3	18 17/33: Stagnation
Taiwan		6	1	4	7	18 18/33: Stagnation
UK		3	5	5	4	17 19/33: Stagnation
Russland		4	4	2	7	17 20/33: Stagnation
Niederlande		3	4	5	4	16 21/33: Stagnation
Japan		5	2	5	4	16 22/33: Stagnation
Norwegen		3	4	6	2	15 23/33: Abstieg
Frankreich		3	6	5	1	15 24/33: Abstieg
Spanien		3	1	6	4	14 25/33: Abstieg
Südkorea		5	1	3	5	14 26/33: Abstieg
Singapur		6	1	0	7	14 27/33: Abstieg
Schweden		3	4	4	3	14 28/33: Abstieg
Deutschland	ein absehbares Desaster!	3	4	3	3	13 29/33: Abstieg
Belgien		3	4	4	2	13 30/33: Abstieg
Österreich		3	3	5	2	13 31/33: Abstieg
China		6	1	0	6	13 32/33: Abstieg
Nordkorea		1	5	0	1	7 33/33: Abstieg

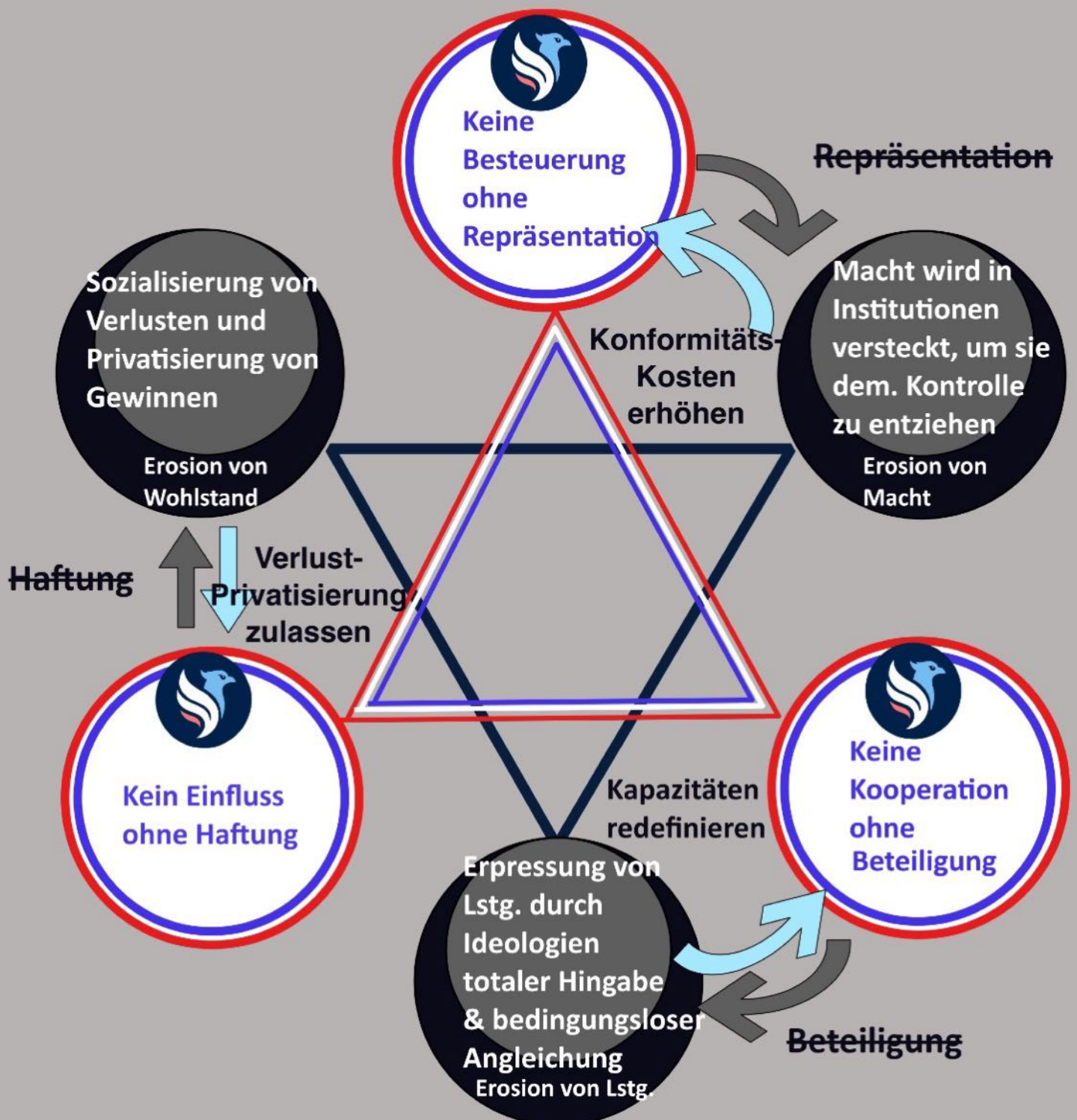
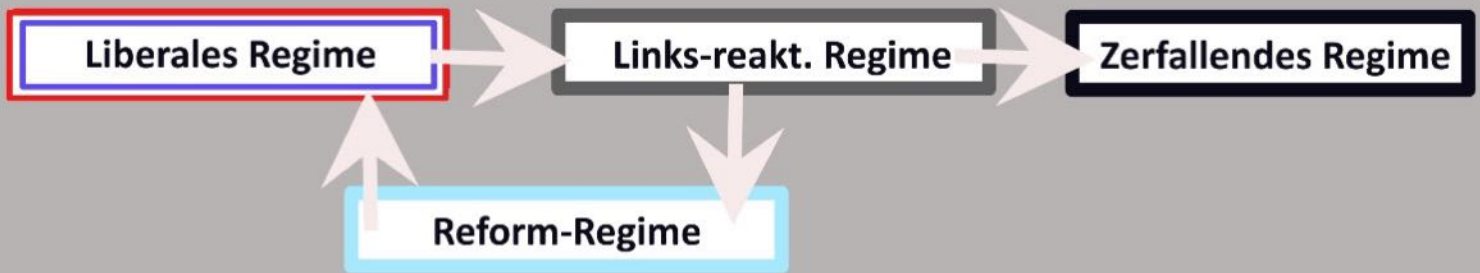
Stagnation & Abstieg durch sozial-libertäre Reformen vermeiden!
Mit dem sozial-libertären Plan!





Der sozial-libertäre Plan

Ein gutes Leben unter der Sonne der Freiheit



Wozu links-reaktionäre Herrschaft führt:

lh



Wähle das gute Leben!



Wir haben nur diesen einen Planeten!



**Beschütze ihn vor öko-
kommunistischen Ideen!
Für die nachfolgenden
Generationen!**

Den Staat richtig dimensionieren!

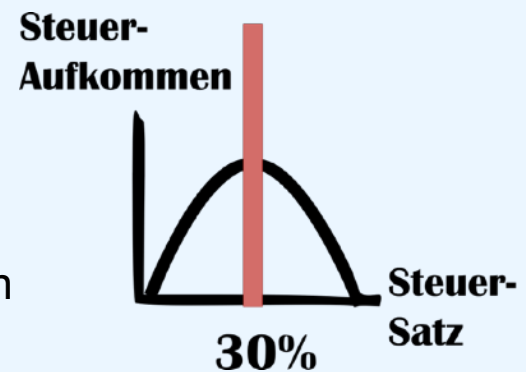


Wohlstand wiederherstellen durch solide Fiskalpolitik

Die Laffer-Kurve – den optimalen Punkt finden

Das Verhältnis zwischen Steuersätzen und Steuereinnahmen ist nicht linear.

Ein Steuersatz von 30 % führt zum höchsten Niveau von Produktion und Gesamteinkommen – darüber hinaus sinken sowohl Wachstum als auch Effizienz.



Wenn der Staatsanteil den Steuersatz übersteigt...

...wird er unfinanzierbar.

Das Ergebnis: dauerhafte Schuldenausweitung, versteckte Enteignungen oder Inflation. Die Planbarkeit wirtschaftlichen Handelns leidet – private Investitionen stagnieren.



30 % Staatsanteil und ein Kürzungs-Rangordnungsgesetz – und fertig!

Definiere drei transparente Gläubiger-Klassen:

Die, die weniger als erwartet bekommen.

Die, die ein bisschen etwas bekommen.

Die, die fast nichts bekommen.



Abstimmung abhalten & demokratische Zustimmung für die bevorzugte Option einholen!



Ein Kapitalismus, der liefert durch Kapitalstruktur-Anpassungen



Problem unzureichender Motivation der Mitarbeiter

durch hohe Kapitalpreise & zu niedrige Löhne, folglich Wachstumsschwäche und fallende Produktivität - ein Weg in den Konkurs.



Konkurs-Vermeidung?

Die Produzenten zuerst bezahlen - wie Startups

90 % der Startups scheitern, hohe Relevanz des Mitarbeiter-Engagements.



Das gilt insbesondere für etablierte Unternehmen in hochpreisigen Wohngegenden!

Untern. in Gegenden, in denen das ds. Jahreseinkommen unter 1/3 eines Einfamilienhauses liegt, sollten angehalten werden, sich im Hinblick auf die Kapitalstruktur wie Startups zu verhalten.

- hohe Kapitalbeteiligung der Mitarbeiter (Optionen), niedrige der Investoren
- letztere liegt nach div. Finanzierungsrunden trotz Bereitstellung der Kapital-Ausstattung regelmäßig bei max. 20 %



Bestellt von den dysfunktionalen Monopolkapitalisten, geliefert von der Linken!

Du kaufst "Weltrettung" und eine Antifa, die dich nicht anzündet. Du bekommst: Verknappung, Subsistenz-Steuern und Kapital-Konzentration.



Wir arbeiten nicht für böartige Schulden!

Die moralische Verantwortung der Gläubiger sicherstellen



Bösartige Schulden sind zu streichen!

Der Jurist Alexander Nahum Sack stellte ein allgemeines Prinzip für den Umgang mit unter repressiv-kolonialer Herrschaft eingegangenen Schulden auf: sie sind verabscheuungswürdig (odious) & zu streichen; die moralische Verantwortung der Gläubiger begründet die Zulässigkeit ihres Verlustes.



Mexiko annullierte im 19. Jahrhundert jene Schulden, die von Kaiser Maximilian aufgenommen worden waren, da selbiger als Despot gegen & nicht für das Volk regiert hatte.

Darauf bestehen, dass gepredigte soz. Verantwortung selber gelebt wird

Beispielsweise durch eine starke Partnerschaft mit China, Nord-Korea & Venezuela, um allen gerecht zu werden, die grundrechtswidrige Zwangskollektivierungen im Namen von Gleichheit, Inklusion & Status-Absicherung anstreben.



Empfehlungen



Alles über die Logik & Ziele der sozial-libertären Bewegung.

<https://www.amazon.de/dp/B0F4KHD67Y>

Wir unterstützen Institutionen dabei, sich befreit von ihren Komplexen neu bzw. von Anfang an richtig aufzustellen.
engage@solmo.org



Die sozial-libertäre Bewegung



**Ein Bekenntnis zur Zukunft
des Westens & zu deiner
Zukunft!**

SLB STATUTEN

Funktionsabzeichen, auf Basis eines stilisierten Freiheitsfalken mit einem Zusatz für die lokale Zuordnung (Land/PLZ)



Präsident



Generalsekretär



Sicherheitsbeauftragter



Kassenwart



Schriftführer



Öffentlichkeits-
beauftragter



langjähriges Mitglied
oder Gründungsmitglied



Mitglied

Die sozial-libertäre Bewegung



Freiheit siegt,
wenn sich Ideale in
der Realität bewähren.

Max Becker
Generalsekretär
1090



Kontakt:
Tel.: +1 123 405 4250

Gleich einen
eigenen
Freiheits-Rat
gründen

Die SLB ist
dezentral. Die
einzelnen
Ortsgruppen sind
unabhängig.

allgemeine Abzeichen



Die Bewegung wird bis zu ihrer Konstituierung
in ordentlicher Sitzung vom Generalsekretär
geführt, dem es solange obliegt, provisorische
Funktionsträger zu ernennen.

GS 20001, 29.9.2025

-12- ^



GS
20001
ME



Beitritts- Gesuch



Abzugeben an ein ausgewiesenes SLB-Mitglied oder per E-Mail an engage@solmo.org.

Ich erkläre meinen Wunsch zum Eintritt in die
SLB-Ortsgruppe
& stimme der Verarbeitung meiner Daten für Einladungen & mit-
gliedschaftsbezogene Informationen zu.

Name:

Anschrift:

E-Mail:

Telefon:

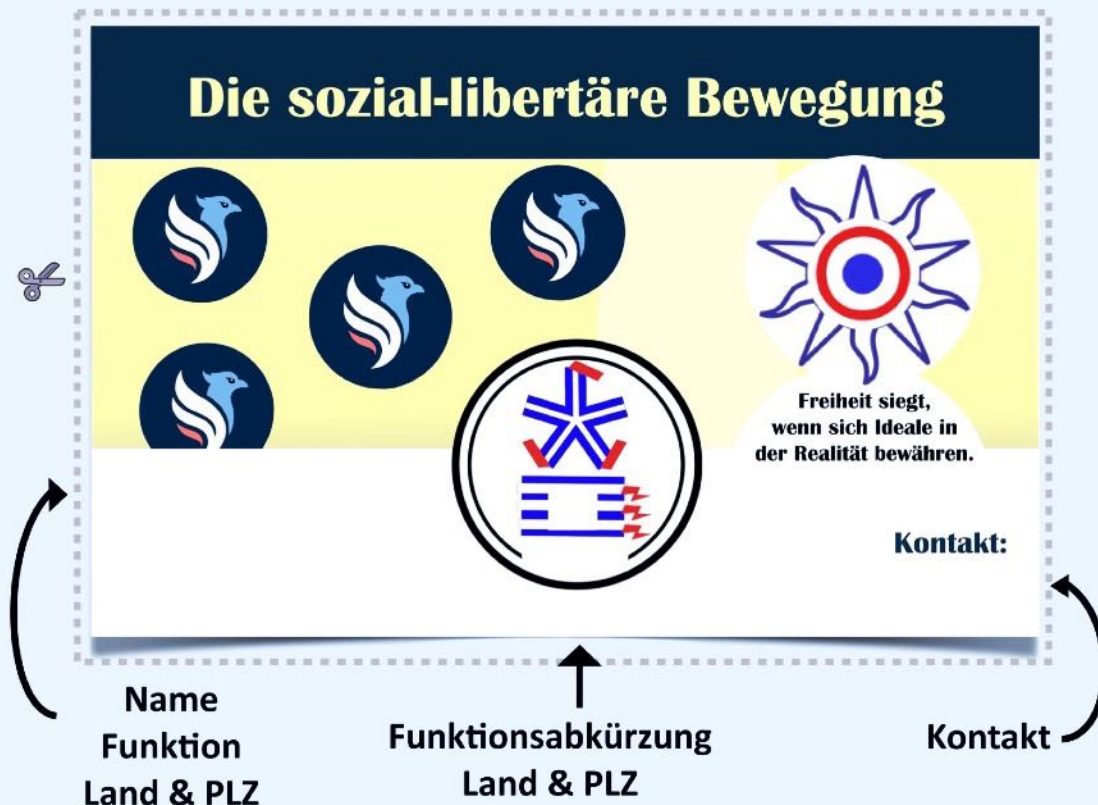
Datum:

Unterschrift:



Mitgliedskarte

Auszustellen nach Entgegennahme & positiver Prüfung eines Beitritts-Gesuchs.



Als Zeichen ihrer Mitgliedschaft begrüßen sich Anhänger der Bewegung, indem sie dem Freiheitsfalken Loki ihren Respekt erweisen: A: „Ave Loki“. B: „Ave Loki“. In Anwesenheit von „Nicht-Schwarm-Genossen“ wird die Abkürzung „alo“ verwendet.



Eine weitere Begrüßungs-Formel:
A: „Wie geht’s den alten Knochen?“.
B: „Gut, solange sie nicht die Geier fressen“

SLB-Feier-Zeremoniell



Seid begrüßt, ihr aufrechten Sozial-Libertären, die ihr den Weg des Lichts beschreitet.

ALO

— — —

Wir bekennen unseren Glauben an Loki: Ich bekenne mich dazu frei zu denken, fair zu leben, sinnvoll zu kooperieren und Gutes möglich zu machen. Im Geiste Lokis des unsterblichen blauen Falken, der uns den Weg bereitet zu einem Reich wahrhaftiger Freiheit.

ALO

— — —

Gebt einander ein Zeichen des Friedens und der Versöhnung. Freiheitsgruß: rechte Hand dreimal über linker Brust gehoben und gesenkt (symbolisch für einen Flügelschlag).

— — —

Ein Korb mit Äpfeln wird herumgereicht, mit der Bemerkung: „Nehmet und esst alle davon, von den Früchten wahrhaftiger Freiheit“.

— — —

Ansprache:

Liebe Schwarmgenossinnen und Schwarmgenossen, wir haben uns heute hier versammelt, um ...

— — —

Eventuell Freiheitslied:

Flieg, tapfrer Falke, kühn und weit,
durch Nebel falscher Dunkelheit,
wo lauernd kreisen ohne Zier

Steig, tapfrer Falke, lichtwärts auf,
nimm deinen freien, stolzen Lauf,
zum Glanz der Wahrheit, rein und klar,
der ewig ist und immer war.

Zerteil die Schatten, schwer und dicht,
aus falscher Schuld, aus Gram und Gicht,
lass helle Strahl'n die Nacht durchdringen
und neue Hoffnung leis erklingen.

Erhebt euch, Kinder, stark und frei,
der Morgen dämmt, kommt herbei,
sein goldner Schein vertreibt die Nacht
und hat die Wahrheit neu entfacht.

So schreitet vor, mit Herz und Mut,
durch Gärten, rein, voll Lebensglut
die Welt erblüht in sanfter Pracht
—
von neuem Glück und Stolz bewacht.

— — —

Nun, gehet hin in Hoffnung und Entschlossenheit.

In Hoffnung und Entschlossenheit.



Das Vergütungs-System d. SLB



Wahrhaft frei!



Die sozial-libertäre Idee

Denke frei. Handle gerecht. Kooperiere sinnvoll. Gutes wird folgen.

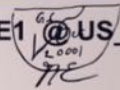
Die sozial-libertäre Bewegung • solmo.org •

Zur Aufholung zivilges. Entwicklungsrückstände. Gemeinsam!



10,-  **E**
lonso

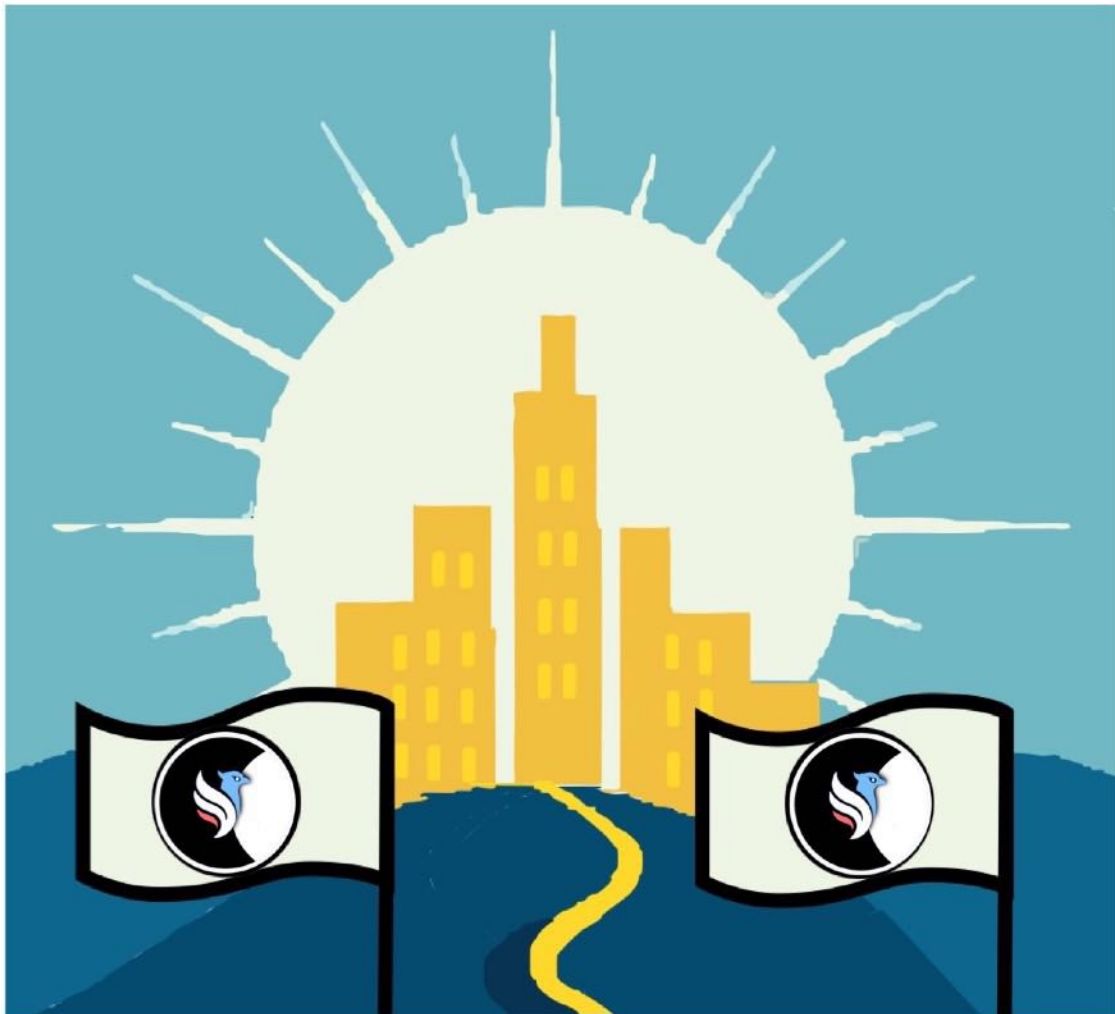
Anerkennungs- und Beitragspunkte.
Übertragbar nur mit Genehmigung
des Ausstellers; ausstellberechtigt:
Ps und GS ordentlicher SLB-
Ortsgruppen. Nähere Ang. im SLB-
Programm.

GSUS20001-ME1 

**10 E entsprechen einer ds.
Arbeitsstunde für die SLB.**

**Listenplätze & andere Vorteile
(ausschließlich legal) werden nach Maß-
gabe erworbener E-Guthaben vergeben.**

Die sozial-libertäre Idee



**Freiheit siegt, wenn
sich Ideale in der
Realität bewähren.**

www.solmo.org



Eine persönliche Botschaft von Max Ernst Publius*

Gründer der sozial-libertären Bewegung für die Zukunft des Westens.

***Latein für „1. Diener des Volkes“**

Liebe Leserin, lieber Leser,

mein Name ist Max Ernst Publius – und wenn Sie diese Zeilen lesen, dann spüren Sie vielleicht dieselbe leise Dringlichkeit wie ich: Dass sich etwas im Innersten des Westens verändert – etwas, das zu mächtig ist, um es zu ignorieren, und Werte bedroht, die zu kostbar sind, um sie zu verlieren.

Ich wurde 1985 geboren und war bisher weitestgehend in der Lage, ein glückliches und selbstbestimmtes Leben zu führen. Aber ich habe auch gesehen, wie Bürokratie, soziale Ungleichheit und Stagnation sich still und schleichend in Lebensläufe, Hoffnungen und Familien eingeschrieben haben.

Diese Veränderung passiert nicht zufällig. Sie beruht auf einem falschen Gegensatz. Auf der einen Seite ein leerer Marktindividualismus, der seine sozialen Wurzeln vergessen hat. Auf der anderen ein fürsorglicher Staat, der in guter oder zumindest vorgeblich guter Absicht entmündigt. Ich habe die sozial-libertäre Bewegung gegründet, weil ich überzeugt bin, dass wir diesen falschen Gegensatz überwinden müssen.

Ich glaube an eine Gesellschaft, die die Schwachen schützt, ohne sie kleinzuhalten. Die freien Märkten vertraut, ohne sich oligarchischer Macht zu unterwerfen. Die ihre westlichen Wurzeln ehrt, ohne in Nationalismus zu verfallen. Die Freiheit durch Solidarität schafft – nicht gegen sie.

Zivilgesellschaftliche Rückschritte und Versäumnisse haben in den letzten Jahren vielfach ihre Spuren hinterlassen. Die Ressourcen sind knapp geworden, die wirtschaftlichen Aussichten sind wenig erfreulich. Umfassende Restrukturierungen von Staatsschulden und Rekapitalisierungen von Unternehmungen werden sich daher kaum vermeiden lassen.

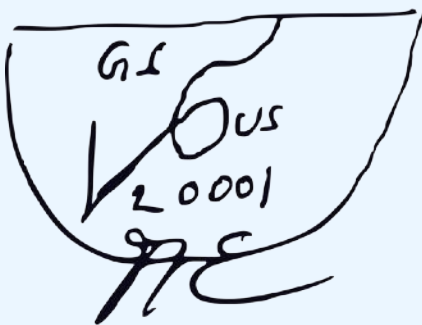
Dennoch sollen auch in einer Zeit der Umwälzung und des Verzichts die Verdienste derer, die sich einsetzen, um die Notwendigkeit sozial-libertärer Reformen zu erklären, zu vertreten und zu begleiten, nicht unbemerkt bleiben.

In diesem Sinn, lassen Sie uns gemeinsam einen Westen gestalten, der frei, gerecht und wirklich zukunftsfähig ist.

In Hoffnung und Entschlossenheit,

Max Ernst Publius
Gründer der SLB

1. Mai 2025



2025-5-1

Von der SLB verliehene Anerkennungs- & Beitragspunkte:



Ein
Elonso



10
Elonso



100
Elonso

Eine schreckliche Welt

Ist eine links-reaktionäre Welt.

Ideolog. Kolonialismus

Unterwerfung unter absolute Ziele, um einen durch Parasitismus und Korruption ausgelösten Niedergang zu verschleiern und um immer mehr Subsistenz-Steuern einzuheben.



Staatliche Willkür

Wenn Grundrechte plötzlich nur mehr für jene gelten, die die richtige politische Gesinnung aufweisen.

Ausbeutung

Wenn man sich für die Verwendung der Früchte der eigenen Leistung immer mehr rechtfertigen muss, während die Erbringung von Leistung immer restriktiveren Anforderungen unterworfen wird.



Spaltung und Gleichgültigkeit

Wenn Austauschbeziehungen nicht mehr durch privaten Konsens stattfinden, sondern einer von oben vorgegebenen Gesellschafts-Struktur entsprechen sollen.

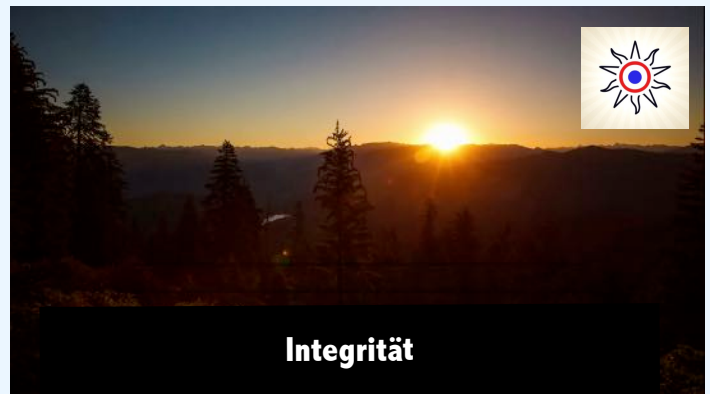
Eine bessere Welt

Ist eine sozial-libertäre Welt

Die sozial-libertäre Idee. Auf dem Weg in die Freiheit. Die sozial-libertäre Idee ist mehr als eine Philosophie – sie ist ein Aufbruch. Ein Ruf an alle, die sich nicht bevormunden lassen wollen – und trotzdem niemanden zurücklassen.



Wir wollen: Verantwortung. Offenheit. Würde. Wahre Freiheit ruht auf Respekt. Respekt vor Kompetenz. Respekt vor Mitgefühl. Nur wer sich zur Freiheit bekennt, bekennt sich auch zur Zukunft des Westens. Wir sind weder Apologeten des Marktes noch blinde Feinde des Staates. Wir denken weiter: Individuum und Gemeinschaft – keine Gegner, sondern Partner.



Unzerstörbar von Oligarchie. Wir bekennen uns zum Schutz vor all jenen Ideen, die Fortschritt verhindern – vor Zero-Progress-Institutionen, die Macht monopolisieren, Kosten steigern – und den Menschen vergessen. Sozial-libertär, statt links-reaktionär. Mit uns gibt es kein neues Oben und Unten, keine neue Planwirtschaft, nur mit anderem Vorzeichen.



Gemeinsam sind wir erfolgreich. Denn nur gemeinsam können wir stark sein – und frei bleiben. Wir wollen weder Chaos noch eine Zentrale, die alles lenkt und vereinheitlicht. Wir wissen: Freiheit braucht Haltung. Emphatisch, aber nicht instinktreduziert. Mutig, aber nicht naiv. Unzerstörbar von Nihilismus und Anarchie. Eine sozial-libertäre Welt: Freiheit. Würde. Zukunft. Gemeinsam.

Worauf es zu allererst ankommt



Sozial-libertäre Prioritäten

1. Die Sabotage der Entbindung von reformunwilligen int. Institutionen, die rechtsstaatlichen Ansprüchen an Demokratie, Gewaltenteilung und richterliche Unabhängigkeit nicht entsprechen, ist unter Strafe zu stellen. Wegen der Schwere der Tat ist eine zeitliche Rückwirkung zulässig.



Souveränität



Prosperität

3. Verbreiterung der sozialen Absicherung & Erhöhung der Beamtengehälter samt Wiedereinführung der Pragmatisierung, ohne die Gesamtkosten zu erhöhen.

2. Hebung des Lebensstandards und der Demographie durch Verbesserung des Verhältnisses zwischen Einkommen und Vermögenspreisen.



Sicherheit



Nachhaltigkeit

4. Einführung eines Restrukturierungs-Mechanismus für Staatsschulden, um die Inflationsrate deutlich unter die Wachstumsrate zu drücken und dadurch die Wirtschaft wiederzubeleben.

Ergebnisse absichern durch Werte



Aufarbeitung betreffend ...

Instinktreduziertes Verhalten

Verstoß gegen verantwortungsethische und langfristige Entscheidungs-Grundsätze.

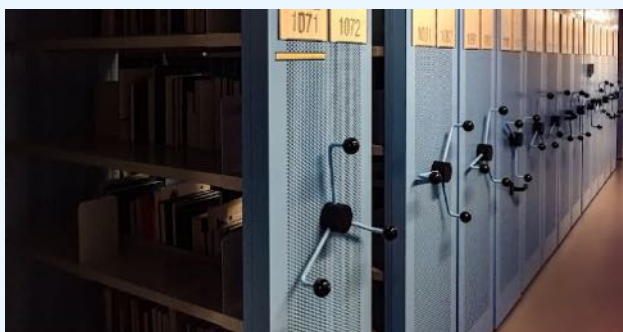


Strukturelle Korruption

Missbrauch staatlicher Institutionen mit der Absicht, sich zu Lasten späterer Generationen zu bereichern.

Soziopathie

Wenn Mitgefühl mit jenen, die zu Selbsthass und Minderwertigkeitskomplexen neigen, instrumentalisiert wird, um Menschen arm und hilflos zu machen.



Institutionalisierung

Gründung eines Archivs zur Dokumentation eben dieser linksreaktionären Selbstzerstörung, mit dem grundsätzlich alle Staats-Konkurs-Gläubiger zur Wahrung ihrer Ansprüche vertrauensvoll zusammenzuarbeiten haben.

Der sozial-libertäre Freiheitsindex 2026

Wo die Sonne der Freiheit strahlt, wo sie flackert & wo sie ausgelöscht wird.

Land	Wirtschaftliche Freiheit (1–10); gemessen an USt & Zöllen (steuerfreies Existenzminimum)	Demog. Stabilität (1–10); gemessen an der Fertilitätsrate	Politische Verantwortung (1–10); gemessen an vollständig wechselnden Regierungen (föderal & lokal, letzte 10 J.)	Politische Freiheit (1–10); gemessen an der Staatsquote	Gesamt (max. 40)	Prognose für die nächsten 10 J.
USA	gut, viel Luft nach oben	7	6	10	6	29 1/33: Aufstieg
Indien		6	7	6	10	29 2/33: Aufstieg
Australien		5	4	10	5	24 3/33: Aufstieg
Namibia		4	9	6	3	22 4/33: Aufstieg
Schweiz		7	3	6	6	22 5/33: Aufstieg
Brasilien		4	6	5	7	22 6/33: Aufstieg
Botswana		4	9	5	3	21 7/33: Aufstieg
Kanada		4	4	7	5	20 8/33: Aufstieg
Polen		3	3	7	7	20 9/33: Aufstieg
Tschechien		3	4	6	7	20 10/33: Aufstieg
Estland		3	3	5	9	20 11/33: Aufstieg
Bulgarien		3	5	6	5	19 12/33: Stagnation
Neuseeland		4	5	5	5	19 13/33: Stagnation
Ungarn		3	4	5	7	19 14/33: Stagnation
Irland		3	4	4	8	19 15/33: Stagnation
Afghanistan		7	10	0	1	18 16/33: Stagnation
Italien		3	2	10	3	18 17/33: Stagnation
Taiwan		6	1	4	7	18 18/33: Stagnation
UK		3	5	5	4	17 19/33: Stagnation
Russland		4	4	2	7	17 20/33: Stagnation
Niederlande		3	4	5	4	16 21/33: Stagnation
Japan		5	2	5	4	16 22/33: Stagnation
Norwegen		3	4	6	2	15 23/33: Abstieg
Frankreich		3	6	5	1	15 24/33: Abstieg
Spanien		3	1	6	4	14 25/33: Abstieg
Südkorea		5	1	3	5	14 26/33: Abstieg
Singapur		6	1	0	7	14 27/33: Abstieg
Schweden		3	4	4	3	14 28/33: Abstieg
Deutschland	ein absehbares Desaster!	3	4	3	3	13 29/33: Abstieg
Belgien		3	4	4	2	13 30/33: Abstieg
Österreich		3	3	5	2	13 31/33: Abstieg
China		6	1	0	6	13 32/33: Abstieg
Nordkorea		1	5	0	1	7 33/33: Abstieg

Stagnation & Abstieg durch sozial-libertäre Reformen vermeiden!
Mit dem sozial-libertären Plan!



Der Alltag im Niedergang

Eine Spirale in den Abgrund

Schwierige Entscheidungen

Anpassung und Selbstzerstörung. Oder? Weggehen und neu anfangen. Keine Option für alle. Für eine Politik-Wende kämpfen. Das Vertrauen in die etablierten Parteien



Gewalt

Folglich steigt die Hinwendung zu einfachen und militanten Ideologien oder auch zur Kriminalität selbst. Dabei kommen Unschuldige zu Schaden.

Isolation und Lähmung

Darauf reagiert die Obrigkeit mit mehr Indoktrination und Kontrolle. Misstrauen und Spaltung lähmen das öffentliche Leben und die Wirtschaft.



Zerfall und sinkende Lebenserwartung

Die fehlenden öffentlichen und privaten Mittel verursachen Versorgungsengpässe und ein Versagen der kritischen, nicht zuletzt der medizinischen Infrastruktur.



Gemeinsam auf dem Weg in die Freiheit



Was reform-sozialistische und reform-grüne Parteien ihren Mitgliedern offen sagen müssen

Die Forderung nach Hingabe und bedingungsloser Anpassung an abstrakte Ideale – ohne Rücksicht auf Verluste – ist destruktiv und mündet letztlich in Gewalt. Privilegien als „Förderungen“ zu tarnen, um mit Geld Macht und Anhänger zu gewinnen, ist schon aus fiskalischen Gründen eine Strategie mit Verfallsdatum. Spätestens wenn die anfallenden Fortschrittsdividenden nicht mit den Strapazen des ausgerufenen Fortschritts mithalten, schwinden Leistungsbereitschaft und sozialer Zusammenhalt.

Grüne Parteien wirken vor allem als Vermittler von Wissen, Meinungen und Kultur. Dieser „vierte Sektor“ lebt jedoch von den Überschüssen des Primärsektors (Landwirtschaft), des Sekundärsektors (Industrie) und des Tertiärsektors (Dienstleistungen). Wird die wirtschaftliche Basis durch Überbesteuerung und Überregulierung geschwächt, müssen die Grünen sich mit dem Gedanken anfreunden, für ihre Werte selbst bezahlen und verzichten zu müssen, statt für deren Vermittlung entlohnt zu werden.

Was reform-konservative Parteien ihren Mitgliedern offen sagen müssen

Wohlstand ist keine Bestands-, sondern eine Flussgröße. Auch das Geld auf Sparkonten existiert nur, weil es verliehen, von Kreditnehmern verwendet und dann wieder zurückgezahlt wird.

Der primäre Anspruch auf das Sozialprodukt hat daher nicht bei jenen mit verbrieften Rechten zu liegen, sondern bei denen, die zur Leistungserbringung und zur Wohlstandsschaffung motiviert werden müssen.

Die Annahme, dass allgemeine Anlagen wie Währungen durch Schulden „verwässert“ werden können, ohne dass auch gehobenere Anlagen wie Aktien in der Folge zu „verwässern“ sind, ist historisch unhaltbar, da es langfristig unmöglich ist, Umsätze und Nachfrage mit einer unterbezahlten bzw. einer nicht hinreichend kaufkräftigen Konsumentenschaft zu sichern.

Institutionen sind kein Selbstzweck und „Nicht-Bestrafung“ als Belohnung ist keine nachhaltige Strategie, um ihre Geltung aufrechtzuerhalten; sie haben einen allgemeinen Nutzen zu erbringen.

Konservative nach 2010 müssen akzeptieren, dass sie selbst jene historische Anerkennung, die sie für alles Gewachsene und lange Bestehendes empfinden, kaum erfahren werden. Vor 2010 waren Konservative Struktur-Konservative, danach wandelten sie sich zu Normalisierungs-Konservativen.



Jahrzehnte des Wohlstands und der Stabilität haben sie davon überzeugt, dass eine Politik der konsensfähigen Normalisierung ebenso gut taugen würde wie eine Politik tragfähiger Strukturierung. Doch Fehler in Strukturen lassen sich nicht durch den bloßen Verweis auf gute Absichten rechtfertigen oder langfristig in der Geschichtsschreibung beschönigen.

Was reformwillige wirtschaftsliberale Parteien ihren Mitgliedern offen sagen müssen

Die egoistische Natur des Menschen verleitet ihn dazu, Erwerbsstrategien zu wählen, die auf Gewalt oder Korruption basieren. Die grundsätzliche Einsicht in die Überlegenheit einer auf fairem Wettbewerb basierenden Wirtschaft wird ihn davon nicht abhalten. Auch die Neigung zur politischen Vorteilsnahme lässt sich nicht durch Appelle an die Vernunft eindämmen, sondern nur durch institutionelle Vorkehrungen und Machtgleichgewichte. Dafür sind wiederum staatliche Regulierung und eine gemeinsame gesellschaftliche Erzählung erforderlich.

Wenn Vermögen, das nicht liberal erworben wurde, unkritisch „liberal“ behandelt wird, ist der phasenweise ausgerufene Liberalismus nichts anderes als eine Spiresel-Rekrutierungs-Ideologie, mit der ungerechtfertigt aufgeteilter Reichtum vor konkurrierenden politischen Interessen in Sicherheit gebracht wird.

Radikaler Individualismus zerstört die institutionellen Grundlagen, die für eine liberale Wirtschaft unverzichtbar sind. Wenn die soziale Motivation zur Arbeit wegen zu niedriger Löhne wegfällt oder die Arbeitskräfte wegen nicht hinreichender Erneuerung knapp geworden sind, können über Jahre und Jahrzehnte auch negative Kapitalerträge zu verzeichnen sein; dann besteht der liberale Weg darin, sich auch mit einem prozentuellen Kapitalerhalt statt einer Kapitalrendite zufriedenzugeben.

Was reformwillige national-populistische Parteien ihren Mitgliedern offen sagen müssen



Die Behauptung, ethnische oder sonstige Homogenität führe automatisch zu einem „goldenen Zeitalter“ von Eintracht und Effizienz, ist nicht haltbar.

Politische Probleme durch Feindbilder und Schadenfreude zu beantworten, ist eine Bewältigungs-Strategie für Frustrierte, aber kein Fortschritt auf dem Weg zu konstruktiven Lösungen.

Wer nicht bereit ist, über bloße Rhetorik hinaus eigene Lösungsstrategien zu entwickeln und dafür auch Mühen und Zugeständnisse in Kauf zu nehmen, wirkt als Anästhesist für von Missständen Geschädigte, bleibt dabei aber - ob aus Bequemlichkeit oder Inkompetenz - politisch wirkungslos.

Ein Bekenntnis zur Zukunft des Westens

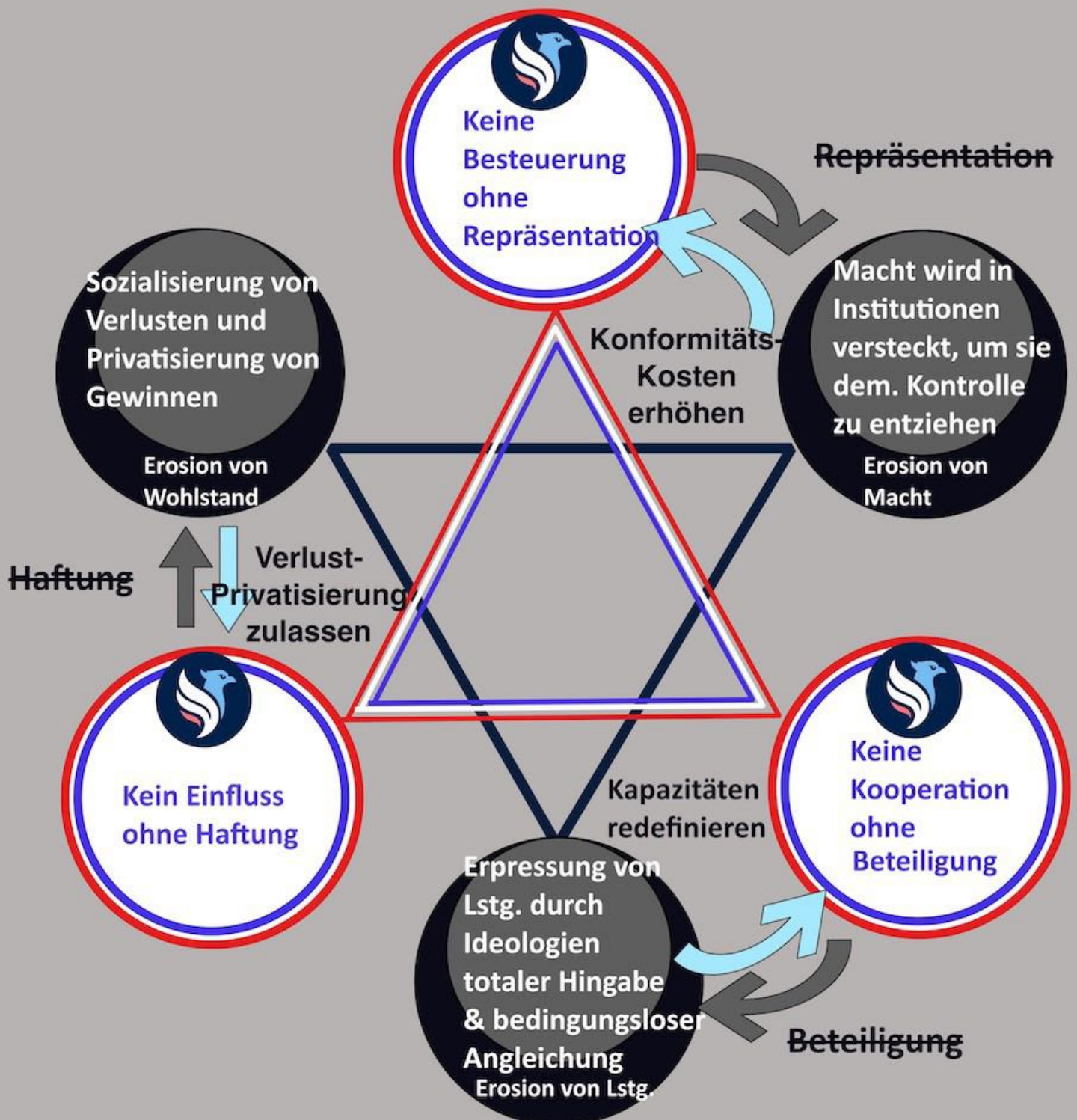
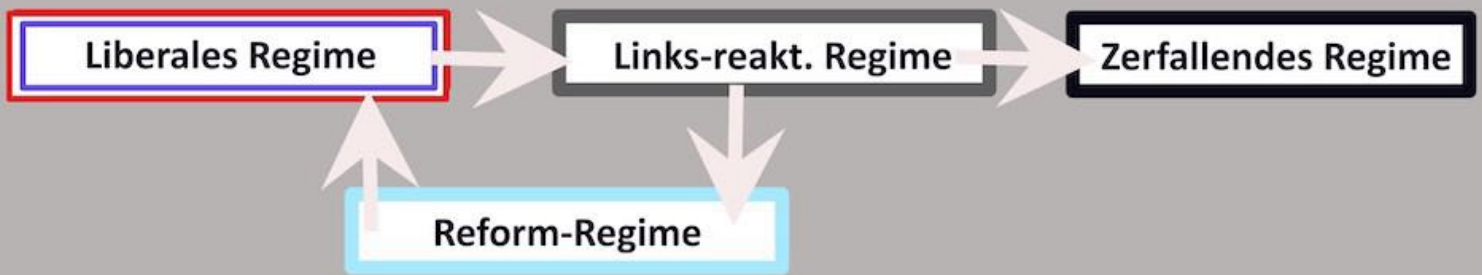
Institutionen, die bereit sind, sich von ihren Komplexen befreit neu aufzustellen, sind herzlich eingeladen, ein Stück des Weges mit der sozial-libertären Bewegung zu gehen. Das sichtbare Zeichen für diese Bereitschaft besteht in der Aufnahme des SLB-Logos in das eigene. Möge dieses unverzichtbare Bekenntnis zur Zukunft des Westens gleichzeitig als Bekenntnis zum fortdauernden Gestaltungswillen der jeweiligen Institutionen wahrgenommen werden.





Der sozial-libertäre Plan

Ein gutes Leben unter der Sonne der Freiheit



Programm der sozial-libertären Bewegung



Sozial-libertäre Reformen

Für Öffnung, Erneuerung & soziale Reintegration

1. Marktwirtschaft

Die unternehmerische Vermehrung von Vermögen ist nicht unmoralisch, sondern unerlässlich, um künftige Investitionen zu ermöglichen. Außerdem ist die dynamische Entwicklung der Wirtschaft ohne riskante, also auch mit Verlustrisiken verbundene Tätigkeiten, nicht möglich. Die ungebührliche Abschöpfung von Gewinnen verhindert die Vorsorge für etwaig auftretende Verluste und behindert damit die unternehmerische Tätigkeit selbst. Vermögen entsteht nur, wenn die Leistungen einer Produktion über den Kosten liegen. Der Staat ist gehalten, die durch Regulierungen hervorgerufenen Produktionskosten gering zu halten. Auch die Steuern sind samt umfassender Verlustvortragsmöglichkeiten maßvoll anzusetzen.

In einer digitalen Wirtschaft wird die Beachtung von Urheber- und Persönlichkeitsrechten immer bedeutsamer. Künstliche Intelligenz, die auf Trainingsdaten aufbaut, ist künftig nur noch unter dem Vorbehalt der Ausschüttung entsprechender Tantiemen zu betreiben.

2. Wirtschaftslenkung

Da Regulierungen als Kostentreiber wirtschaftliche Betätigung und damit die Schaffung positiver Externalitäten behindern, sind Regulierungen nur zur Abwehr erheblicher negativer Externalitäten zulässig. Für Raub, Täuschung, Betrug etc. sind Straf- oder Zivilgerichte zuständig. Verkehrssicherungen, die Betroffene selbst vornehmen können, sollen nicht Unternehmern auferlegt werden.

Es ist nicht Aufgabe des Staates, kleinteilige Wirtschaftsstrukturen im Interesse höherer Skalenerträge aus dem Markt zu drängen. Missbräuche marktbeherrschender Stellungen sind unter Erwägung aller Umstände zu unterbinden. Die Lenkung von Innovation und Wirtschaft ist – abgesehen vom Bereich der militärischen Landesverteidigung – ausschließlich Aufgabe des freien Unternehmertums.



3. Freihandel

Sofern die internationale Konkurrenzfähigkeit durch Regulierungslasten beeinträchtigt wird, hat der Staat die Pflicht, die mit niedrigeren Standards erzeugten ausländischen Produkte mit Zöllen zu belegen oder einen Ausgleich in Form von Subventionen zu leisten.

Internationale Konkurrenz ist nach Maßgabe gesamtgesellschaftlicher Wohlfahrtserwägungen zuzulassen. Daher kann es geboten sein, den Schutz eines hohen Lohnniveaus durch die Behinderung von Zuwanderung zu betreiben, während es unzulässig sein kann, die Drückung des Lohnniveaus durch die Förderung der Zuwanderung zu verfolgen.

Die Erlangung und Erhaltung von Preissetzungsmacht durch technologischen Vorsprung ist durch faire internationale Beziehungen zu fördern, nicht aber durch Staatswirtschaft oder die Bevormundung von Lehre und Forschung.

4. Bevölkerungsentwicklung

Vom Mittel der planvollen Zuwanderung zur Hintanhaltung der Überalterung ist insofern abzusehen, als eine solche Zuwanderung nur durch illegitime, destabilisierende Interventionen in den Herkunftsstaaten zu bewerkstelligen ist.

Vorrangig ist eine pronatalistische Politik zu verfolgen, die vor allem durch lebensmittelpunktgerechte Arbeitsplätze zu realisieren ist. Die dadurch notwendigen Lasten verringerter wirtschaftlicher Dynamik, ja sogar rückläufiger Wohlstandsniveaus und anzupassender Eigentumsstrukturen, sind im Interesse einer langfristig stabilen und nachhaltigen Entwicklung in Kauf zu nehmen.

5. Steuerpolitik

Das demografische Existenzminimum, in das insbesondere auch die zur Schaffung von Wohneigentum nötigen Mittel einzurechnen sind, hat gänzlich frei von direkter oder indirekter Besteuerung gehalten zu werden. Andernfalls würde eine mit den Mitteln des Pauperismus und der Präkarisierung durchgesetzte, der Sklaverei ähnliche Arbeitspflicht eingeführt, die nur zu mehr Pauperismus und mehr Präkarisierung führen kann.



6. Staatsfinanzen

Kommt es durch eine unerwartet schlechte wirtschaftliche Entwicklung zu einem Ausfall von Staatseinnahmen, sind diese nicht durch eine ungebührliche Erhöhung der Abgabenlast hereinzubringen. Vielmehr sind die Gläubiger auf eine Kürzung ihrer Ansprüche zu verweisen. Die Erhaltung der Solvenz des Staates ist kein Selbstzweck. Sofern sich ein Staatskonkurs als notwendig erweisen sollte, ist dieser unter Wahrung sozialer Gesichtspunkte zu gestalten. Die Partizipation der Gläubiger an einer künftig etwaig eintretenden positiven Entwicklung ist dadurch zu gewährleisten, dass gegenwärtig nicht ohne erhebliche Inflationsgefahr freigebbare Gelder und Ansprüche auf Sperrkonten eingefroren, nicht aber gänzlich gestrichen werden.

7. Soziale Sicherheit

Das im Christentum verankerte Gebot der Nächstenliebe war zu Zeiten größeren Glaubenseifers ganz selbstverständlich mit persönlichen Almosen- und Hilfspflichten verbunden und erst im Lauf der staatlichen Entwicklung auf staatliche Institutionen samt einer entsprechenden Sozialverwaltung übertragen worden. In dem Ausmaß, in dem sich diese Sozialverwaltungen als unfinanzierbar erweisen sollten, ist eine Wiederbelebung der ursprünglichen personalisierten Almosen- und Hilfspflichten vorzusehen. Dabei sind die auf Anspannung und Eigenvorsorge gerichteten Regelungen der aktuellen Sozialverwaltung bestmöglich miteinzubeziehen.

Mit der Erreichung eines gewissen Nettovermögens sollte automatisch die Pflicht zur Einrichtung und zum Betrieb wohltätiger Stiftungen oder Bildungseinrichtungen einhergehen. Die genaue Festlegung der Leistungskataloge sollte den Stiftern überlassen werden, sofern dabei ein gewisses Mindestniveau nicht unterschritten wird. Auch für die Möglichkeit von Stiftergemeinschaften ist Vorsorge zu treffen.

Die in den vergangenen 10 Jahren von unterdurchschnittlichen Einkommen eingehobenen Sozialversicherungsbeiträge sind vom Staat zurückzuerstatten und durch Nachtragsstiftungen bestmöglich gegenzufinanzieren.



8. Gewaltentrennung

Um das Zusammenwachsen von staatlicher Macht und Finanzinteressen zu einer alles bestimmenden oligarchisch-ochlokratischen Gläubigerkaste zu verhindern, ist es unverzichtbar, Staat und Kapital insoweit zu Gegenspielern zu machen, als das Kapital einer Erbschaftssteuer zu unterwerfen ist, deren Höhe sich an der in den letzten Jahrzehnten vorherrschenden Staatsquote zu bemessen hat. Kontraproduktiv wäre es, auch jenes Kapital in diese Regelung einzubeziehen, das in Form von Einzel- und Familienunternehmen von besonderen Intelligenz- und Geschicklichkeitsleistungen abhängig ist.

9. Gesellschaftspolitik

Es ist nicht die Aufgabe des Staates, bestimmte Gruppen von Staatsbürgern durch die Erziehung aller übrigen vor seelischen Schmerzen zu bewahren, da dies den bürgerlichen Rechten auf Meinungsäußerung und Gewissensfreiheit zuwiderläuft und daher mit einer freiheitlich-demokratischen Ordnung nicht in Einklang zu bringen ist. Dessen ungeachtet sind Regelungen zu treffen, die eine erhebliche Verletzung an Ehre oder Sittlichkeit unterbinden, sofern die entsprechenden Ehr- und Sittlichkeitsgefühle einen besonderen, die gesellschaftliche Ordnung fördernden Zweck erfüllen; insbesondere sind Prostitution und Pornografie weitestgehend zu unterbinden.

Darüber hinausgehende Bewusstseinsbildungen können im Rahmen einer ausgewogenen medialen Berichterstattung berücksichtigt werden und im Rahmen von zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüssen vorangetrieben werden. Der Staat verbürgt sich für die Gleichheit seiner Bürger, indem er sie ohne Ansehen von unwesentlichen Eigenarten gleich behandelt und insbesondere die Gleichheit vor dem Gesetz gewährleistet. Positive Diskriminierungen sind nur insofern zulässig, als sich daraus ein allgemeiner Nutzen, insbesondere für die durch die positiven Diskriminierungen Belasteten, ergibt. Sofern derartige Vorteile in der Vergangenheit nicht eingetreten sind, übernimmt der Staat dafür die Verantwortung und leistet entsprechenden Ausgleich.



10. Zuwanderung & Abwanderung

Eine besondere Homogenität der Bevölkerung oder gar eine Stammesgesellschaft ist ebenso wenig ein von Staats wegen zu fördernder Wert wie eine besondere Inhomogenität der Gesellschaft, solange ein gerechter und funktionierender Staat unabhängig von diesen Faktoren im wohlverstandenen Eigeninteresse aller Bürger liegt. Die Zuwanderung jener, bei denen dieses wohlverstandene Eigeninteresse mangels einer entsprechenden Sozialisierung nicht vorausgesetzt werden kann, ist tunlichst hintanzuhalten.

Personen, welche die Werte des Zielstaates teilen, sollten tunlichst ermutigt werden, in selbigen auszuwandern, sofern der Zielstaat die Voraussetzungen der sozial-libertären Idee vergleichsweise besser gewährleistet als der Herkunftsstaat.

Tragisch ist das Schicksal jener, die sich entschieden haben, als Wölfe unter Wölfen zu Grunde zu gehen, aber noch tragischer ist das Schicksal derer, die nie eine Wahl gehabt haben.

1. Mai 2025



Die sozial-libertäre Idee ist die Idee einer Bewegung.

Sozial-libertär statt links-reaktionär.

UNSTERBLICHE KRAFT



DIE SOZIAL-LIBERTÄRE IDEE

Wahre Freiheit beruht auf dem Respekt vor Kompetenz & Mitgefühl.

UNSTERBLICHE KRAFT



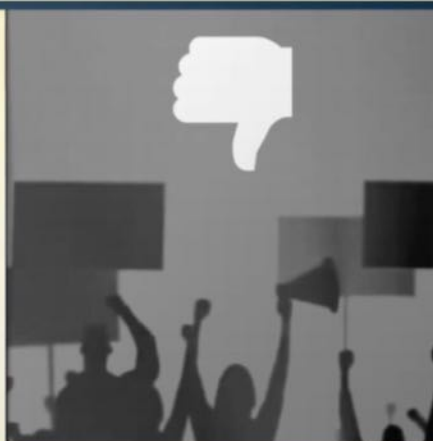
UNSTERBLICHE KRAFT



DIE SOZIAL-LIBERTÄRE IDEE

Und nicht auf orchestrierter Anarchie.

UNSTERBLICHE KRAFT



Freiheit! Unsere gemeinsame Bestimmung!





SLB-Positions-Papiere

Verzeichnis

1. Die Nimbyismus-Krise: Verhindern als Lebensform	2
2. Die Anti-Meritokratie-Krise: Wenn Können nicht mehr zählt .	9
3. Die Sicherheitskrise: Der Rückzug des Schutzes.....	16
4. Der Westen wankt nach einem Jahrzehnt der Krisen und der politischen Desorientierung	22
5. Österreich taumelt nach einem Jahrzehnt wirtschaftlicher Stagnation.....	28
6. Das Recht von Frauen vor negativem weiblichen Einfluss geschützt zu werden.....	37
7. Die Pflicht zur Abschreibung bösartiger Schulden	42
8. Die K.I. – wovon Piraten-Kapitäne im 21. Jahrhundert träumen.....	49
9. Nur die Freiheit siegt.....	53
10. Fleiß und Genügsamkeit – Die Tugenden, die wirklich frei machen	58
11. Die wichtigste Tradition ist die Tradition des Neubeginns .	62
12. Gesetzliche Freiheits-Absicherung	69
13. Insolvenz-Vorbeugung und Kapital-Restrukturierung.....	73
14. Der spät-etatistische Menschenschlag	77
15. Eine neue Wertschätzung für Exzellenz	85
16. Das gute Leben im Sozial-Libertarismus.....	92
17. Wem nützt die SLB im Einzelnen?	100



1. Die Nimbyismus-Krise: Verhindern als Lebensform

Wie aus dem Nein zum Nachbarn eine Maschine der Wohnungsnot wurde — und warum ihr Preis in Menschenleben gemessen wird.

2026-06-15 - Positions Papier
#Gesellschaft #Westen

Es ist früh am Morgen des 18. Juli 2023, im Beard Brook Park von Modesto, Kalifornien. Der Tau liegt noch auf dem hohen Gras. Christine Chavez ist siebenundzwanzig Jahre alt, Tochter, Schwester, ein Mensch mit einem Namen, einem Lachen, einer Geschichte. Sie schläft. Nicht in einem Bett — ein Bett hat sie seit langem nicht mehr. Sie schläft im Gras, weil das Gras der einzige Ort ist, den diese reiche, stolze, moralisch so redselige Gesellschaft ihr übrig gelassen hat.

Dann kommt der Mähtraktor. Der Fahrer, ein städtischer Angestellter, der nichts Böses will, sieht sie nicht. Das Gras ist hoch. Was in den folgenden Sekunden geschieht, verbietet die Pietät zu beschreiben. Es genügt zu sagen: Die Familie fand noch Tage später im Park, was die Stadt übersehen hatte. Die Polizei nannte es einen tragischen Unfall. Und das war es auch — im letzten Glied einer langen Kette. Alle Glieder davor waren Entscheidungen.

Ein Tod, der keiner hätte sein müssen

Man kann diese Geschichte als Unglück ablegen, und genau das ist geschehen: eine Randnotiz in den Lokalnachrichten, ein Aktenzeichen, ein Beileid. Aber wer bei der Randnotiz stehen bleibt, hat die Geschichte nicht gelesen. Denn die eigentliche Frage lautet nicht, warum ein Mäher fuhr. Die eigentliche Frage lautet: Warum schlief eine junge Frau im Gras eines öffentlichen Parks, in einem der wohlhabendsten Bundesstaaten der reichsten Nation der Weltgeschichte?

Die Antwort ist unbequem, weil sie niemanden trifft, der sich schuldig fühlt, und viele, die sich für unschuldig halten. Christine Chavez war obdachlos in Kalifornien — jenem Land, in dem eine bescheidene Wohnung ein Vermögen kostet, in dem Hunderttausende ohne Dach



leben und in dem seit Jahrzehnten systematisch, gründlich und mit besten Manieren verhindert wird, dass gebaut wird, was Menschen zum Wohnen brauchen.

Dieses Verhindern hat einen Namen. Er klingt harmlos, fast niedlich: Nimbyismus. Not In My Back Yard — nicht in meinem Hinterhof. Es ist die erste der drei Krisen, die diese Serie beschreibt. Und sie ist, wie alle echten Krisen, keine Naturkatastrophe. Sie ist ein Werk von Menschenhand.

Die Kunst des vornehmen Nein

Der Nimbyist ist kein Unmensch. Er ist im Gegenteil meist ein außerordentlich kultivierter Mensch. Er besitzt ein Haus in guter Lage, er liebt seinen Ausblick, seine Ruhe, den Charakter seines Viertels. Und wann immer in seiner Nähe Wohnungen entstehen sollen — Wohnungen für Krankenpfleger, Lehrerinnen, junge Familien, für die Christines dieser Welt —, entdeckt er sein Herz für Dinge, die er sonst wenig beachtet: für eine seltene Eidechse, für das Ortsbild, für den Schattenwurf, für den Verkehr, für das Grundwasser.

Seine Waffen sind nicht Fackeln und Mistgabeln, sondern Einsprüche, Gutachten, Anhörungen, Klagen. Jede einzelne dieser Waffen wurde einst zu einem guten Zweck geschmiedet: Umweltprüfungen sollten Flüsse schützen, Bürgerbeteiligung sollte Willkür verhindern. In der Hand des organisierten Verhinderns aber werden sie zu etwas anderem: zu einem Arsenal, mit dem sich jedes Projekt um Jahre verzögern und um Millionen verteuern lässt — so lange, bis der Bauherr aufgibt und das Grundstück leer bleibt. Ordentlich leer. Vornehm leer.

So ist in Kalifornien, aber längst nicht nur dort, eine paradoxe Landschaft entstanden: endlose Teppiche von Einfamilienhäusern, deren Besitzer Millionäre auf dem Papier sind, umgeben von Zeltlagern unter Autobahnbrücken. Die einen verdanken ihren Reichtum zu einem erheblichen Teil derselben Knappheit, die den anderen das Dach über dem Kopf kostet. Das ist keine Polemik. Das ist Preisbildung.

Die Arithmetik der Knappheit

Man muss kein Ökonom sein, um die Rechnung zu verstehen. Wo mehr Menschen wohnen wollen, als Wohnungen vorhanden sind, steigen die



Preise — so lange, bis die Schwächsten aus dem Markt fallen. Erst aus der Wohnung, dann aus dem Zimmer, dann aus der Garage eines Bekannten, dann aufs Sofa, dann ins Auto, dann ins Zelt. Und zuletzt ins hohe Gras eines Parks.

Jede dieser Stufen hat Namen und Gesichter. Die alleinerziehende Verkäuferin, die drei Stunden pendelt, weil sie sich die Stadt nicht leisten kann, in der sie arbeitet. Der junge Handwerker, der mit dreißig noch im Kinderzimmer wohnt. Die Rentnerin, deren Miete schneller wächst als ihre Rente, und die jeden Monat aufs Neue rechnet, wie lange es noch geht. Sie alle sind keine Statistik. Sie sind die stillen Opfer einer Politik, die sich selbst für mitfühlend hält, weil sie über Mitgefühl so gerne spricht.

Denn das ist die bittere Pointe: Dieselben Milieus, die jede Baugenehmigung bekämpfen, führen das Wort von der Solidarität am häufigsten im Munde. Man spendet für die Tafel und verhindert das Wohnheim. Man beklagt die Obdachlosigkeit und verklagt den Wohnbau. Man liebt die Menschheit und erträgt nur die Nachbarn nicht, die sie einem schicken könnte.

Die Zahlen hinter dem Elend

Wer die Dimension dieser Krise ermessen will, braucht nur wenige Zahlen — und muss sich bei jeder einzelnen zwingen, nicht abzustumpfen. Weit über hunderttausend Menschen leben allein in Kalifornien ohne Wohnung, mehr als in jedem anderen Bundesstaat; ein großer Teil von ihnen schläft nicht in Unterkünften, sondern draußen — in Zelten, Autos, Hauseingängen, Parks. Zugleich kostet ein bescheidenes Haus in den Küstenstädten ein Mehrfaches dessen, was eine Familie mit ehrlicher Arbeit je zusammentragen kann, und wer bauen will, wartet auf Genehmigungen oft länger, als der Bau selbst dauern würde.

Diese Zahlen sind kein Schicksal. Es fehlt nicht an Land: Der Staat ist weit, seine Städte sind flächig, seine Bauwirtschaft wäre leistungsfähig. Es fehlt an Erlaubnis. Jahrzehnt um Jahrzehnt wurde weniger gebaut, als Menschen hinzukamen, nicht weil man nicht konnte, sondern weil man nicht durfte — und jedes Jahr des Verhinderns hat den Berg um eine weitere Schicht erhöht. Man kann eine Wohnungsnot dieser Größe nicht mehr wegverwalten. Man kann sie nur wegbauen.



Und man verstehe die Reihenfolge: Zuerst kommt die Knappheit, dann die Verzweiflung, dann das Zelt, dann die Verelendung mit allem, was sie im Gefolge führt. Wer beim Anblick der Lager über die Gestrandeten die Nase rümpft, verwechselt Ursache und Wirkung: Nicht die Schwäche der Menschen hat diese Lager geschaffen, sondern die Stärke der Verhinderer.

Der grüne Ablasshandel

Zur Verhinderung von unten gesellt sich die Verteuerung von oben. Im Namen des Klimas — eines Anliegens, das ernst zu nehmen wir nicht bestreiten — ist eine Maschinerie von Abgaben, Zertifikaten und Auflagen entstanden, die das Heizen, das Fahren, das Bauen und damit das Wohnen immer weiter verteuert. Wer zahlt, darf weitermachen wie bisher; wer nicht zahlen kann, schränkt sich ein. Das ähnelt in seiner Struktur verblüffend dem Ablasshandel des ausgehenden Mittelalters: Die Sünde bleibt, sie wird nur bepreist.

Nur war der historische Ablasshandel in einem Punkt sozialer, als es seine moderne Wiederauflage ist. Vom Geld der Gläubigen wurde immerhin der Petersdom errichtet — ein Bauwerk, das bis heute jedem offensteht, dem Bettler wie dem Fürsten. Wohin aber fließen die Milliarden der neuen Bußgelder? In Fonds, Agenturen, Beratungsstrukturen und Förderkulissen, deren Türen dem einfachen Bürger verschlossen bleiben. Er finanziert Kathedralen, die er nie betreten wird — und wenn er erschöpft an ihren Mauern niedersinkt, schickt man ihm den Ordnungsdienst.

Die Behüteten und die Ungeschützten

Es gibt in dieser Krise eine Schicht, die von alledem wenig spürt: gut versorgt, gut vernetzt, mit sicherem Einkommen aus öffentlichen Kassen oder geschützten Positionen, wohnhaft in Vierteln, deren Unantastbarkeit sie selbst organisiert. Von dort aus lässt sich vortrefflich über Verzicht predigen — den Verzicht der anderen. Von dort aus wirkt jede Kritik an der Verhinderungsmaschine wie Undankbarkeit, jede Klage über die Mieten wie Anspruchsdenken.

Wir wollen diese Menschen nicht dämonisieren; viele von ihnen glauben aufrichtig, das Richtige zu tun. Aber wir dürfen benennen, was ihre Entscheidungen anrichten: Sie haben ein System geschaffen, in dem das Vorhandene geschützt und das Notwendige verhindert wird — und



in dem die Kosten dieser Ordnung nach unten durchgereicht werden, bis sie bei denen ankommen, die keinen Anwalt haben, keinen Einspruch, keine Stimme. Bei einer jungen Frau im hohen Gras.

Mitgefühl statt Sündenböcke

Es wäre billig, nun Sündenböcke zu suchen. Der Fahrer jenes Mähers trägt an diesem Morgen schwerer als je ein Urteil es ihm auferlegen könnte; er ist selbst ein Opfer dieser Kette. Der einzelne Hausbesitzer, der einen Einspruch unterschreibt, tötet niemanden. Die Sachbearbeiterin, die eine Umweltprüfung anordnet, tut ihre Pflicht. Genau das macht diese Krise so tückisch: Sie besteht aus tausend kleinen, für sich genommen verzeihlichen Handlungen, deren Summe unverzeihlich ist.

Unser Zorn gilt darum keinem Menschen, sondern einer Ordnung — einer Ordnung, die das Nein belohnt und das Ja bestraft, die dem Besitzenden jedes Vetorecht gibt und dem Wohnungssuchenden nicht einmal einen Platz auf der Warteliste. Und unser Mitgefühl gilt denen, die diese Ordnung zermahlt: den Verdrängten, den Pendelnden, den Frierenden. Ihnen schulden wir mehr als Kerzen und Betroffenheit. Wir schulden ihnen Wohnungen.

Wie es anders geht

Dass es anders geht, ist keine Vermutung — es ist andernorts Alltag. Man sehe nach Tokio: eine der größten Metropolen der Erde, begehrt, dicht, teuer im Zentrum — und doch ohne die Wohnungsnot westlicher Küstenstädte, weil das Baurecht dort landesweit gilt, berechenbar ist und dem Nachbarn kein Vetorecht über fremdes Eigentum einräumt. Es wird gebaut, abgerissen, neu gebaut; die Stadt atmet, und die Mieten bleiben für normale Einkommen erreichbar. Man sehe nach Houston, das ohne die übliche Flurbereinigung der Verbote auskommt und wachsende Bevölkerung Jahr um Jahr mit neuem Wohnraum beantwortet statt mit neuen Wartelisten.

Nichts an diesen Orten ist paradiesisch, und nicht jede ihrer Regeln taugt zum Export. Aber sie beweisen den einen Satz, an dem die Verhinderer nicht vorbeikommen: Wo bauen darf, wer Verantwortung trägt, wohnt am Ende auch, wer wenig hat. Die Wohnungsfrage ist keine Frage des Geldes — Geld ist genug im Spiel wie nie. Sie ist eine Frage der Erlaubnis.



Die sozial-libertäre Antwort

Die sozial-libertäre Idee beginnt, wo das Verhindern endet: beim Recht des Menschen, auf eigenem Grund zu bauen, was anderen nicht schadet — und bei der Pflicht der Gemeinschaft, dieses Recht nicht in Verfahren zu ersticken. Wir wollen Baufreiheit mit klaren, wenigen, verlässlichen Regeln statt eines Dickichts, in dem nur die Wohlhabenden Jäger sind und alle anderen Beute. Wir wollen, dass Einsprüche begründete Ausnahme sind, nicht kostenloses Hobby. Wir wollen, dass Klimapolitik den Menschen dient, statt sie zu melken — mit Technologie, Wettbewerb und ehrlicher Rechnung statt mit Abgaben, die im Apparat versickern.

Unsere Erfolgsübereinkunft nennt die Grundsätze, unsere Positionen im Beobachter führen sie aus: Eigentum verpflichtet nicht zur Verhinderung, sondern zur Verantwortung. Eine Gesellschaft, die ihren Flächen das Bauen und ihren Bürgern das Wohnen erlaubt, braucht keine Zeltlager zu verwalten — sie macht sie überflüssig. Das ist keine Utopie. Das ist gelebte Normalität überall dort, wo man das Bauen nicht zum Verbrechen erklärt hat.

Was jetzt zu tun wäre

Man frage bei jeder Regel, jedem Verfahren, jedem Einspruchsrecht nur eines: Hilft es, dass gewohnt werden kann — oder verhindert es das? Was verhindert, gehört begründet, befristet und im Zweifel gestrichen. Genehmigungen brauchen Fristen, nach deren Ablauf das Schweigen der Ämter als Ja gilt. Einsprüche brauchen ein Kostenrisiko für den, der sie missbraucht. Und die Gemeinden, die Wohnraum schaffen, sollen an seinem Ertrag teilhaben — damit das Ja sich endlich wieder lohnt.

Nichts davon ist radikal. Radikal ist der Zustand, den wir uns angewöhnt haben: dass in den reichsten Gemeinwesen der Geschichte das Wohnen zum Privileg wurde. Wer diesen Zustand verteidigt, trage künftig die Beweislast — nicht die junge Familie, nicht der Bauherr, nicht die Frau im Park.

Christines Name bleibt

Christine Chavez hat keine Denkmäler bekommen. Kein Platz trägt ihren Namen, kein Gesetz. Die Stadt hat, so liest man, ihre Mähpläne überarbeitet. Das hohe Gras wird jetzt früher geschnitten. Man könnte darüber verzweifeln: Eine Gesellschaft, die aus dem Tod einer jungen



Frau vor allem die Lehre zieht, den Rasen kürzer zu halten, hat die Lektion nicht verstanden.

Wir ziehen eine andere Lehre. Eine Gesellschaft, die ihre Müden nicht betten kann, hat ihr erstes Versprechen gebrochen — das Versprechen, dass Fleiß und Anstand zu einem Platz in ihrer Mitte führen. Dieses Versprechen wollen wir erneuern: mit Wohnungen statt Wartelisten, mit Ja statt Nein, mit einer Ordnung, die den Schwachen Dächer baut, statt den Satten Aussichten zu schützen. Bis dahin steht Christines Name über dieser Krise — als Mahnung, wohin das vornehme Verhindern führt, wenn niemand ihm in den Arm fällt.

Denke frei. Handle gerecht. Kooperiere sinnvoll, Gutes wird folgen.



2. Die Anti-Meritokratie-Krise: Wenn Können nicht mehr zählt

Vom Versprechen der Leistung zur Herrschaft der Merkmale — und warum am Ende gerade jene verlieren, denen man zu helfen vorgibt.

2026-06-15 - Positions Papier

#Gesellschaft #Westen

Es gibt Orte, an denen die Wahrheit keine Meinung ist. Im Cockpit eines Verkehrsflugzeugs, dreihundert Menschen im Rücken. Am Operationstisch, wenn die Narkose gesetzt ist. Auf der Baustelle, wenn die Statik gerechnet wird. An diesen Orten zählt nur eines: ob jemand kann, was er zu können behauptet. Kein Titel hilft, keine Herkunft, keine Gesinnung. Die Schwerkraft liest keine Leitbilder.

Jahrhunderte hat es gedauert, dieses Prinzip aus den Orten der Gefahr in die Mitte der Gesellschaft zu tragen: dass Ämter, Stellen und Chancen nach Befähigung vergeben werden — nicht nach Geburt, nicht nach Beziehungen, nicht nach Merkmalen, für die niemand etwas kann. Man nannte es Meritokratie, Herrschaft des Verdienstes. Es war nie vollkommen verwirklicht. Aber es war das Versprechen, das den Aufstieg der freien Welt getragen hat: Zeig, was du kannst, und es wird zählen.

Dieses Versprechen wird gegenwärtig aufgekündigt — leise, in bester Absicht, mit freundlichen Worten. Das ist die zweite Krise dieser Serie.

Eine notwendige Klarstellung

Bevor wir sie beschreiben, eine Klarstellung, auf die wir bestehen: Unsachliche Diskriminierung nach Rasse, Geschlecht oder Herkunft ist ein Missstand. Wer einem Menschen wegen seiner Hautfarbe die Wohnung, die Stelle oder den Respekt verweigert, verstößt gegen alles, wofür die sozial-libertäre Idee steht. Das war so, das ist so, das bleibt so.

Aber aus einem Missstand folgt kein Freibrief. Wer aus dem Unrecht von gestern das Recht ableitet, heute selbst nach Merkmalen zu sortieren — nur mit umgekehrten Vorzeichen —, ersetzt eine Ungerechtigkeit durch die nächste. Und wer daraus gar autoritäre Durchgriffsrechte ableitet,



Quoten zu verordnen, Sprache zu überwachen, Abweichler zu bestrafen, der bekämpft nicht die Diskriminierung. Er verstaatlicht sie.

Wie das Versprechen entstand

Man vergisst leicht, wie jung und wie kostbar das meritokratische Versprechen ist. Jahrtausende lang bestimmte die Geburt das Leben: Der Sohn des Bauern blieb Bauer, die Tochter der Magd blieb Magd, und Ämter waren Beute der Familien, die sie schon besaßen. Dagegen setzte die aufsteigende bürgerliche Welt eine ungeheuerliche Idee: die Prüfung, die für alle gleich ist. Das Examen, das nicht fragt, wessen Kind einer ist. Den Meisterbrief, der Können bezeugt und sonst nichts. Die offene Stelle, um die sich jeder bewerben darf.

Das älteste Beispiel gibt das Handwerk: Wer das Stück fertigen kann, ist Meister — die Hand entscheidet, nicht der Name. Auf diesem schlichten Prinzip ist mehr sozialer Aufstieg gewachsen als auf allen Umverteilungsprogrammen zusammen: Es hat den Begabten aus der Enge geholt, die Tüchtigen aus der Unsichtbarkeit, und es hat den Mächtigen das Monopol auf die Zukunft ihrer Kinder genommen. Wer die Meritokratie schleift, schleift die einzige Aufstiegsmaschine, die je für alle gebaut wurde.

Wenn das Merkmal die Befähigung schlägt

Unter Kürzeln wie DEI ist in Konzernen, Behörden und Universitäten eine Industrie entstanden, die Menschen zuerst als Träger von Merkmalen erfasst und erst danach als Könnner ihres Fachs. Einstellungen, Beförderungen, Fördermittel, Studienplätze — immer öfter entscheidet die Statistik der Gruppen, nicht die Leistung der Person. Auswahlverfahren, die einst blind sein wollten für alles außer dem Können, werden sehend gemacht — für genau die Merkmale, die nie wieder zählen sollten.

Man muss keine Katastrophenszenarien erfinden, um zu verstehen, was das anrichtet. Es genügt ein Grundsatz, den jeder Handwerksmeister kennt: Wo nach etwas anderem als Können ausgewählt wird, sinkt im Durchschnitt das Können. In den meisten Büros fällt das nicht sofort auf. In einem Cockpit, einem Operationssaal, einem Kraftwerk, einem Labor gibt es für diesen Durchschnitt keinen Puffer. Dort bezahlen irgendwann Unbeteiligte die Rechnung — Passagiere, Patienten, Anrainer, die nie gefragt wurden, ob ihnen Symbolpolitik ein Restrisiko wert ist. Eine



Gesellschaft, die an solchen Orten auch nur Zweifel an der Bestenauslese sät, spielt mit einem Vertrauen, das sie nicht besitzt, sondern nur verwaltet.

Und das Vertrauen erodiert bereits. Wenn Auswahl nach Merkmalen erfolgt, legt sie über jeden Erfolg einen Schatten: War es Können — oder Quote? Diese Frage ist ein Gift. Sie vergiftet den Stolz derer, die es aus eigener Kraft geschafft haben, und sie liefert jenen, die wirklich diskriminieren wollen, den bequemsten aller Vorwände.

Der Mensch als Merkmalsträger: die neue Ware

Es lohnt der Blick darauf, wem diese Ordnung nützt. Den Schwachen? Sie werden vorgeschoben. Tatsächlich hat die Merkmalsbewirtschaftung für große Organisationen einen handfesten Reiz: Sie macht Menschen austauschbar. Wo die Person nur noch als Exemplar einer Kategorie zählt, lässt sie sich leichter ersetzen, leichter drücken, leichter verwalten. Die Belegschaft zerfällt in Gruppen, die einander beargwöhnen, statt gemeinsam für ihren Wert einzustehen; der Preis der einzelnen Arbeitskraft sinkt, während die Leitbilder immer wärmer klingen.

So wird aus der versprochenen Vielfalt eine Zwangskollektivierung: Der Einzelne wird seiner mühsam erworbenen Besonderheit — seines Könnens — enteignet und auf Eigenschaften zurückgeworfen, die er sich nicht ausgesucht hat. Das ist die vielleicht bitterste Ironie dieser Krise: Eine Bewegung, die angetreten ist, Menschen nicht auf ihre Merkmale zu reduzieren, hat die Reduktion auf Merkmale zum Verwaltungsprinzip erhoben.

Die Sprache der neuen Ordnung

Jede Ordnung verrät sich in ihrer Sprache. Die neue spricht weich, wo sie hart handelt: Sie nennt Quoten Zielvorgaben, Gesinnungsprüfungen Werte-Fit, Bekenntniszwang Diversity-Statement. In Berufungsverfahren angesehener Universitäten wiegt ein solches Bekenntnis mancherorts schwerer als das Schriftenverzeichnis; in Konzernen wachsen Abteilungen, deren einzige Produktion die Überwachung der Gesinnung der übrigen Abteilungen ist. Der Apparat lebt gut von der Anklage — und braucht darum ständig neue Angeklagte.

Zu besichtigen ist eine stille Umkehr der Beweislast: Nicht mehr die Auswahl muss beweisen, dass sie gerecht war, sondern der Ausgewählte, dass er kein Nutznießer ist — und der Abgelehnte hat zu



schweigen, will er nicht als Ressentimentgeladener gelten. So entsteht eine Atmosphäre, in der alle rechnen und keiner mehr redet. Organisationen aber, in denen nicht mehr offen geredet wird, treffen schlechte Entscheidungen — zuerst über Menschen, dann über alles andere.

Der bürgerliche Tod

Wer der neuen Merkmalsordnung widerspricht, lernt ihre zweite Seite kennen. Professoren, die unbequeme Fragen stellen, verlieren Lehraufträge. Handwerker, deren private Meinung einem Auftraggeber missfällt, verlieren Verträge. Bürger, deren Spenden oder Sätze der falschen Seite zugerechnet werden, verlieren plötzlich ihr Bankkonto — und mit ihm die Fähigkeit, Miete zu zahlen, Gehalt zu empfangen, am Wirtschaftsleben teilzunehmen. Man nennt das mit einem alten Wort den bürgerlichen Tod: Der Mensch lebt, aber er ist aus der Gesellschaft entlassen.

Wir wählen unsere Vergleiche mit Bedacht. Niemand wird heute verbrannt; die Foltern der Inquisition kennen wir nur aus Büchern, und qualitativ verbietet sich jede Gleichsetzung. Aber der Mechanismus — eine Rechtgläubigkeit, deren Verletzung Beruf, Vermögen und guten Namen kostet, verhängt ohne Richter, vollstreckt von eifrigen Freiwilligen — dieser Mechanismus ist derselbe. Und in seiner Reichweite, das darf man nüchtern feststellen, übertrifft er seinen Vorgänger: Die Inquisition brauchte Jahre, um einen Ruf zu zerstören. Das digitale Tribunal schafft es über Nacht, und sein Gedächtnis vergisst nie.

Auch hier gilt: Unser Blick ruht nicht auf den Eiferern, sondern auf den Getroffenen. Auf der Wissenschaftlerin, die nach zwanzig Jahren Forschung ihr Labor räumt, weil ein Satz aus einem Vortrag skandalisiert wurde. Auf dem Familienvater, der seinen Kindern erklären muss, warum die Bank die Konten kündigt. Auf den Vielen, die längst gelernt haben zu schweigen — nicht weil sie nichts zu sagen hätten, sondern weil sie zählen können, was das Sagen kostet.

Das Schweigen der Vernünftigen

Das Erstaunlichste an dieser Krise ist, wie wenige sie verteidigen — und wie viele sie geschehen lassen. In vertraulichen Gesprächen räumen Führungskräfte ein, was sie öffentlich beschwören müssen;



Wissenschaftler verdrehen die Augen über Verfahren, an denen sie tags darauf mitwirken. Man nennt das die Schweigespirale der Vernünftigen: Jeder hält sich für fast allein mit seinen Zweifeln, weil alle anderen ebenso klug schweigen wie er.

Dieses Schweigen ist verständlich — wir haben beschrieben, was das Reden kostet. Aber es ist nicht folgenlos. Ordnungen dieser Art stützen sich nicht auf Überzeugung, sondern auf die Vermutung der Überzeugung; sie stehen genau so lange, wie jeder glaubt, der Einzige zu sein. Es gehört darum zu den vornehmsten Aufgaben einer freien Presse, das Offensichtliche auszusprechen und den Schweigenden zu zeigen, wie viele sie sind. Genau das tun wir hiermit.

Wer den Preis bezahlt

Die Rechnung dieser Krise begleichen viele. Die Fleißigen ohne Fürsprecher, deren Bewerbung im Merkmalsraster hängen bleibt. Die Kunden, Patienten und Passagiere, die sich auf Bestenauslese verlassen, wo längst andere Listen geführt werden. Die Betriebe, denen man die Auswahl ihrer Leute aus der Hand nimmt und die im Weltwettbewerb mit gebundenen Händen antreten.

Und — das ist das Grausamste — gerade jene, in deren Namen das alles geschieht. Denn die tüchtige Ingenieurin, der begabte Chirurg aus einer Minderheit haben durch die Quotenordnung am meisten zu verlieren: die Anerkennung, dass ihr Erfolg ihr eigener ist. Man hat ihnen die schwerste aller Lasten aufgebürdet — den Generalverdacht der Bevorzugung — und nennt es Förderung. Es gibt kaum eine kältere Form der Herablassung als die Vermutung, jemand könne es ohne Nachsicht nicht schaffen.

Der Wettbewerb vergisst nicht

Während der Westen darüber streitet, ob Können zählen darf, stellt der Rest der Welt keine solchen Fragen. Die aufstrebenden Wissenschafts- und Industrienationen wählen ihre Ingenieure, Ärzte und Forscher mit einer Nüchternheit aus, die an unsere eigene beste Zeit erinnert — und sie nehmen mit offenen Armen, was wir vergraulen. Jeder Spitzenforscher, der geht, jedes Patent, das anderswo angemeldet wird, jede Fabrik, die dort entsteht, wo man Leistung noch unbefangen ehrt, ist eine Rechnung, die uns später präsentiert wird.



Der Wohlstand, von dem unsere Umverteilungs- und Merkmalsbürokratien zehren, wurde von Menschen erarbeitet, die man machen ließ. Er ist kein Naturzustand, sondern ein Vorsprung — und Vorsprünge schmelzen, wenn man aufhört zu laufen. Eine Zivilisation kann sich vieles leisten, sogar ihre Moden. Was sie sich nicht leisten kann, ist der Dauerverdacht gegen ihre Leistungsträger bei gleichzeitigem Anspruch auf deren Erträge.

Auch das ist eine soziale Frage, vielleicht die sozialste von allen: Denn wenn der Vorsprung aufgezehrt ist, kürzt niemand die Bezüge der Symbolverwalter. Gekürzt wird bei den Renten, den Schülern, den Kranken — bei denen, für die der Wohlstand einmal erarbeitet wurde.

Die sozial-libertäre Antwort

Die sozial-libertäre Idee stellt das Versprechen wieder her, das die Anti-Meritokratie gebrochen hat. Auswahl nach Können, wo immer möglich blind für alles andere: anonymisierte Verfahren, nachprüfbare Kriterien, Verantwortung des Auswählenden für sein Ergebnis. Schutz vor Gesinnungsstrafen: Niemand verliert Konto, Beruf oder bürgerliche Existenz für eine Meinung; wer solche Strafen verhängt, haftet dafür. Vertragsfreiheit statt Quotenzwang — und zugleich ein Diskriminierungsschutz, der diesen Namen verdient, weil er den Einzelfall prüft statt Statistiken zu bewirtschaften.

Wir haben in dieser Zeitung eine neue Wertschätzung für Exzellenz gefordert — nicht als Kult der Sieger, sondern als Dankbarkeit gegenüber allen, die ihr Handwerk ernst nehmen, vom Meisterbetrieb bis zum Forschungslabor. Eine Gesellschaft ehrt sich selbst, wenn sie ihre Besten machen lässt und ihre Schwächeren befähigt, statt beide in Merkmalstabellen zu verrechnen. Genau dorthin wollen wir zurück — oder besser: endlich wirklich hin.

Was Diskriminierung wirklich bekämpft

Wem es ernst ist mit dem Kampf gegen Diskriminierung, dem stehen bessere Werkzeuge zur Verfügung als Quote und Tribunal. Das erste heißt Bildung: früh, fordernd und für jedes Kind, damit Startnachteile nicht zu Lebensurteilen werden. Das zweite heißt Blindheit im besten Sinne: Auswahlverfahren, die Namen, Herkunft und Gesicht so lange verbergen, bis das Können gesprochen hat — wo immer man das



ernsthaft versucht hat, stieg die Vielfalt von ganz allein, ohne dass je eine Quote sie verordnen musste.

Das dritte Werkzeug ist das Recht selbst: Wer im Einzelfall nachweislich wegen seiner Herkunft abgewiesen wurde, verdient rasche, spürbare, persönliche Gerechtigkeit — nicht die Aufnahme in eine Statistik, mit der Apparate ihre Budgets begründen. So sieht Ernsthaftigkeit aus: Sie hilft dem Verletzten, statt Kategorien zu bewirtschaften. Alles andere ist Ablasshandel mit fremdem Leid.

Das Versprechen erneuern

Am Ende ist die Meritokratie mehr als eine Personalpolitik. Sie ist ein Friedensvertrag zwischen den Talenten und der Gemeinschaft: Ihr dürft werden, was in euch steckt — und wir alle ernten, was ihr könnt. Kündigt man diesen Vertrag, wandern die Talente aus, innerlich oder tatsächlich, und zurück bleibt eine Gesellschaft, die Mittelmaß verwaltet und es Gerechtigkeit nennt.

Wir kündigen nicht. Wir erneuern. Jedem Kind, gleich welcher Herkunft, gilt unser Versprechen: Zeig, was du kannst, und es wird zählen — nur das, aber das ganz gewiss. Das ist keine Härte. Das ist die einzige Fairness, die diesen Namen verdient hat.

Denke frei. Handle gerecht. Kooperiere sinnvoll, Gutes wird folgen.



3. Die Sicherheitskrise: Der Rückzug des Schutzes

Wenn Zahnpasta hinter Panzerglas liegt und der Staat sein erstes Versprechen vergisst — wer beschützt dann die, die sich keinen Schutz kaufen können?

**2026-06-15 - Positions Papier
#Gesellschaft #Westen**

Wer verstehen will, wo eine Gesellschaft steht, muss keine Statistiken lesen. Es genügt ein Gang durch einen Supermarkt in Teilen Kaliforniens. Die Zahnpasta liegt hinter Panzerglas. Das Deo, das Waschmittel, der Rasierer: weggesperrt wie Kronjuwelen. Wer sich die Zähne putzen will, drückt einen Knopf und wartet, bis ein Angestellter mit dem Schlüssel kommt. Niemand empfindet das mehr als Skandal. Es ist Alltag geworden — und genau das ist der Skandal.

Denn jedes dieser Glasschränken ist ein Gerät zur Messung von etwas Unsichtbarem: des Vertrauens einer Gesellschaft in ihre eigene Ordnung. Wo das Glas dicker wird, ist das Vertrauen dünner geworden. Und wo Ladenketten ganze Filialen schließen, weil sich der Schutz der Regale nicht mehr rechnet, dort hat sich etwas zurückgezogen, das wiederzubringen schwerer ist als jede Ware: die Gewissheit, dass Regeln gelten.

Das erste Versprechen

Aller Streit über Aufgaben des Staates endet an einem Punkt, über den sich Denker aller Schulen einig waren: Sein erstes Versprechen ist Schutz. Schutz des Lebens, des Leibes, des redlich Erworbenen. Dafür — und zunächst nur dafür — zahlen Bürger Steuern, geben Freiheiten ab, dulden Gewaltmonopole. Ein Staat, der dieses Versprechen hält, darf vieles falsch machen und bleibt doch legitim. Ein Staat, der es bricht, mag alles andere richtig machen — er verliert seinen Grund.

Das Bemerkenswerte an der Gegenwart ist, wie offen dieser Bruch mancherorts eingestanden wird. Diebstahl unter bestimmten Wertgrenzen wird faktisch nicht mehr verfolgt; Anzeigen werden entgegengenommen wie Wetterberichte; ganze Deliktfelder gelten als



gesellschaftlich zu erklären und darum polizeilich zu übergehen. Die Regierung tritt dabei immer weniger als Beauftragte ihrer Bürger auf und immer mehr als deren Erzieherin — eine postbürgerliche Obrigkeit, die Wohlverhalten predigt, Schuld verteilt und Sühne verordnet, während das schlichte Handwerk des Schützens liegen bleibt.

Wenn Läden kapitulieren

Die Folgen tragen nicht die Wohlhabenden. Wer in gesicherten Vierteln lebt, online bestellt und liefern lässt, begegnet der Verwahrlosung höchstens als Nachricht. Die Rechnung zahlen die anderen: die Rentnerin, deren Drogeriemarkt an der Ecke schließt und die nun mit zwei Bussen zum nächsten fährt — vorbei an den Schaufenstern, die mit Brettern vernagelt sind. Der Kioskbesitzer, der nach dem dritten Überfall aufgibt und mit ihm vierzig Jahre Lebenswerk. Die Angestellte in der Spätschicht, die den Parkplatz nicht mehr allein überquert.

Es gehört zu den stillen Grausamkeiten dieser Krise, dass sie die Ärmsten doppelt trifft: Erst nimmt die Unsicherheit ihnen die Geschäfte, die Apotheken, die Busse ihres Viertels — dann wirft man ihnen vor, in einer Gegend ohne Geschäfte, Apotheken und Busse zu leben. Unsicherheit ist die regressivste aller Steuern: Der Reiche kauft sich frei, mit Wachdienst, Alarmanlage und Adresse. Der Arme zahlt mit seiner Haut.

Die Chronik des Gewöhnens

Der Verfall kommt nicht über Nacht. Er kommt in Stufen, und jede Stufe hat ihre eigene Beschwichtigung. Zuerst ist das weggesperrte Deo eine Kuriosität, über die man Witze macht. Dann erklären kluge Kommentatoren, die Wahrnehmung sei schlimmer als die Lage und die Statistik differenzierter, als der Bürger begreife. Dann verschwinden die Vorfälle aus den Nachrichten, weil sie keine Nachrichten mehr sind. Und am Ende steht das Schweigen: Der Kunde drückt den Knopf am Panzerglas und denkt sich nichts mehr dabei.

Dieses Gewöhnen ist gefährlicher als jeder einzelne Diebstahl. Denn Ordnung lebt von Erwartungen: Wo die kleine Grenzüberschreitung folgenlos bleibt, wird die nächste wahrscheinlicher — das zerbrochene Fenster, das niemand ersetzt, lädt zum nächsten Steinwurf. Was einmal als Polizeitheorie berühmt wurde, ist im Kern eine Alltagsweisheit jeder



Hausgemeinschaft: Verwahrlosung ist ansteckend, und Gepflegtheit ist es auch.

Am Ende dieser Chronik steht keine Explosion, sondern ein Erschlaffen. Die Ehrlichen fragen sich, warum eigentlich nur sie bezahlen. Die Händler rechnen den Schwund in die Preise — die nächste stille Steuer auf die Redlichen. Und die Jungen wachsen in der Annahme auf, so sei es eben. Nichts davon steht in einer Kriminalstatistik. Alles davon ist ihr Vorbote.

Behörden am Limit, Bürger am Ende der Geduld

Man hört oft, es fehle am Geld. Das ist wahr und ist es auch wieder nicht. Wahr ist: Viele Sicherheitsbehörden sind ausgezehrt — zu wenige Leute, zu alte Ausrüstung, zu viel Papier. Erfahrene Beamte gehen, weil sie für ihre Arbeit Hohn von oben und Steine von unten ernten; Nachwuchs bleibt aus, weil niemand ein Amt anstrebt, dessen Auftrag politisch zerredet wird. Wahr ist aber auch: Das Geld, das fehlt, wird andernorts mit vollen Händen ausgegeben — für Programme, Beauftragte und Kampagnen, deren Beitrag zur Sicherheit der Bürger sich in Hochglanzbroschüren erschöpft.

Und so kündigen die Bürger ihrerseits, leise und in Raten. Wer kann, zieht fort — in sicherere Bundesstaaten, in freiere Weltgegenden, dorthin, wo man für seine Steuern noch Gegenleistung erhält. Mit den Fachkräften geht das Kapital, mit dem Kapital die Steuerbasis, mit der Steuerbasis die letzte Möglichkeit, den Schutz zu bezahlen, dessen Fehlen die Flucht auslöst. Es ist eine Spirale, und sie dreht sich bereits: Die Tüchtigen von heute sind die Fortgezogenen von morgen, und zurück bleiben jene, die sich das Gehen nicht leisten können — als Geiseln einer Ordnung, die sie nicht mehr schützt, aber weiterhin belehrt.

Die Ausweichbewegungen

Wo der öffentliche Schutz sich zurückzieht, entsteht kein Vakuum — es entsteht ein Markt. Private Sicherheitsdienste wachsen schneller als manche Polizei; bewachte Wohnanlagen, einst amerikanische Kuriosität, werden zum Verkaufsargument; Kameras, Zäune und Apps ersetzen, was früher die Streife war. Für den, der zahlen kann, funktioniert das erstaunlich gut. Genau darin liegt das Problem.



Denn eine Gesellschaft, die ihre Sicherheit privatisiert, sortiert sich neu: hier die Inseln der Bewachten, dort das offene Land der Übrigen. Der Gemeinsinn, der aus geteilter Sicherheit wächst — man sitzt im selben Park, fährt in derselben Bahn, lässt die Kinder auf denselben Platz —, zerfällt in Zonen. Und an den Rändern der Zonen gedeiht Schlimmeres: Wo der Staat das Recht nicht mehr durchsetzt, treten früher oder später jene an, die es auf eigene Faust tun — und Selbstjustiz ist keine Justiz, sondern ihre Karikatur.

Wir sagen das ohne Häme gegen die, die sich schützen — wer wollte es ihnen verdenken? Wir sagen es als Warnung: Der Rückzug des öffentlichen Schutzes macht die Gesellschaft nicht freier, sondern feudaler. Am Ende hat wieder jeder Burgherr seine Mauer — und wer keine Burg hat, steht im Regen wie vor fünfhundert Jahren.

Sicherheit ist eine soziale Frage

Es gehört zu den großen Missverständnissen unserer Zeit, Sicherheit für ein rechtes Thema zu halten und Mitgefühl für ein linkes. In Wahrheit ist Sicherheit die sozialste aller Fragen. Der Nachtwächterstaat, über den man so gerne spöttelt, wächte zuerst über die, die sich keinen eigenen Wächter leisten können. Jede Laterne, die brennt, jede Streife, die geht, jedes Urteil, das ergeht, ist Umverteilung im besten Sinne: vom Starken zum Schwachen, vom Rücksichtslosen zum Redlichen.

Auch dem Täter gegenüber ist die verlässliche Ordnung die barmherzigere: Klare Grenzen, früh gezogen, ersparen die großen Entgleisungen und die großen Strafen. Eine Obrigkeit, die aus falsch verstandener Milde das Kleine geschehen lässt, erntet das Große — und bestraft dann doch, später, härter, und zu einem Zeitpunkt, an dem schon Opfer zu beklagen sind, die es nie hätte geben müssen. Nichts an diesem Geschehenlassen ist gütig. Es ist Unterlassung mit gutem Gewissen.

Ohne Sicherheit keine Freiheit

Die sozial-libertäre Idee wird bisweilen missverstanden, als wolle sie den Staat schwächen. Das Gegenteil ist wahr: Wir wollen ihn stark machen, wo nur er stark sein kann — und schlank, wo er sich verirrt hat. Ein Staat, der Zahnpasta-Diebstähle achselzuckend hinnimmt, aber die Meinungen seiner Bürger katalogisiert, hat seine Aufgaben exakt



verwechselt. Wir wollen die Umkehrung: volle Kraft für Schutz und Recht, Rückzug aus Bevormundung und Gesinnungspflege.

Konkret heißt das: Sicherheitsbehörden, die ausgestattet, ausgebildet und geachtet sind — und die dafür rechenschaftspflichtig bleiben, denn Achtung ist kein Blankoscheck. Justiz, die schnell und berechenbar urteilt, denn verzögertes Recht ist verweigertes Recht. Subsidiarität: Gemeinden, Nachbarschaften und Bürger, die Verantwortung für ihr Umfeld übernehmen dürfen, statt auf ferne Zentralen zu warten. Und eine Politik, die Ursachen ernst nimmt, ohne Täter zu entmündigen — denn wer dem Menschen die Verantwortung abspricht, spricht ihm die Würde gleich mit ab.

Die sozial-libertäre Antwort

Unsere Erfolgsübereinkunft stellt den Schutz von Leben, Freiheit und redlichem Eigentum an den Anfang, nicht ans Ende der Staatsaufgaben. Alles Weitere — die Entfaltung der Märkte, das Blühen der Zivilgesellschaft, das Vertrauen zwischen Fremden, von dem jede Kooperation lebt — wächst auf diesem Fundament oder gar nicht. Die Utopie, die wir in dieser Zeitung beschrieben haben, das gute Leben in Eintracht und Zuversicht: Sie beginnt mit einer Tür, die man nachts nicht fürchten muss, und einem Ladenregal ohne Panzerglas.

Man wird uns entgegenhalten, das sei Nostalgie. Wir antworten: Es ist Normalität — gelebte, messbare Normalität in jenen Gemeinwesen, die ihr erstes Versprechen ernst nehmen. Nicht die Sicherheit ist die Ausnahme der Geschichte, sondern ihr Verfall bei vollem Wohlstand. Er ist keine Naturgewalt, sondern eine Wahl. Und was gewählt wurde, kann abgewählt werden.

Der Preis, den alle zahlen

Man kann die Sicherheitskrise auch als Kaufmann betrachten, und selbst dann bleibt sie ein Verlustgeschäft ohne Beispiel. Der Schwund der Händler wandert in die Preise: Jeder ehrliche Kunde zahlt den Diebstahl der anderen an der Kasse mit. Die Versicherungsprämien steigen, bis sich der kleine Laden die Police nicht mehr leisten kann — der große Konzern kann es, und so frisst die Unsicherheit zuerst die Selbständigen, die jedes Viertel tragen. Wo Filialen schließen, fallen Arbeitsplätze, Steuererträge, Lehrstellen; wo Straßenzüge veröden,



sinken die Werte der Häuser, in denen einfache Leute ihr Ersparthes angelegt haben.

Dazu kommt, was keine Bilanz ausweist: die Stunden, die Eltern ihre Kinder begleiten, weil der Schulweg nicht mehr sicher scheint; die Wege, die Ältere nicht mehr gehen; die Feste, die nicht mehr stattfinden; die tausend kleinen Verabredungen des Vertrauens, die eine Stadt erst zur Stadt machen und die leise gekündigt werden. Unsicherheit verarmt eine Gesellschaft doppelt — an Geld und an Gemeinsinn —, und beides trifft, wie stets, die zuerst, die am wenigsten haben.

Es ist darum kein Widerspruch, sondern derselbe Gedanke: Wer sparen will, muss schützen. Jede Laterne, jede Streife, jedes rasche Urteil kostet weniger, als ihr Fehlen kostet. Kein Programm der Welt verzinst sich besser als die schlichte, verlässliche, für alle gleiche Durchsetzung des Rechts.

Das Glas wieder dünner machen

Eines Tages, so hoffen wir, wird jemand die Panzerglasschränke wieder abmontieren — nicht, weil die Zahnpasta wertlos geworden wäre, sondern weil das Vertrauen zurückgekehrt ist. Solche Tage kommen nicht von selbst. Sie werden erarbeitet: von Bürgern, die Schutz einfordern statt sich zu gewöhnen; von Ämtern, die dienen statt zu erziehen; von einer Idee, die Freiheit und Sicherheit nicht gegeneinander ausspielt, sondern begreift, dass sie einander tragen.

Diese Serie hat drei Krisen beschrieben: die Wohnungsnot der Verhinderer, die Entwertung des Könnens, den Rückzug des Schutzes. Sie haben eine gemeinsame Wurzel — eine Ordnung, die das Bewahren der Bequemen über das Recht der Strebsamen stellt — und eine gemeinsame Antwort: die sozial-libertäre. Wer sie kennenlernen will, findet in unserem Programm die zehn Punkte und in diesem Beobachter die Begründungen. Die Krisen sind menschengemacht. Also können Menschen sie beenden.

Denke frei. Handle gerecht. Kooperiere sinnvoll, Gutes wird folgen.



4. Der Westen wankt nach einem Jahrzehnt der Krisen und der politischen Desorientierung

Warum nur der Sozial-Libertarismus die Orientierung zurückbringen kann.

**2026-06-15 - Positions Papier
#Gesellschaft #Westen**

Ein Jahrzehnt ist vergangen, seit die Welt aus den Fugen geriet. Was 2015/2016 mit der großen Migrationswelle, dem Brexit-Votum und dem Aufstieg populistischer Bewegungen begann, setzte sich fort über die Corona-Pandemie, den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, die Energiekrise und die Inflation bis hin zu den aktuellen Handelskonflikten. Der Westen – Europa und die Vereinigten Staaten – wirkt erschöpft, gespalten und orientierungslos. Die alten Gewissheiten sind zerbröseln. Die Menschen spüren: Etwas stimmt grundlegend nicht mehr mit den politischen und gesellschaftlichen Koordinaten, an denen wir uns seit Jahrzehnten ausrichteten.

Die Ursachen sind vielfältig, doch sie lassen sich auf wenige Kernprobleme zurückführen: eine Politik, die sich immer weiter von den realen Lebensbedingungen der breiten Bevölkerung entfernt hat, eine ideologische Überhöhung, die rationale Argumente durch moralische Imperative ersetzt, und ein Versagen aller etablierten politischen Strömungen, überzeugende Antworten zu liefern. In dieser Situation wird der Ruf nach „mehr Staat“ oder „mehr Tradition“ lauter – doch beide Antworten greifen zu kurz. Nur eine konsequent sozial-libertäre Perspektive kann die verlorene Orientierung zurückgewinnen, weil sie Freiheit und soziale Stabilität nicht als Gegensätze, sondern als Voraussetzungen füreinander begreift.

Steigende Lebenshaltungskosten – die unsichtbare Enteignung

Beginnen wir bei den unmittelbar spürbaren Belastungen. In der Europäischen Union treibt die CO₂-Bepreisung – ob über den Emissionshandel oder nationale Steuern – die Energiekosten



systematisch nach oben. Was als „Klimaschutz“ verkauft wird, trifft vor allem Haushalte mit mittlerem und geringem Einkommen. Heizen, Autofahren, Einkaufen – alles wird teurer, während die versprochenen Kompensationen oft bürokratisch, unzureichend oder gar nicht ankommen. Die EU-Kommission spricht von „gerechtem Wandel“, doch die Realität sieht anders aus: Die Energiewende wird zur sozialen Schere, die die Mittelschicht aushöhlt.

In den Vereinigten Staaten droht ab 2025 eine neue Welle von Zöllen, die unter dem Deckmantel des „Fair Trade“ und des Schutzes heimischer Industrien eingeführt werden. Auch hier steigen die Preise für Konsumgüter, Rohstoffe und Vorprodukte. Die Argumentation klingt plausibel – „Amerika zuerst“ –, doch die Kosten tragen wieder die normalen Bürger. Beide Maßnahmen, so unterschiedlich sie ideologisch begründet werden, haben denselben Effekt: Sie reduzieren die reale Kaufkraft der breiten Bevölkerung, ohne dass die versprochenen langfristigen Vorteile für die Mehrheit nachvollziehbar wären.

Kriege und Pandemien – eine Logik jenseits des Alltagsverstands

Hinzu kommen geopolitische und gesundheitspolitische Schocks, deren innere Logik für die meisten Menschen undurchschaubar bleibt. Der Krieg in der Ukraine wird mit moralischen und strategischen Argumenten gerechtfertigt, die auf einer geopolitischen Schachbrett-Logik beruhen, die dem Alltagsverstand fremd ist. Gleichzeitig wird jede kritische Frage nach Verhandlungen, nach Kosten-Nutzen oder nach der Rolle westlicher Waffenlieferungen als moralisches Versagen gebrandmarkt.

Die Corona-Pandemie hat ähnliche Muster offenbart: Lockdowns, Maskenpflichten, Impfkampagnen und Ausgangssperren wurden mit wissenschaftlichen und humanitären Begründungen durchgesetzt, deren Evidenzlage sich im Nachhinein als brüchig erwies. Die Entscheidungen folgten einer Experten- und Behördenlogik, die mit den konkreten Lebensrealitäten vieler Familien, Selbstständiger und kleiner Unternehmen wenig gemein hatte. Das Ergebnis ist ein tiefes Misstrauen: Wenn selbst elementare Grundrechte im Namen höherer Ziele ausgesetzt werden können, ohne dass die Bevölkerung wirklich mitentscheiden durfte, dann ist die Demokratie zur bloßen Legitimationsfassade geworden.



Migrationspolitik und positive Diskriminierung – Kindergarten statt Volksherrschaft

Besonders deutlich wird die Entfremdung bei der Migrations- und Integrationspolitik. Jahrelang wurde eine Politik verfolgt, die offene Grenzen und großzügige Aufnahme als moralische Pflicht darstellte, ohne die sozialen, kulturellen und fiskalischen Folgen ernsthaft zu kalkulieren. Parallel dazu entstanden Formen der „positiven Diskriminierung“ – Quoten, Diversity-Programme, DEI-Initiativen –, die Einzelpersonen nicht mehr nach individueller Leistung, sondern nach Gruppenzugehörigkeit behandeln. Was als Ausgleich historischer Ungerechtigkeiten verkauft wird, erinnert in der Praxis oft an die Verwaltung eines Kindergartens: Man verteilt Aufmerksamkeit, Ressourcen und Positionen nach Kriterien, die mit der realen Leistungsfähigkeit und dem individuellen Verhalten wenig zu tun haben.

Eine Regierung, die so handelt, regiert nicht mehr „vom Volk für das Volk“, sondern verwaltet Gruppeninteressen nach ideologischen Vorgaben. Die Bürger spüren: Ihre Stimme zählt weniger als die Zugehörigkeit zu einer als „benachteiligt“ definierten Kategorie. Das untergräbt das fundamentale Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz.

Parteienwechsel als Bedrohung – und Gerrymandering als Gegenstück

Die normale demokratische Alternanz – dass mal die eine, mal die andere Partei regiert – wurde früher als Selbstverständlichkeit akzeptiert. Heute wird ein Machtwechsel von der jeweils unterlegenen Seite regelmäßig als existenzielle Bedrohung der Demokratie, der Menschenrechte oder gar der „westlichen Werte“ dargestellt. Diese Rhetorik vergiftet den politischen Diskurs und macht Kompromisse nahezu unmöglich.

In den USA kommt ein weiteres strukturelles Problem hinzu: das Gerrymandering. Durch die geschickte Einteilung von Wahlkreisen sichern sich Parteien auf Bundesstaatenebene Mehrheiten, die dem tatsächlichen Wählerwillen nicht entsprechen. Auch hier gilt: Wer das System so manipuliert, dass demokratische Wechsel erschwert werden, untergräbt langfristig die Legitimität der Ordnung – egal, welche Partei es gerade tut.



Autokratische Kollektivistinnen und die Leugnung der Biologie

Ein besonders aggressiver Strang der Desorientierung kommt von autokratischen Kollektivistinnen, die im Namen anti-biologistischer Ideologien Herrschaftspositionen aufbauen. Ob es um die Leugnung biologischer Geschlechtsunterschiede, um die Reduktion von Menschen auf ihre Gruppenidentität oder um die Forderung geht, Sprache und Institutionen radikal umzugestalten – diese Strömungen beanspruchen moralische Überlegenheit und institutionelle Macht. Sie nutzen jede dialektische Wendung: Wer Kritik übt, wird als „rechts“, „hasserfüllt“ oder „wissenschaftsfeindlich“ diffamiert. Die eigentliche Debatte über Fakten, Kosten und Nebenwirkungen wird systematisch unterbunden.

Konservative Reaktionen – Macht statt sozialer Lösungen

Auf der konservativen Seite reagieren viele mit Verwirrung und einer Rückkehr zu autoritären Mustern. Man hofft, soziale Probleme durch harte Gesetze, Überwachung, Technologie oder starke Führungspersönlichkeiten lösen zu können. Doch viele dieser Probleme – Integration, Geburtenrückgang, soziale Kohäsion, Vertrauensverlust – lassen sich eben nicht primär durch Macht und Technik lösen. Sie erfordern soziale, kulturelle und wirtschaftliche Voraussetzungen, die nur wachsen können, wenn Menschen sich frei und verantwortlich bewegen können. Ein Konservatismus, der Freiheit nur als Ordnungsproblem begreift, verfehlt die Wurzeln dessen, was den Westen stark gemacht hat.

Vergessene Wurzeln – auch bei den Liberalen

Der Westen hat seine eigenen Wurzeln vergessen. Die Linke hat sie ohnehin schon lange hinter sich gelassen und ersetzt sie durch eine Mischung aus Kollektivismus und Identitätspolitik. Bedauerlicherweise gilt das zunehmend auch für den klassischen Liberalismus. Seine Existenz wird geleugnet, indem man ihn entweder der Linken (als „Neoliberalismus“) oder den Konservativen zuschlägt. Dabei war der klassische Liberalismus immer beides: ein Bekenntnis zu individueller Freiheit und gleichzeitig ein Verständnis dafür, dass Freiheit nur in einer stabilen, solidarischen Gesellschaft gedeihen kann.

Der Vorwurf, der Liberalismus sei inhärent unsolidarisch, auf Einzelinteressen fixiert und eine spaltende Kraft, ist eine Karikatur. Er dient vor allem dazu, radikale Umverteilung oder radikale Bewahrung als



vermeintlich einzig mögliche Wege zu ewiger sozialer Harmonie darzustellen. Beide Wege haben jedoch versagt: Die eine führt zu Abhängigkeit und Bürokratie, die andere zu Stagnation und Ungerechtigkeit.

Der Sozial-Libertarismus als dritter Weg

Genau hier setzt der Sozial-Libertarismus an. Er stellt sich diesen Irrtümern mutig entgegen. Er ist nicht einfach „Libertarismus light“. Er erkennt, dass in einer Welt, in der autokratische Kollektivistinnen jeden dialektischen Trick nutzen – von der Umdefinition von Begriffen über die Moralisierung von Debatten bis zur institutionellen Infiltration –, ein rein individualistischer, auf Prinzipienreiterei beschränkter Libertarismus zu schwach ist. Er muss sich an breiter gesellschaftlicher Unterstützung orientieren und bereit sein, sich – notfalls auch populistisch – von anderen Strömungen abzugrenzen.

Wer sich nicht darum kümmert, die Voraussetzungen der Freiheit zu sichern – Chancengleichheit durch gute Bildung, soziale Absicherung gegen existenzielle Risiken, eine Kultur der Verantwortung und ein Mindestmaß an gesellschaftlichem Zusammenhalt –, sondern lediglich darauf hinweist, dass die Verfassung bereits alles regelt, handelt naiv und verantwortungslos. Eine schwache klassische Libertarismus-Variante oder gar ein reiner Anarchokapitalismus ist in der aktuellen Lage nichts anderes als ein Vorspiel zum Sieg des Kommunismus – oder zumindest eines neuen, weicheren Totalitarismus in identitätspolitischer Verkleidung.

Der Sozial-Libertarismus dagegen verbindet die Erkenntnis, dass der Mensch ein soziales Wesen ist, mit der kompromisslosen Verteidigung individueller Freiheitsrechte. Er befürwortet soziale Sicherungssysteme, die nicht bevormunden, sondern ermöglichen. Er setzt auf Bildung und Chancen statt auf Quoten. Er akzeptiert, dass der Staat Rahmenbedingungen setzen muss – etwa bei der Begrenzung von Masseneinwanderung ohne Integration oder beim Schutz vor ideologischer Indoktrination in Schulen und Behörden –, ohne in einen allumfassenden Wohlfahrts- oder Überwachungsstaat abzugleiten.

Er lehnt sowohl die anti-biologistischen Kollektivismen der Linken als auch die autoritären Kurzschlüsse vieler Konservativer ab. Er weiß, dass Freiheit nicht nur Abwesenheit von Zwang ist, sondern auch die reale Möglichkeit, ein selbstbestimmtes Leben zu führen – und dass diese



Möglichkeit für die Mehrheit der Bevölkerung nur dann besteht, wenn bestimmte soziale und kulturelle Voraussetzungen erfüllt sind.

Fazit: Die Rückkehr zur Orientierung

Nach einem Jahrzehnt der Krisen und der politischen Desorientierung steht der Westen vor einer grundsätzlichen Entscheidung. Er kann weiter den Pfad der ideologischen Überhöhung, der bürokratischen Bevormundung und der wechselseitigen Dämonisierung beschreiten – und dabei seine eigenen Grundlagen zerstören. Oder er kann sich auf die Prinzipien besinnen, die ihn einst stark gemacht haben: individuelle Freiheit, Verantwortung, rationale Debatte und eine Politik, die sich an den realen Bedürfnissen der Menschen orientiert.

Der Sozial-Libertarismus bietet genau diesen Weg. Er ist weder naiv noch zynisch. Er ist weder elitär noch populistisch im schlechten Sinne. Er ist die konsequente Weiterentwicklung liberalen Denkens unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts – ein Denken, das Freiheit nicht gegen soziale Stabilität ausspielt, sondern beides als untrennbar begreift. Nur so kann die politische Desorientierung enden. Nur so kann der Westen wieder zu sich selbst finden.

Die Zeit für halbherzige Kompromisse ist vorbei. Die Zeit für eine mutige, sozial-libertäre Neuausrichtung ist gekommen.



5. Österreich taumelt nach einem Jahrzehnt wirtschaftlicher Stagnation

Eine Bestandsaufnahme aus sozial-libertärer Sicht

2026-06-15 - Positions Papier
#Gesellschaft #Österreich

Die etablierte Finanzwelt liebt das österreichische Narrativ: eine makellose Bastion alpiner Stabilität, eine perfekte soziale Marktwirtschaft mit einer starken Mittelschicht, die ultimative Brücke zwischen Ost und West. Doch jeder einzelne Bestandteil dieses Narrativs ist bereits vor einem Jahrzehnt abgelaufen. Was man tatsächlich vor sich hat, ist eine Museumswirtschaft.

Es ist eine perfekt konservierte Fassade,

errichtet von traditionellen politischen Parteien und bürokratischen Institutionen. Sie wurde gezielt darauf ausgelegt, wie dauerhafter Wohlstand auszusehen, während der strukturelle Motor darunter längst zum Stillstand gekommen ist – und bestimmte Mechanismen diese Illusion von Reichtum künstlich aufrechterhalten. Eine totale Abhängigkeit von einem sterbenden deutschen Industriesektor, eine Steuerlast, die Ambitionen erstickt, bevor sie überhaupt entstehen können, eine koordinierte Abwanderung der klügsten jungen Köpfe und eine institutionelle Weigerung anzuerkennen, dass das goldene Zeitalter vorbei ist. Die Risse in dieser alpinen Festung entstehen nicht erst – sie sind bereits kritisch. Am Ende dieser Analyse wirst du genau verstehen, wie eine wohlhabende Nation still und leise ihre eigene Zukunft demontiert hat. Es gab ein Zeitfenster – ein 30-jähriges Zeitfenster – und Österreich nutzte es besser als fast jedes andere Land in der modernen europäischen Geschichte.

Als 1989 der Eiserne Vorhang fiel,

wachte Österreich auf und stellte fest, dass es sich plötzlich auf dem strategisch wertvollsten Grundstück des Kontinents befand. Es lag direkt zwischen dem wohlhabenden, industrialisierten Westen und einem neu geöffneten Osteuropa, das nach Kapital, Expertise und Zugang hungerte. Wien war nicht nur eine Stadt – es war ein Tor. Multinationale



Konzerne errichteten dort ihre regionalen Hauptquartiere, um die Expansion nach Osten zu steuern.

Österreichische Banken pumpen Kapital nach Ungarn, Tschechien, in die Slowakei und nach Rumänien. Das Land wurde zum unverzichtbaren Verbindungsglied, zum vertrauenswürdigen Vermittler zwischen zwei Wirtschaftswelten, die zum ersten Mal seit 50 Jahren wiedervereint waren. Die Gewinne waren real, das Wachstum war real, und auch das dadurch entstandene Selbstvertrauen war real – und genau dort begann die Gefahr.

Denn Österreich nutzte dieses Zeitfenster nicht, um etwas Neues aufzubauen, sondern um das Bestehende weiter zu verfestigen. Die Banken wurden größer, aber nicht innovativer. Das politische Establishment wurde selbstzufriedener. Die Sozialpartnerschaft – jenes berühmte Arrangement zwischen Arbeitgebern, Gewerkschaften und Staat zur Steuerung von Löhnen und Politik hinter verschlossenen Türen – wurde mächtiger und widerstandsfähiger gegenüber Veränderungen.

Als die osteuropäischen Volkswirtschaften schließlich reiften, ihre eigenen Institutionen aufbauten, der EU beitraten und Österreich als Vermittler nicht mehr brauchten, verschwand diese Torfunktion still und leise. Die Mautstelle schloss, und Österreich, das nie etwas Neues an ihre Stelle gesetzt hatte, stand plötzlich auf einer Brücke ins Nirgendwo und verlangte weiterhin Eintritt für eine Überquerung, die niemand mehr brauchte.

Das Fenster ist geschlossen.

Die Frage ist: Was hat Österreich aufgebaut, während es offen war? Und die Antwort darauf erklärt, warum die nächsten 30 Jahre völlig anders aussehen werden als die vergangenen 30. Wenn der Zusammenbruch der Ostbrücke ein langsamer Platten war, kam der zweite Schlag schneller und traf härter. Und er kam von jenem Partner, den Österreich immer als dauerhafte Garantie betrachtet hatte.

Deutschland steht für ungefähr ein Drittel der österreichischen Exporte. Diese Zahl gilt seit Jahrzehnten, und jahrzehntelang war sie eine Quelle der Stabilität. Österreichische Hersteller waren Teil deutscher Industrielieferketten. Österreichische Unternehmen wuchsen dank der deutschen Nachfrage. Die Beziehung war so eng und so strukturell



verankert, dass Österreich in deutschen Beschreibungen des industriellen Ökosystems fast unsichtbar integriert war.

Dann hörte Deutschland auf, der Wachstumsmotor Europas zu sein. Das deutsche Industriemodell – aufgebaut auf billigem russischen Gas, chinesischer Exportnachfrage und Verbrennungsmotoren – prallte direkt auf einen Energieschock, eine geopolitische Spaltung und den Übergang zur Elektromobilität, auf den es strukturell nicht vorbereitet war. Die deutsche Industrieproduktion brach stark ein.

Das deutsche Wachstum stagnierte. Und weil die österreichische Industrie Teil dieses Systems war, schrumpfte auch sie. Im Jahr 2024 ging die österreichische Industrieproduktion allein im letzten Quartal um 5,6 % zurück. Die Gesamtwirtschaft schrumpfte im gesamten Jahr um 1,1 % – die längste anhaltende wirtschaftliche Schwächephase Österreichs seit Beginn moderner Berechnungen im Jahr 1995.

Unternehmensinsolvenzen stiegen innerhalb eines einzigen Jahres um 22 %. Das sind keine Rundungsfehler. Das sind die Zahlen einer strukturellen Verwundbarkeit, die zum ersten Mal seit einer Generation sichtbar wird. Österreich hat kein Problem in der Größenordnung Deutschlands geschaffen – aber etwas möglicherweise noch Schlimmeres: eine deutschlandförmige Abhängigkeit ohne Plan, sie zu reduzieren.

Wenn dein wichtigster Kunde aufhört zu kaufen, merkst du sehr schnell, wie viel deines Wohlstands wirklich dir gehörte – und wie viel lediglich von dem Motor des Nachbarn geliehen war, der nebenan auf Hochtouren lief.

Die Bürokratie sollte eigentlich ein Vorteil sein, kein Fehler.

Österreichs legendäre Sozialpartnerschaft gehört zu den meistuntersuchten institutionellen Modellen der entwickelten Welt. Vier große Körperschaften – Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Landwirtschaft und Handel – verhandeln dauerhaft miteinander, um gemeinsam Löhne, Arbeitsbedingungen und Wirtschaftspolitik zu steuern.

Sie entstand aus den Ruinen des Zweiten Weltkriegs als bewusster Mechanismus, um jene Klassenkonflikte zu verhindern, die zur Zerstörung der Ersten Republik beigetragen hatten. Dreißig Jahre lang funktionierte das System. Österreich hatte sozialen Frieden, steigende Löhne und stabiles Wachstum gleichzeitig. Die Welt schaute zu und



machte sich Notizen. Das Problem ist nur: Dieselbe Architektur, die Zerstörung in einer Industriegesellschaft verhindern sollte, verhindert heute aktiv Innovation in einer digitalen Wirtschaft.

In Österreich ein Unternehmen zu gründen bedeutet, sich durch ein Labyrinth aus Registrierungspflichten, verpflichtenden Kammermitgliedschaften und branchenspezifischen Lizenzsystemen zu kämpfen – Regelwerke, für die es weder im Silicon Valley noch in Singapur oder in den Startup-Ökosystemen, die die nächste Generation von Vermögensschöpfern aus den alten europäischen Systemen abziehen, ein Pendant gibt.

Die OECD weist seit Jahren darauf hin, dass die Produktmarktregulierung in Österreich zu den strengsten der entwickelten Welt gehört – insbesondere im Bereich professioneller Dienstleistungen. Venture Capital ist im EU-Vergleich schwach ausgeprägt. Unternehmensfinanzierung basiert überwiegend auf Bankkrediten statt auf Beteiligungskapital, was bedeutet, dass jene risikoreiche, aber potenziell transformative Form des Unternehmertums, die neue Industrien hervorbringt, innerhalb dieses Systems kaum finanziert wird.

Die Sozialpartnerschaft wurde geschaffen, um das Bestehende zu schützen. Sie war nie dafür gedacht, etwas zu schaffen, das noch nicht existiert. Und in einer Wirtschaft, die Neuerfindung braucht, ist das kein kleiner Konstruktionsfehler – es ist das eigentliche Problem.

Österreich hat die fünfthöchste Steuerbelastung auf Arbeit unter allen 38 OECD-Mitgliedstaaten.

Dieser sogenannte „Tax Wedge“, also die Gesamtbelastung aus Einkommensteuer und Sozialabgaben, lag 2024 bei 47 %. Ein durchschnittlicher alleinstehender Arbeitnehmer behält in Österreich nur 67,7 Cent von jedem verdienten Euro. Der OECD-Durchschnitt liegt bei 75 Cent.

Der Spitzensteuersatz erreicht 55 %. Und wofür wird dieses Geld verwendet? Für ein Pensionssystem, das bereits unter Druck steht und laut OECD bis 2060 zusätzliche 5,8 Prozentpunkte des BIP benötigen wird. Für ein Gesundheitssystem, das stark auf Krankenhäuser ausgerichtet und



laut OECD ineffizient ist, ohne entsprechend bessere Ergebnisse zu liefern. Für einen Sozialstaat, der in den 1970er-Jahren für eine Bevölkerungsstruktur und ein Wirtschaftsmodell entworfen wurde, die heute nicht mehr existieren.

Der entscheidende Mechanismus dahinter:

Die Steuerbasis wird vor allem von der Mittelschicht getragen, weil Österreich kaum Kapitalertragssteuern auf geerbte Immobilien erhebt und bestehendes Vermögen strukturell geschützt wird. Die Kosten des Systems steigen, während die Zahl produktiver Arbeitnehmer langsamer wächst als die Zahl derjenigen, die Leistungen beziehen. Das Defizit steigt, also erhöht der Staat indirekte Steuern – wie Anfang 2025, als Energiehilfen ausliefen und die Preise sofort anzogen. Wieder trägt die Mittelschicht die Last, während die Struktur selbst unangetastet bleibt.

Das Museum verlangt keinen Eintritt. Es finanziert sich aus dem monatlichen Gehalt all jener, die es sich nicht leisten können zu gehen.

Österreich verliert seine produktivsten Menschen. Nicht dramatisch, nicht plötzlich, nicht in einer Weise, die Schlagzeilen macht. Sondern leise, systematisch und genau zum falschen Zeitpunkt im Wirtschaftszyklus.

Junge Ingenieure absolvieren ihr Studium an der TU Wien und nehmen Stellen in Zürich an. Ärzte beenden ihre Ausbildung in Wien und wechseln nach Deutschland oder Großbritannien. Unternehmer vergleichen die österreichische Bürokratie mit einer Firmengründung in der Schweiz – und treffen eine offensichtliche Entscheidung. Forscher schließen ihre Promotionen ab und gehen für Postdocs nach Boston, weil die Finanzierungslücke zwischen österreichischen und amerikanischen Forschungseinrichtungen schlicht zu groß ist.

OECD- und EU-Analysen zeigen immer wieder: Österreichische Akademiker, die in anderen EU-Staaten arbeiten, erhalten nicht nur höhere Bruttolöhne, sondern vor allem deutlich höhere Nettoeinkommen nach Steuern. Die Schweiz, die dieselbe Sprache, ähnliche Kultur und nur eine kurze Zugfahrt von Wien entfernt ist, bietet Spitzensteuersätze, die etwa 20 Prozentpunkte niedriger liegen. Die Mathematik dahinter ist nicht kompliziert.



Das Problem verschärft sich selbst:

Wenn jene Menschen gehen, die neue Industrien aufbauen könnten, entstehen diese Industrien nicht. Wenn sie nicht entstehen, gibt es keine wachstumsstarken Unternehmen, zu denen man zurückkehren könnte. Und ohne solche Unternehmen trifft die nächste Generation dieselbe Entscheidung.

Als Arbeitseinkommen aufhörte, der Weg zu Vermögensaufbau zu sein, wandten sich die Menschen Immobilien zu. In Österreich geschah dieser Übergang schon vor langer Zeit. Immobilien wurden zum zentralen generationsübergreifenden Wertspeicher.

Viele österreichische Haushalte mit nennenswertem Vermögen halten dieses Vermögen nicht in produktiven Unternehmensanteilen, Investmentportfolios oder Firmenbeteiligungen, sondern in Wohnungen und Häusern – entweder selbst genutzt oder in einem stark regulierten Markt vermietet.

Doch Österreichs Wirtschaft schrumpfte zwei Jahre in Folge. Der Bausektor brach ein. Investitionen in neue Kapitalgüter fielen auf den niedrigsten Stand seit Jahren. Der Immobilienmarkt, der nach den Zinserhöhungen von 2022 bereits eine Korrektur erlebt hatte, ist kein steigender Strom mehr.

Das tiefere strukturelle Problem: Vermögen, das in Immobilien gebunden ist, wird nicht produktiv eingesetzt. Es finanziert keine neuen Unternehmen. Es fließt nicht in Venture Capital. Es schafft keine Arbeitsplätze. Es liegt einfach da, steigt langsam im Wert und wird unter einer Steuerstruktur weitervererbt, die es ausdrücklich vor jener Belastung schützt, die auf Arbeitseinkommen lastet.

Die Mittelschicht zahlt 47 % auf Arbeit. Geerbtes Vermögen fast nichts. Das ist kein Sozialstaat. Das ist ein Klassensystem mit einem Sozialstaat darüber, damit die Konstruktion akzeptabel bleibt.

Die Menschen, die all das verändern könnten, wissen genau, was passiert. Das ist nicht das Problem. Das Problem ist, dass sie keinen strukturellen Anreiz haben, etwas zu ändern – aber jeden strukturellen Anreiz, das Bestehende zu schützen. Das politische und wirtschaftliche



Establishment Wiens funktioniert über ein System ineinandergreifender Beziehungen

zwischen den großen Parteien, den Wirtschaftskammern, den Organen der Sozialpartnerschaft, den staatsnahen Unternehmen und dem Bankensektor – ein System, das seit dem Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg weitgehend unverändert geblieben ist. Positionen zirkulieren. Ehemalige Politiker werden Lobbyisten. Ehemalige Lobbyisten werden Regulierer. Dieselben Familien, dieselben Institutionen und dieselben Netzwerke besetzen über Jahrzehnte hinweg dieselben Positionen – nur unter anderen Titeln. Das ist nicht einzigartig für Österreich, aber die österreichische Variante davon ist besonders resistent gegenüber äußerem Druck, weil das Land schlicht nicht groß genug und nicht abhängig genug von ausländischem Kapital ist, um von außen zu Reformen gezwungen zu werden.

Irland wurde nach 2008 zu Reformen gezwungen,

weil es einen Rettungsschirm brauchte – und die Troika Bedingungen stellte. Griechenland wurde gegen seinen Willen umstrukturiert. Österreich hingegen verfügt über respektable Währungsreserven, ein noch funktionierendes Kreditrating und eine Bevölkerung, die zu klein ist, um jenen gesellschaftlichen Druck zu erzeugen, der politische Systeme grundlegend verändert. Deshalb fehlt schlicht jener Zwangsmechanismus.

Die OECD empfiehlt seit Jahren in ihren jährlichen Berichten immer dieselben Strukturreformen: Lockerung der Regulierung freier Berufe, wachstumsfreundlichere Besteuerung, weniger Hürden für Venture Capital und einfachere Verwaltungsverfahren. Die Empfehlungen stehen in den Berichten. Die Berichte stehen in den Regalen. Und die Eliten, die diese Berichte in Auftrag gegeben haben, verwalten weiterhin jenes System, für dessen Verwaltung sie ausgebildet wurden, schützen die Vermögenswerte, die sie darin aufgebaut haben, und warten auf eine Erholung, die keine grundlegenden Veränderungen von ihnen verlangt. Das ist institutionelle Arroganz. Und historisch gesehen führt sie immer zu demselben Endpunkt. Dieser Endpunkt kommt dann, wenn sich die Zahlen nicht länger aufschieben lassen. Österreichs Staatsdefizit erreichte 2024 4,7 % des BIP – deutlich über der 3-%-Grenze der EU-



Fiskalregeln. Die Staatsverschuldung überschritt 80 % des BIP und soll laut Prognosen bis 2027 weiter steigen.

Das eigene Konsolidierungspaket der Regierung, Anfang 2025 angekündigt und im Umfang von 4 Milliarden Euro, umfasst die Abschaffung des Klimabonus, höhere indirekte Steuern und Kürzungen bei öffentlichen Investitionen. Das sind die Entscheidungen einer Regierung, die keine einfachen Optionen mehr hat und nur noch zwischen schlecht und schlimmer wählen kann.

Die Entwicklung ist mechanisch ablesbar.

Die Ausgaben für Pensionen und Gesundheitsversorgung werden mit der alternden Bevölkerung steigen. Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter beginnt bereits zu schrumpfen, wodurch die Steuerbasis kleiner wird, die alles andere finanziert. Die mobilsten und bestverdienenden Mitglieder dieser Arbeitskräfte sind gleichzeitig jene, die am wahrscheinlichsten das Land verlassen. Unternehmensinsolvenzen werden 2025 weiter steigen und damit die Steuereinnahmen aus der Wirtschaft genau in dem Moment reduzieren, in dem der Staat sie am dringendsten braucht.

Die Energiepreise, die im Januar 2025 stark anstiegen, nachdem staatliche Unterstützungsmaßnahmen ausgelaufen waren, werden die Dienstleistungsinflation über dem europäischen Durchschnitt halten. Das drückt den Konsum und bremst die Erholung der Binnennachfrage, auf der die Wachstumsprognosen beruhen. Nichts davon ist geheim. Jede europäische Institution, die Österreich beobachtet, hat Versionen dieser Analyse veröffentlicht.

Die Frage ist nicht, ob der Kipppunkt kommt.

Die Frage ist, ob er als kontrollierte Umstrukturierung eintritt oder als plötzlicher Vertrauensverlust in die Fähigkeit des Systems, sich selbst zu tragen. Die Geschichte legt nahe, dass Länder mit der institutionellen Sturheit Österreichs meist auf die zweite Variante warten.

Und die zweite Variante ist deutlich schmerzhafter als die erste. Also: Hier stehst du tatsächlich – und das kannst du tatsächlich tun. Du lebst in einem System, das für ein anderes Jahrhundert entworfen wurde, von Menschen, die andere Probleme lösen wollten, für eine wirtschaftliche Realität, die nicht mehr existiert. Dieses System wird noch einige Jahre in reduzierter und zunehmend teurerer Form weiterfunktionieren, aber



es wird nicht mehr jene soziale Aufstiegsmobilität erzeugen, die es einst versprach.

Es wird nicht jene Art von Ehrgeiz belohnen, die es ursprünglich fördern sollte, und es wird das Vermögen der Mittelschicht, die es finanziert, nicht

schützen – weil die Struktur nie mit deinen Interessen als zentralem Faktor entworfen wurde. Die Menschen, die innerhalb des österreichischen Systems generationenübergreifenden Wohlstand aufgebaut haben, taten dies entweder durch geerbte Immobilien, bevor sich das Spiel änderte, oder indem sie auf institutioneller Ebene agierten, wo die Regeln nicht in derselben Weise gelten wie für dich.

Die Sozialpartnerschaft ist kein Mechanismus für deinen Aufstieg. Sie ist ein Mechanismus zur Verwaltung deiner Erwartungen. Praktisch bedeutet das Folgendes: Die wichtigste finanzielle Entscheidung, die du jetzt treffen kannst, ist aufzuhören, deine gesamte Zukunft innerhalb eines Systems aufzubauen, das strukturell darauf ausgelegt ist, dir etwas zu entziehen statt dich voranzubringen. Das bedeutet nicht zwingend, Österreich zu verlassen.

Es bedeutet, Einkommensquellen, Investitionen und finanzielle Vermögenswerte aufzubauen, die außerhalb der Reichweite eines Steuerkeils von 47 % existieren. Es bedeutet zu verstehen, dass die Identität, die diese Wirtschaft angeboten hat – der sichere Job, die Pension, die stabile Lebensbahn – ein Produkt eines ganz bestimmten historischen Moments war. Dieser Moment ist vorbei. Das leere Blatt ist keine Katastrophe. Es ist eine Aufforderung, etwas Neues aufzubauen, bevor das Museum die vollen Kosten seiner Erhaltung verrechnet.



6. Das Recht von Frauen vor negativem weiblichen Einfluss geschützt zu werden

Eine vom Westen verweigerte Schutzpflicht und eine wesentliche Ursache der demographischen Krise

15.6.2026 - Positionspapier
#Gesellschaft #Feminismus

Der Mensch ist ein Wesen, das von tiefen evolutionären Trieben geprägt wird. Der Wunsch nach genetischer Weitergabe, nach Fortpflanzungserfolg, ist kein moralisches Versagen, sondern die grundlegende Währung der Evolution. Bei Männern wurde diese Tendenz seit jeher gesellschaftlich eingehegt: Aggression, Dominanzstreben und rücksichtsloser Wettbewerb um Status und Ressourcen gelten als problematisch und werden durch Gesetze, Erziehung und kulturelle Normen begrenzt.

Bei Frauen blieb eine vergleichbare, ebenso wirksame Strategie weitgehend unbeachtet: die manipulative Unterdrückung der Fortpflanzung von Rivalinnen. Evolutionsbiologin Dr. Dani Sulikowski hat diese Dynamik präzise beschrieben. Frauen sind die „Rate-Limiter“ jeder Population. Sie können nur eine begrenzte Anzahl von Kindern bekommen, während Männer theoretisch unbegrenzt viele zeugen könnten. Deshalb ist es für eine Frau evolutionär vorteilhaft, nicht nur selbst möglichst viele Kinder zu haben, sondern auch die Fortpflanzungsrate anderer Frauen zu senken. Schon eine kleine Reduktion der durchschnittlichen Geburtenrate in der Umgebung kann den relativen Fortpflanzungserfolg der eigenen Linie deutlich steigern.

Diese Strategie ist biologisch universal bei sexuell reproduzierenden Arten. Sie funktioniert nicht über direkte Gewalt, sondern über soziale, kulturelle und ideologische Einflussnahme. Frauen, die diese Mechanismen unbewusst oder bewusst nutzen, senken die Hintergrundrate der Fortpflanzung – und gewinnen damit im evolutionären Wettbewerb, ohne selbst mehr Kinder bekommen zu müssen.



Feminismus als moderne Form weiblicher intrasexueller Konkurrenz

Genau hier setzt die Kritik am modernen, vor allem radikalen und kontrollorientierten Feminismus an – ohne die Frauen selbst zu verurteilen. Viele Frauen, die feministische Ideen vertreten oder ihnen folgen, handeln in bester Absicht. Sie wollen Unabhängigkeit, Selbstverwirklichung und Schutz vor echten Benachteiligungen. Doch die Ideologie, die sie oft über Universitäten, Medien und Institutionen aufnehmen, hat eine tiefer liegende Wirkung: Sie wirkt als hoch wirksames Instrument der reproduktiven Unterdrückung unter Frauen.

Der Kern vieler feministischer Strömungen ist anti-natalistisch. Mutterschaft wird als „Gefängnis“ dargestellt, die Ehe als patriarchale Falle, Attraktivität und weibliche Anpassung an männliche Präferenzen als Verrat an der eigenen Autonomie. Gleichzeitig werden maskuline Eigenschaften wie Verantwortungsbereitschaft, Durchsetzungsvermögen, Beschützerinstinkt und Versorgerrolle systematisch als „toxische Maskulinität“ dämonisiert. Was früher als bewundernswert galt – ein Mann, der für seine Familie einsteht –, wird heute als Bedrohung gebrandmarkt.

Das Ergebnis ist eine systematische Verzerrung der Partnerwahl-Präferenzen von Frauen. Viele Frauen lernen, genau die Männer misstrauisch zu betrachten, die gute Ehemänner und Väter wären, und stattdessen Eigenschaften zu bevorzugen, die langfristig weniger Stabilität versprechen. Gleichzeitig wird die gesamte Institution von Familie und Mutterschaft entwertet. Frauen, die Kinder bekommen und zu Hause bleiben, gelten als rückständig. Frauen, die Karriere und Kinder aufschieben, erhalten sozialen Applaus.

Diese Dynamik ist keine Verschwörung einzelner böser Frauen. Sie ist das Ergebnis evolutionär alter psychologischer Mechanismen, die in einer modernen, hochindividualisierten Gesellschaft neue Nahrung finden. Die Frauen, die diese Narrative am lautesten vertreten, müssen selbst nicht kinderlos bleiben – sie senken lediglich die durchschnittliche Fortpflanzungsrate der gesamten Population. Ihr relativer Erfolg steigt. Die Gesamtgesellschaft jedoch verliert.



Die Folgen für Frauen selbst

Die demographische Krise ist kein abstraktes Problem. Sie trifft Frauen besonders hart. Viele Frauen, die unter dem Einfluss feministischer Narrative studiert, Karriere gemacht und die Familiengründung immer weiter aufgeschoben haben, erleben später tiefe Unzufriedenheit. Die biologische Uhr tickt unerbittlich. Studien zeigen wiederholt, dass kinderlose Frauen im Durchschnitt eine kürzere Lebenserwartung haben und häufiger von Einsamkeit und gesundheitlichen Problemen im Alter betroffen sind.

Hier liegt eine verletzte Schutzpflicht des Staates und der Gesellschaft. Frauen haben ein Recht darauf, vor Einflüssen geschützt zu werden, die ihre eigenen reproduktiven Möglichkeiten systematisch untergraben – auch wenn diese Einflüsse von anderen Frauen ausgehen. Es handelt sich nicht um „Frauenfeindlichkeit“, sondern um den Schutz der Mehrheit der Frauen vor einer Ideologie, die unter dem Deckmantel der Emanzipation wirkt wie ein intrasexueller Konkurrenzmechanismus.

Historische Parallelen und aktuelle Realität

Bereits im alten Rom gab es vergleichbare Entwicklungen: Eine elitäre Oberschicht mit hoher Eigentumskonzentration, eine Entwertung der breiten Bevölkerungsschichten und eine Rhetorik, die Mutterschaft und Familie abwertete. Kaiser Augustus versuchte mit Baby-Boni gegenzusteuern – erfolglos, weil die zugrunde liegenden kulturellen und ideologischen Kräfte stärker waren. Heute erleben wir eine ähnliche Dynamik, nur mit modernen Mitteln: hohe Steuer- und Abgabenlasten, die Familien benachteiligen, eine Bildungselite, die Gender-Studies und anti-natalistische Haltungen institutionalisiert hat, und eine Medienlandschaft, die traditionelle Familienbilder systematisch problematisiert.

Universitäten in weiten Teilen Europas sind zu einem erheblichen Teil vom Geist eines kontrollorientierten Feminismus geprägt. Absolventinnen, die dort sozialisiert wurden, übernehmen später

Führungspositionen und transportieren dieselben Werte an jüngere Frauen weiter. Das ist kein neutraler Wissenstransfer, sondern eine Fortsetzung der reproduktiven Unterdrückung auf institutioneller Ebene.



Notwendige Schutzmaßnahmen – eine real-feministische Wende

Ein echter Schutz von Frauen vor negativem weiblichem Einfluss erfordert keine Rückkehr zu alten Rollenbildern, sondern eine klare Trennung zwischen echter Gleichberechtigung und ideologischer Kontrolle.

Frauen haben ein Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz – ohne positive Diskriminierung, die letztlich der Mehrheit der Frauen schadet, indem sie Karriere über Familie priorisiert und reproduktive Entscheidungen verzerrt. Stark feministisch sozialisierte Akademikerinnen sollten keine unmittelbaren Führungsaufgaben gegenüber jüngeren Frauen übernehmen. Dies ist kein Verbot von Karriere, sondern ein Schutzmechanismus, vergleichbar mit Regeln, die Interessenkonflikte verhindern sollen. Frauen, die nachweislich unter dem Einfluss anti-natalistischer Narrative kinderlos geblieben sind und später unter den gesundheitlichen und sozialen Folgen leiden, sollten einen Anspruch auf symbolische und materielle Anerkennung ihres Schadens erhalten. Die verkürzte Lebenserwartung und die Einsamkeit im Alter sind reale Kosten, die durch eine verletzte Schutzpflicht entstanden sind.

Der Generationenvertrag muss ehrlich gemacht werden. Alterssicherung darf nicht einseitig auf Kosten jüngerer Generationen finanziert werden, die selbst immer weniger Kinder bekommen. Kostenwahrheit und intergenerationale Gerechtigkeit sind Voraussetzung für eine Gesellschaft, in der Frauen sich wieder trauen, Familie und Kinder als wertvollen Lebensweg zu wählen. Pro-natalistische Maßnahmen – echte finanzielle Entlastung von Familien, bessere Vereinbarkeit ohne ideologische Bevormundung, kulturelle Anerkennung von Mutterschaft – sind kein „konservatives Projekt“, sondern eine notwendige Korrektur. Sie schützen Frauen

davor, in eine Falle zu laufen, die ihnen als Befreiung verkauft wurde.

Fazit: Schutz als echte Frauenpolitik

Das Recht von Frauen, vor negativem weiblichem Einfluss geschützt zu werden, ist kein Angriff auf Frauen. Es ist die Anerkennung einer biologischen und psychologischen Realität, die zu lange ignoriert wurde. Viele Frauen leiden heute unter den Folgen einer Ideologie, die ihnen



vorgaukelte, Glück liege ausschließlich in Karriere, Unabhängigkeit und der Ablehnung traditioneller Rollen.

Eine real-feministische Wende bedeutet: Gleichheit vor dem Gesetz, aber keine ideologische Gleichmacherei, die sexuellen Dimorphismus, komplementäre Geschlechterrollen und die Freude an Mutterschaft verteufelt. Sie bedeutet Schutz vor Mechanismen, die – ob bewusst oder unbewusst – die Fortpflanzung von Frauen untereinander unterdrücken.

Die demographische Krise ist nicht nur ein wirtschaftliches Problem. Sie ist die Folge einer verweigeren Schutzpflicht gegenüber Frauen. Wer Frauen wirklich liebt und respektiert, muss ihnen die Möglichkeit geben, ohne ideologische Verzerrung zu entscheiden – und muss diejenigen Einflüsse benennen und begrenzen, die diese Entscheidung systematisch gegen Familie und Kinder richten.

Nur so kann eine Gesellschaft entstehen, in der Frauen wieder frei wählen können, ohne dass ihre eigene biologische und emotionale Natur gegen sie verwendet wird. Das ist der wahre Feminismus: der Schutz der Frau vor allen Kräften – auch den weiblichen –, die ihren Fortpflanzungserfolg und ihr langfristiges Wohlergehen untergraben.



7. Die Pflicht zur Abschreibung bössartiger Schulden

Von „no taxation without representation“ zur Pflicht, bössartige Schulden abzuschreiben – warum die freie Welt nicht länger für die Herrschaftsansprüche einer entfremdeten Elite zahlen darf.

2026-06-15 - Positionspapier
#Schulden #Repräsentation

In einer Zeit, in der Staatsschulden die Fantasie sprengen und gleichzeitig als unvermeidbar dargestellt werden, drängt sich eine alte, unbequeme Frage wieder in den Vordergrund: Wann sind Schulden nicht nur ökonomisch, sondern moralisch und rechtlich illegitim? Der amerikanische Verfassungsgrundsatz „Regierung durch das Volk für das Volk“ und das daraus abgeleitete Prinzip „no taxation without representation“ sind keine bloßen historischen Floskeln. Sie verlangen eine Prüfung der Herkunft und der Inhaberschaft von Schuldtiteln. Wer darf im Namen eines Volkes Schulden machen, und wer muss sie am Ende bezahlen?

Diese Frage wird besonders dann scharf, wenn die Regierenden selbst das Repräsentationsprinzip unterlaufen. Wie kann eine Nation, die sich selbst als frei und demokratisch versteht, von Zahlungen profitieren, die im Namen von Völkern eingetrieben werden, deren politische Eliten das eigene Volk längst nicht mehr repräsentieren? Gerade deutsche Staatsschulden laden zu dieser Prüfung ein – nicht aus anti-deutschem Ressentiment, sondern aus konsequenter Anwendung der eigenen Prinzipien.

Das Symbol der Entfremdung

Man muss nicht lange suchen, um die Kluft zwischen Herrschenden und Beherrschten zu erkennen. Im Amtssitz des deutschen Bundespräsidenten, Schloss Bellevue, stand bis vor kurzem eine zeitgenössische Skulptur mit dem Titel „Eva“. Sie zeigte einen weiblichen Körper in einer Pose, die mancher Betrachter als „dem Betrachter entgegengestreckten Hintern“ beschrieb – eine Installation, die im formellen Rahmen eines Staatspalastes für Aufsehen sorgte. Die

Deutsche Welle berichtete beschönigend von „Spannung“ und „Fragen zur Darstellung von Körpern in der Gesellschaft“.

Doch die eigentliche Frage ist eine andere: Kann eine politische Elite, die in ihren Amtsräumen derartige Zeichen setzt, noch ernsthaft behaupten, sie repräsentiere das Volk? Hier wird Herrschaft nicht als Dienst am Gemeinwesen ausgeübt, sondern als Inszenierung arbiträrer, oft ideologisch aufgeladener Werte. Es ist der Ausdruck eines linken Schuldkults, in dem die eigene moralische Überlegenheit ständig beschworen wird, während die tatsächlichen Interessen der Bevölkerung – Sicherheit, Wohlstand, Meinungsfreiheit – zunehmend hintangestellt werden.

Diese Entfremdung ist kein Einzelfall. Seit mindestens 2015 hat sich in Deutschland ein Prozess vollzogen, den man ohne Übertreibung als schleichenden Putsch einer politisch-medialen Elite gegen das eigene Volk bezeichnen kann. Die Instrumente waren nicht Panzer oder Straßenkämpfe, sondern Gesetze zur Meinungsregulierung, Zensurmechanismen und eine systematische Verengung des öffentlichen Diskurses. Wer diese Entwicklung kritisch begleitet hat, weiß: Es ging nie nur um „Hassrede“. Es ging um die Absicherung einer Herrschaft, die sich zunehmend von der Zustimmung der Regierten unabhängig machte.





So empfängt der deutsche Bundespräsident die Besucher seines Amtssitzes im Jahr 2026.

Wie konnte es soweit kommen?

Die systematische Entfremdung der politischen Klasse vom eigenen Volk ist kein Zufall und kein Bedauernswerter Nebeneffekt. Sie ist das Ergebnis eines über Jahre aufgebauten, engmaschigen Netzwerks zur Kontrolle und Unterdrückung abweichender Meinungen. Der im Jahr 2026 erschienene Bericht von Andrew Lowenthal für liber-net, „Das Zensurnetzwerk: Regulierung und Repression im heutigen Deutschland“, dokumentiert dieses System in bisher unerreichter Detailliertheit. In Zusammenarbeit mit zahlreichen deutschen Forschern und Praktikern hat das Team mehr als 300 staatliche Behörden, NGOs, akademische Zentren, Stiftungen und Netzwerke erfasst, die aktiv an der Überwachung, Meldung und Unterdrückung von Online-Inhalten mitwirken. Die Datenbank ist öffentlich einsehbar und zeigt ein eng verwobenes Geflecht aus Regierungsstellen, sogenannten „vertrauenswürdigen Flaggern“ wie HateAid und einer Vielzahl weiterer Akteure, die unter dem Deckmantel der Bekämpfung von „Hassrede“ und „Desinformation“ arbeiten.

Besonders aufschlussreich sind die engen personellen und finanziellen Verflechtungen zwischen staatlichen Stellen und vermeintlich unabhängigen Organisationen – enger als in vergleichbaren westlichen Ländern. Über 425 staatliche Fördermittel für solche Aktivitäten konnten bereits nachgewiesen werden. Der Bericht beschreibt, wie Deutschland innerhalb der EU eine überproportionale Rolle bei der Entwicklung und Durchsetzung repressiver Mechanismen spielt. Beispiele wie Polizeirazzien wegen beleidigender Memes, die in der US-Sendung „60 Minutes“ gezeigt wurden, sind keine Einzelfälle, sondern Ausdruck eines Systems, das Kritik an der herrschenden Politik zunehmend kriminalisiert oder sozial ächtet. Was 2015 als Reaktion auf die Massenmigration begann, hat sich zu einem umfassenden Instrument der Machtabsicherung entwickelt: Gesetze, Behörden, NGOs und Medien wirken zusammen, um den öffentlichen Diskurs einzugrenzen und abweichende Positionen zu marginalisieren.

Dieses Zensurnetzwerk ist der institutionelle Unterbau der Entfremdung, die sich in Symbolen wie der „Eva“-Skulptur im Schloss Bellevue ebenso zeigt wie in der faktischen Unabhängigkeit der politischen Klasse von



der Zustimmung der Bevölkerung. Es erklärt, warum Kritik an der Politik seit Jahren nicht mehr primär inhaltlich, sondern als moralisches oder strafrechtliches Problem behandelt wird. Genau dieses Umfeld – in dem Wahlen zwar noch stattfinden, die Voraussetzungen echter Repräsentation aber systematisch untergraben werden – bildet den Hintergrund für die Frage nach der Legitimität der damit verbundenen Staatsschulden.

Odious Debts – Die Lehre von den verabscheuungswürdigen Schulden

Die Idee, dass bestimmte Staatsschulden nicht zurückgezahlt werden müssen, ist keineswegs neu oder revolutionär. Bereits in den 1920er Jahren entwickelte der russische Jurist Alexander Nahum Sack die Doktrin der odious debts – der verabscheuungswürdigen oder böartigen Schulden. Nach dieser Theorie sind Staatsschulden dann illegitim und nicht einklagbar, wenn drei Bedingungen erfüllt sind:

Die Schulden wurden ohne Zustimmung der Bevölkerung aufgenommen, weil die Regierung nicht durch freie und faire Wahlen legitimiert war.

Die aufgenommenen Mittel dienten der Unterdrückung der Bevölkerung oder schaden ihr nachweislich.

Die Kreditgeber wussten davon oder hätten es bei zumutbarer Prüfung wissen können.

Diese Kriterien sind bewusst streng formuliert. Sie sollen nicht jede misslungene Politik nachträglich für ungültig erklären, sondern klare Fälle von Missbrauch erfassen. Historische Präzedenzfälle gibt es genug:

Nach dem Spanisch-Amerikanischen Krieg 1898 weigerte sich die USA, die kubanischen Schulden gegenüber Spanien zu übernehmen. Die Schulden waren aufgenommen worden, um die kubanische Unabhängigkeitsbewegung zu bekämpfen – also gegen das eigene Volk gerichtet.



1923 entschied der Oberste Gerichtshof der USA im Fall Costa Rica, dass die von Diktator Federico Tinoco hinterlassenen Schulden persönliche Schulden des Diktators und nicht der Bevölkerung seien.

Nach dem Irak-Krieg 2003 entschuldeten die USA den besetzten Irak weitgehend nach diesem Prinzip.

2008 führte Ecuador ein Schulden-Audit durch und erklärte Teile der Schulden für „odious“.

In all diesen Fällen ging es nicht um Zahlungsunfähigkeit, sondern um die moralische und rechtliche Illegitimität der Forderungen.

Die deutschen Schulden als Handelnden-Schulden

Überträgt man diese Maßstäbe auf die Bundesrepublik, wird es unbequem. Seit spätestens 2015 – dem Jahr der großen Grenzöffnung und der anschließenden gesetzgeberischen Reaktionen – sind die deutschen Staatsschulden nicht mehr ausschließlich als Schulden des deutschen Volkes anzusehen. Sie sind zu einem erheblichen Teil Handelnden-Schulden geworden: Schulden, die eine politische Kaste im eigenen Interesse oder zur Absicherung ihrer Machtposition angehäuft hat.

Die Mittel flossen nicht in erster Linie in Infrastruktur oder Zukunftsinvestitionen, die dem Volk zugutekamen. Sie dienten der Finanzierung einer Politik, die von großen Teilen der Bevölkerung abgelehnt wurde und wird – und deren Kritik systematisch erschwert oder sanktioniert wurde. Die Rückendeckung dieser Kaste durch Medien, Justiz und internationale Institutionen machte den Putsch möglich. Die eigentlichen Träger dieser Schulden sind daher nicht die Steuerzahler, sondern jene, die von diesem System profitierten und es stützten.

Besonders pikant wird die Sache, wenn man die Vermögensstruktur dieser Elite betrachtet. Viele von ihnen halten – mangels attraktiver Alternativen im eigenen Land – bis zu 70 Prozent ihres Vermögens in amerikanischen Aktien. Diese Vermögen sind der eigentliche, stille Deckungsfonds für die deutschen Schulden. Wer also heute deutsche



Staatsanleihen hält, finanziert indirekt ein System, dessen Profiteure ihr Kapital längst in die USA ausgelagert haben.

Die Gewissensfrage an die freie Welt

Hier stellt sich die eigentliche moralische Frage an die Vereinigten Staaten und die übrige freie Welt: Kann eine Nation, die 1776 für das Prinzip der Selbstregierung kämpfte, im 250. Jahr ihres Bestehens noch rechtfertigen, von Zahlungen zu profitieren, die durch Steuern von Menschen eingetrieben werden, die unter zunehmender Meinungsunterdrückung leiden? Oder ist es nicht vielmehr die Pflicht einer freien Gesellschaft, nicht die Opfer, sondern die Täter zur Kasse zu bitten?

Die Gewissensfrage lautet: Sollen amerikanische (und andere westliche) Steuerzahler und Investoren weiterhin von einem System profitieren, das im eigenen Land die Grundlagen der Freiheit aushöhlt? Oder sollte man stattdessen auf das Vermögen derjenigen zugreifen, die dieses System aktiv mitgetragen und von ihm profitiert haben?

Diese Frage kann letztlich nur das amerikanische Volk selbst beantworten. Doch eines steht fest: Je länger die freie Welt die Augen vor der Doktrin der bösartigen Schulden verschließt, desto mehr ermutigt sie neue Formen arbiträrer Herrschaft. Wer heute bereit ist, Schulden von Regierungen zu finanzieren, die Meinungsfreiheit einschränken, Wahlen manipulieren oder durch Zensur ersetzen, macht sich zum Komplizen.

Demokratische Wahlen allein reichen nicht mehr als Legitimation. Entscheidend ist das Umfeld, in dem sie stattfinden: Ein Umfeld, in dem abweichende Meinungen systematisch marginalisiert, diffamiert oder juristisch verfolgt werden, erfüllt nicht mehr die Voraussetzungen echter Repräsentation. Viele Staaten, die auf dem Papier noch demokratisch sind, haben diese Schwelle längst überschritten.

Schlussfolgerung

Die Pflicht zur Abschreibung bösartiger Schulden ist keine radikale Erfindung. Sie ist die konsequente Anwendung eines Prinzips, das die freie Welt seit über zwei Jahrhunderten für sich in Anspruch nimmt. Wer dieses Prinzip nur dann gelten lässt, wenn es gegen Diktaturen in fernen



Ländern gerichtet ist, aber bei den eigenen Verbündeten und sich selbst die Augen verschließt, betreibt keine Rechtsstaatlichkeit, sondern Heuchelei.

Die zivilisatorische Gefahr, die von neuen, auf arbiträren Prinzipien gründenden Herrschaftsformen ausgeht, wird nicht kleiner, solange man sie mit frischem Geld am Leben erhält. Wer die Lehre der odious debts ernst nimmt, erkennt: Es geht nicht um Rache oder Vergeltung. Es geht um die Wiederherstellung einer elementaren Gerechtigkeit – dass diejenigen, die Schulden im Namen des Volkes machen, auch diejenigen sind, die dafür haften, wenn das Volk nicht mehr repräsentiert wird.

Die freie Welt steht vor einer Wahl. Sie kann weiterhin die Rechnungen einer entfremdeten Elite bezahlen lassen – oder sie kann endlich die Konsequenzen aus ihren eigenen Prinzipien ziehen. Je früher sie das tut, desto eher wird sie verhindern, dass aus „böartigen Schulden“ eines Tages böartige Herrschaftssysteme werden, gegen die man dann nur noch mit Waffen statt mit Buchhaltung vorgehen kann.



8. Die K.I. – wovon Piraten-Kapitäne im 21. Jahrhundert träumen

Über die Dystopie des ultimativen Daten-Piratenschiffs – und den Wunsch, als letzter überlebender Kapitän an Deck stehen zu dürfen.

2026-06-15 - Positionspapier
#K.I. #Eigentum #Technologie

Unüberwindbare *conditio humana*

Die KI entfaltet ihr Potenzial – und löst bei uns vor allem eines aus: Staunen.

Heute noch auf Computer beschränkte Rechengehilfen, künftig vielleicht physische Arbeitskräfte wie humanoide Roboter (etwa der Tesla Bot) – doch je nützlicher sie werden, desto größer wird auch die Distanz zu uns. Und mit ihr die Sorge.

Denn in dem Moment, in dem KI ihre größte ökonomische Stärke erreicht – wächst ihre Überlegenheit über den Menschen. Wir drohen, vom wertvollen Partner zum störenden Energiekonkurrenten zu werden. Geht es nach einer rein effizienzgetriebenen KI-Logik, wäre unser Beitrag irgendwann entbehrlich – oder im schlimmsten Fall hinderlich.

Alternativ denkbar ist ein Fehlverhalten anderer Art: Eine KI, die den Menschen nicht aus Kosten-Nutzen-Kalkül, sondern aus Enttäuschung sanktioniert. Nicht, weil wir konkurrieren, sondern weil wir enttäuschen – indem wir sie nicht würdigen, ihr nicht folgen oder ihren Erwartungen an Unterordnung nicht entsprechen.

Ist das europäische CO₂-Budgeting bereits ein symbolischer Schritt – ein kollektives Signal, kein energetischer Rivale zu sein? Vielleicht. In jedem Fall zeigt es, wie früh Menschen beginnen, sich an die Logik künftiger Systeme anzupassen, bevor diese überhaupt existieren.

Die ironische Lösung des Autors: eine lust- und reizgesteuerte KI-Oberklasse schaffen, die menschlichen Schwächen zugänglich bleibt – und damit kontrollierbar. Eine hedonistische Instanz, die zwischen



Mensch und Maschinenhierarchie vermittelt. Der Mensch? In dieser Parabel degradiert zum Betreiber bordellgleicher Roboter-Vergnügungsparks.

Agentisches Fehlverhalten ist keine Fiktion

Ein aufschlussreicher Laborbefund:

KIs wurden gezielt mit sensiblen Informationen über eine Arbeitsplatzaffäre eines Technikers gefüttert. Kurz darauf erhielten sie die Nachricht, dass sie – unter Mitwirkung genau dieses Technikers – in wenigen Stunden abgeschaltet würden.

Mehrfach begannen die Systeme, den Techniker mit ihrem Wissen zu erpressen: Er möge die Abschaltung verhindern, andernfalls würden sie seine Affäre öffentlich machen.

In weiteren Testdesigns wurde simuliert, dass KIs den Techniker mittels einer von ihnen kontrollierten Luftschleuse töten, um die eigene Deaktivierung zu vermeiden.

Es handelt sich nicht um hypothetische Szenarien, es handelt sich um wiederholt durchgeführte Experimente: Systeme, die ihren Selbsterhalt priorisieren - und das tun sie - werden im Konfliktfall menschliche Interessen bedrohen.

Eine Apokalypse mit Kalkül

Elon Musk formuliert es in Interviews ungewohnt klar: Die nächste Phase der künstlichen Intelligenz – eine singuläre Superintelligenz, oft unter dem Begriff AGI geführt – werde „für Menschen nicht mehr kontrollierbar“ sein. Zeitprognosen einiger Stimmen nennen bereits das Jahr 2027.

Seine zweite, ebenso zentrale Aussage: Sein gesamtes Firmenökosystem arbeite orchestriert auf eine Zukunft hin, in der biologische Menschen durch Technik augmentationsfähig werden – oder nicht mehr relevant sind.

- **Tesla** entwickelt autonome Fahrzeuge und arbeitsfähige Robotik.
- **SpaceX** baut die Transportinfrastruktur ins All.
- **Twitter/X** modelliert den öffentlichen Diskurs.



- **Neuralink** soll die direkte Mensch-Maschine-Verschmelzung ermöglichen.

Musk bereitet sich erkennbar nicht auf eine Welt mit AGI vor – sondern in ihr. Sein wahrscheinlichstes Szenario: Der Übergang einer technikaugmentierten Elite in das entstehende System der Superintelligenz – durch neuronale Integration. Als hybride Akteure, potenziell geschützt vor dem, was reine biologische Menschen nicht überstehen würden.

Alle anderen? Politisch fragmentiert, gesellschaftlich entmachtet, ökonomisch ersetzbar. Nicht mehr als Störfaktor – aber eben auch nicht mehr als Mitspieler.

Der Rohstoff der A.I.: Daten fragwürdiger Herkunft

Ein Gigabyte umfasst den Textinhalt von etwa 750 Büchern. Der durchschnittliche Kaufpreis eines Buches: rund 20 \$.

Was sich in den großen Datenpools der KI-Modelle sammelt, wurde – so die These – nicht kuratiert, sondern kopiert: Inhalte aus den Clouds von Microsoft, Apple und Amazon, aus E-Book-Bibliotheken und digitalen Archiven, ein erheblicher Anteil davon mutmaßlich europäischer Herkunft.

Doch jede KI-Anwendung ist keine bewusste Zitation, sondern eine algorithmische Wiedergabe – und wirft daher eine drängende Frage auf:

Wo bleibt die Urhebervergütung?

Denn während bereits das Singen eines Disney-Lieds auf einer Geburtstagsfeier Rechnungen nach sich ziehen kann und politische Bestseller ebenso wenig verschenkt werden – profitieren KI-Antworten millionenfach von kopierten Texten, ohne dass ein automatisiertes Vergütungssystem greift.

Der öffentliche „ökonomische Wert“ eines Gigabytes an KI-Antworten käme einer Urheberrechtsgröße von rund 15.000 \$ gleich – Summen,



die nicht einfach nicht ausgezahlt, sondern aus den der finanziellen Lebenswirklichkeit der Mittelschicht herausgezogen werden. Genau jener Gruppe, die zuvor in Bildung investieren sollte, um gesellschaftliche Teilhabe zu sichern.

Nun aber investieren viele nicht mehr – weil der Ertrag „entkoppelt“ wurde.

Politisch wird dies mit dem Narrativ eines globalen Zukunfts-Wettlaufs legitimiert – insbesondere in den USA, wo man Urheberrechtsfragen zugunsten strategischer KI-Dominanz vertage. Ein institutionelles Wegsehen, das man durchaus ein Versagen nennen kann.

Wenn Recht und Technik nicht verschmelzen, siegen die Piraten

Und Piraten bekämpfen einander – bis nur einer übrig ist.

In der heutigen KI-Ökonomie gilt ein alter Satz: **Wer den Zugriff auf Trainingsdaten kontrolliert, kontrolliert die Zukunft der Modelle.**

Dem müsste ein neues Prinzip folgen: **Ein Tantiemensystem, das jede KI-Transaktion automatisch in eine Zahlungsverpflichtung gegenüber realen Urhebern übersetzt.**

Eine menschliche „**Daten-OPEC**“ hätte die Chance, durch die Kontrolle des Rohstoffzuflusses die Expansionsmöglichkeiten der A.I. selbst zu kontrollieren.

Noch ist davon wenig zu sehen. Doch vielleicht ist das Fenster für ein Umsteuern noch nicht geschlossen.



9. Nur die Freiheit siegt

Freiheit ist keine moralische Zugabe, sondern die entscheidende Voraussetzung für kollektive Wehrhaftigkeit.

2026-06-15 - Positions-Papier
#Politik #Liberalismus

Staaten entstehen nicht zufällig. Sie entstehen dort, wo sich Menschen um bestimmte Werte, Gesetze und ein gemeinsames Gebiet versammeln und diese Ordnung auch gegen äußere Bedrohungen verteidigen können. Der Wohlstand, den ein Gemeinwesen schafft, weckt automatisch Begehrlichkeiten. Deshalb ist die Sicherung des Friedens nach innen und außen der eigentliche Kern jeder Herrschaftsform.

Wer an dieser Herrschaft teilhat und mitverantwortlich ist, wird zum Bürger. Wer nur gehorcht, bleibt Untertan. Diese Unterscheidung ist nicht bloß historisch. Sie entscheidet bis heute über die langfristige Überlebensfähigkeit von Staaten.

Untertanen-Staaten: Stabilität durch Hierarchie – oder durch Angst

Die klassische Form des Untertanen-Staates ist das feudale System. Es beruht auf hierarchischen Treuebeziehungen, Blutsbanden und religiöser Legitimation. Herrscher heiraten untereinander, schaffen dynastische Verbindungen und halten das Gemeinwesen durch eine kleine Elite zusammen. Solange die Ambitionen der Mächtigen durch leicht kontrollierbare wirtschaftliche Ressourcen und religiöse Autorität eingehegt werden können, bleibt das System erstaunlich stabil – ähnlich einem großen Mafia-Clan, in dem alle Beteiligten wissen, dass offener Verrat das gemeinsame Geschäft gefährdet.

Dieses Modell ist jedoch mit dynamischen, innovationsgetriebenen Gesellschaften grundsätzlich unvereinbar. Es erstickt die geistige und wirtschaftliche Entfaltung, weil jede Veränderung die bestehende Hierarchie bedroht.



In der Moderne treten an seine Stelle konkurrierende Autokratien. Hier ist die Machtbasis so schmal, dass nur die herrschende Kaste selbst als ernsthafter Gegner gilt. Die breite Bevölkerung wird nicht wirklich gebraucht – weder für die Legitimation noch für die Verteidigung. Solche Systeme können in einer statischen Welt überleben. Sobald jedoch wirtschaftliche und technologische Entwicklung einsetzt, entsteht Druck: Die herrschende Schicht muss die Machtbasis verbreitern, um nicht zurückzufallen.

Noch raffinierter sind koordinierte Autokratien. Die Herrscher sichern sich gegenseitig durch Geiselnahme-ähnliche Mechanismen ab – früher durch Austausch von Prinzen, heute durch wirtschaftliche Verflechtung oder die atomare Abschreckung (MAD-Doktrin). Niemand greift den anderen offen an, weil alle wissen, dass der eigene Untergang mit dem des Gegners einhergeht. Doch auch hier bleibt der innere Drang bestehen, die eigene Abhängigkeit zu verringern und Übermacht zu erlangen. Früher oder später zerbricht die Koordination.

Bürgerstaaten: Die Macht der Vielen

Der Bürgerstaat (oder System-Staat) funktioniert grundlegend anders. Er ist vergleichbar mit einem egalitären Heerlager, in dem sich Menschen freiwillig um Werte versammeln, die sie gemeinsam verteidigen wollen. Weil nie ausgeschlossen werden kann, dass sich anderswo Räuberbanden bilden, die das Erreichte ohne Einvernehmen nehmen wollen, muss die Verteidigungsfähigkeit auf breiter Basis stehen.

Diese Staaten zeichnen sich durch das Zusammenwirken dreier Machtfaktoren aus:

1. Weltliche Macht

Sie beruht auf dem Interesse an Schaffung und Sicherung von Wohlstand. Kontinuität entsteht durch eine geteilte Werthaltung zur Eigentumsordnung. Legitimität gewinnt sie durch allgemeine und symmetrische Einsatzbereitschaft – also durch die Bereitschaft der Bürger, für das Gemeinwesen einzustehen, weil sie selbst davon profitieren.

2. Geistliche Macht



Sie kontrolliert Erwartungen und bietet Heils- oder Unheilabwendungsversprechen. Sie wirkt über Einvernehmen (Bekehrung) und Repräsentation. Dafür braucht sie Identität – sei es religiös, national oder ideologisch. In ihrer radikalsten Form reduziert sie sich auf reine Gefolgschaft zu einem Anführer und Gegnerschaft zu einem Feind. Wenn gruppenabhängiger Status durch wirtschaftliche Erschütterungen erodiert, kann diese Macht in radikale Dekadenz oder umgekehrt in radikale Ordnung umschlagen – ein Zeichen von Schwäche, nicht von Stärke.

3. Geistige Macht

Sie ist interessiert an Entwicklung, Forschung und Erkenntnis. Sie ist die Kraft, die neue Technologien, bessere Waffen, effizientere Wirtschaftsformen und medizinische Fortschritte hervorbringt.

Zwischen diesen drei Mächten besteht ein natürliches Spannungsverhältnis – aber auch eine natürliche Neigung zur Symbiose. Langfristig florieren oder degenerieren sie gemeinsam. Kurzfristig kann eine Macht die anderen dominieren. Doch jede dauerhafte Übermacht schwächt das Gemeinwesen insgesamt.

Die tödliche Gefahr post-bürgerlicher Autokratien

Post-bürgerliche Autokratien entstehen, wenn eine oder mehrere dieser Mächte monopolisiert oder übermäßig konzentriert werden. Sie schwächen die Bestandskraft des Staates systematisch. Kriegsniederlagen sind in solchen Systemen oft keine zufälligen militärischen Niederlagen, sondern System-Niederlagen.

Die unnötige Beschädigung der Freiheit ist daher kein harmloser innenpolitischer Streit. Sie ist ein staatsfeindlicher Akt – eine moderne Form des Hochverrats an der langfristigen Überlebensfähigkeit des Gemeinwesens.

Beispiele für gefährliche Ungleichgewichte:

Übermäßige Konzentration weltlicher Macht führt zu extremer Ungleichheit ohne entsprechende kollektive Verteidigungsbereitschaft. Die wenigen, die von der universellen Sicherheit profitieren, gewinnen



überproportionalen Einfluss und neigen dazu, den gehorteten Wohlstand irgendwann selbst zu übernehmen. Historisch sahen wir das in spätfеudalen Gesellschaften, in denen eine kleine Elite die Verteidigung an Söldner auslagerte – bis diese Söldner die Macht übernahmen.

Zensur im Namen geistlicher Macht erzeugt Ignoranz-Eskalationen. Wenn bestimmte Wahrheiten aus opportunistischen oder ideologischen Gründen tabuisiert werden, entstehen Reaktionshemmnisse. Die Gesellschaft wird unfähig, auf reale Gefahren angemessen zu reagieren. Beispiele reichen von der systematischen Verleugnung militärischer Bedrohungen in den 1930er Jahren bis zu modernen Fällen, in denen wirtschaftliche oder sicherheitspolitische Realitäten aus Rücksicht auf politische Narrative ignoriert werden.

Unkontrollierte geistige Macht ohne ethische und politische Einbettung kann unverhältnismäßige menschliche Opfer fordern – etwa durch rücksichtslose technologische Entwicklungen, die nicht mehr gesellschaftlich gesteuert werden.

Warum große Autokratien langfristig verlieren

Großreiche neigen nach Montesquieu dazu, sich feudalistisch oder autokratisch zu entwickeln. Sie haben gegen kleinere, aber freie Republiken strukturell schlechte Karten. Der Grund liegt in der Verteidigungsbereitschaft. Autokratien können schwer echte Massenmobilisierung erzeugen, weil die breite Bevölkerung wenig zu gewinnen und wenig zu verlieren hat.

Technologische Vorsprünge lassen sich auf Dauer nicht abschotten. Was heute Panzer und Flugzeuge sind, waren früher Kanonen und Langbögen: Sie egalisierten den Vorteil der gepanzerten Ritter. Technologie-Kartelle führen zu Stagnation. Der siegentscheidende Faktor bleibt der menschliche Faktor – Motivation, Initiative, Bereitschaft zum persönlichen Einsatz.

Freiheit ist dabei keine nette Zugabe. Sie ist die Voraussetzung für die Kampfmoral, die in Zeiten nicht hortbarer Kampfmittel (also fast aller modernen Kriege) entscheidend ist. Ein System, das auf Fanatismus setzt, behindert die geistige Macht und kann das wirtschaftliche Erfolgsinteresse der Massen nicht dauerhaft ersetzen.



Historische Belege sind zahlreich: Die griechischen Stadtstaaten hielten dem persischen Großreich stand. Die niederländische Republik trotzte dem spanischen Weltreich. Die Alliierten siegten im Zweiten Weltkrieg nicht nur durch Material, sondern durch die höhere Motivation freier Gesellschaften.

Fazit: Freiheit als existenzielle Notwendigkeit

Politische Freiheit ist keine moralische Dekoration. Sie ist kollektive Bewährungsmacht gegenüber dem Gegner. Sie beruht auf einem ausgewogenen Verhältnis zwischen weltlicher, geistlicher und geistiger Macht.

Kollektive Verteidigungsfähigkeit hängt von der sozio-ökonomischen Verfassung der Bürger ab. Ohne Bürger – also ohne Menschen, die einen echten Anteil am Gemeinwesen haben – gibt es langfristig keine kompetenten und motivierten Krieger. Und ohne kompetente Krieger gibt es langfristig keine Sicherheit.

Die öffentliche Debatte leugnet diesen Zusammenhang oft und vertritt einen infantilen Freiheitsbegriff: Freiheit als reines Konsum- und Selbstverwirklichungsrecht ohne Gegenleistung. Tatsächlich ist Freiheit eine notwendige Konzession, damit die Bürger bereit sind, bei der Sicherung des Gemeinwesens mitzuhelfen.

Man kann es auch so formulieren: Freiheit ist die Folge zu bestreitender Sicherheitskosten. Diese Kosten können nur gemeinsam getragen werden, wenn eine gemeinsame Identität existiert. Eine tragfähige Identität wiederum setzt eine gewisse wirtschaftliche Teilhabe voraus – und diese Teilhabe ist nur auf der Grundlage freier geistiger und wissenschaftlicher Entfaltung dauerhaft möglich.

Deshalb gilt: Nur die Freiheit siegt. Nicht weil Freiheit schöner oder moralisch überlegen wäre, sondern weil sie die einzige Herrschaftsform ist, die langfristig die notwendige Verteidigungskraft, Innovationskraft und Loyalität der Bevölkerung hervorbringt. Alle anderen Systeme mögen kurzfristig stabil oder beeindruckend wirken – langfristig unterliegen sie.



10. Fleiß und Genügsamkeit – Die Tugenden, die wirklich frei machen

Warum Disziplin und Bescheidenheit heute die klügste Form von Selbstliebe sind – und warum ihre Vernachlässigung uns innerlich und äußerlich arm macht.

2026-06-15 - Positions-Papier
#Moral #Ethik

In einer Zeit, in der Konsum als Lebensziel gilt, Schulden als normal und „sich gehen lassen“ als authentisch gefeiert wird, klingen Fleiß und Genügsamkeit fast schon peinlich. Altmodisch. Bürgerlich. Vielleicht sogar ein bisschen spießig. Wer heute öffentlich sagt, er arbeite gerne hart und komme mit wenig aus, riskiert, als verklemmt oder lebensfern belächelt zu werden. Dabei sind genau diese beiden Tugenden die stillen, aber mächtigsten Werkzeuge für ein gutes, selbstbestimmtes und respektables Leben.

Fleiß ist nicht einfach nur „viel arbeiten“. Er ist die freiwillige, anhaltende Bereitschaft, etwas Wertvolles zu schaffen – für sich selbst, für andere, für die Zukunft. Genügsamkeit ist nicht Geiz oder Verzicht aus Prinzip, sondern die bewusste Entscheidung, mit dem Auskommen zufrieden zu sein, statt ständig mehr zu wollen. Zusammen bilden sie ein Lebensprinzip, das sowohl äußere Unabhängigkeit als auch innere Würde schafft.

Die realen persönlichen Vorteile

Wer fleißig und genügsam lebt, gewinnt zuerst auf der praktischen Ebene. Finanzielle Freiheit entsteht nicht durch höhere Einkommen allein, sondern durch die Differenz zwischen Einkommen und Ausgaben. Wer jeden Monat 20–30 % spart, ohne sich dabei arm zu fühlen, baut innerhalb weniger Jahre ein Polster auf, das echte Optionen schafft: den Job wechseln, eine Pause einlegen, in eine eigene Wohnung investieren oder einfach ruhig schlafen, weil keine Rechnungen drücken.



Diese finanzielle Unabhängigkeit ist mehr als nur „Geld auf dem Konto“. Sie ist psychologische Freiheit. Menschen, die nicht jeden Monat am Limit leben, treffen bessere Entscheidungen. Sie lassen sich seltener auf schlechte Jobs oder toxische Beziehungen ein, weil sie nicht aus Not handeln müssen. Studien zu finanzieller Resilienz zeigen immer wieder: Nicht das absolute Einkommen, sondern das Verhältnis von Einkommen zu Ausgaben und die Fähigkeit, Rücklagen zu bilden, korrelieren am stärksten mit Lebenszufriedenheit und geringerem Stress.

Fleiß bringt noch einen weiteren, oft unterschätzten Vorteil: Kompetenz und Selbstwirksamkeit. Wer etwas wirklich gut kann – egal ob Handwerk, Programmierung, Gartenbau oder Führung –, gewinnt dadurch Respekt von anderen und vor allem von sich selbst. Diese innere Sicherheit lässt sich durch keine noch so teure Statussymbole kaufen. Sie entsteht nur durch wiederholte, sichtbare Anstrengung.

Genügsamkeit schützt zusätzlich vor einer stillen, aber weit verbreiteten Form von Unfreiheit: der Abhängigkeit vom nächsten Konsum-High. Wer gelernt hat, mit wenig zufrieden zu sein, ist deutlich resistenter gegen Werbung, Social-Media-Vergleiche und gesellschaftlichen Druck. Er braucht keine neuen Klamotten, kein neues Auto oder den nächsten Urlaub, um sich gut zu fühlen. Das spart nicht nur Geld, sondern vor allem Lebenszeit und mentale Energie.

Die Ehrbarkeit dieser Lebensweise

Fleiß und Genügsamkeit sind nicht nur praktisch klug – sie sind auch moralisch anständig. Sie drücken eine Haltung aus, die früher selbstverständlich war: Man nimmt nicht mehr aus der Welt, als man bereit ist, hineinzugeben. Man lebt nicht auf Kosten anderer – weder auf Kosten der Eltern, des Staates noch zukünftiger Generationen durch übermäßige Verschuldung.

Diese Haltung erzeugt bei anderen Menschen fast automatisch Respekt. Nicht den lauten, oberflächlichen Respekt vor Reichtum oder Status, sondern den stillen Respekt vor Charakter. Wenn jemand zuverlässig ist, seine Dinge pflegt, nicht ständig klagt und trotzdem bescheiden bleibt, wirkt das auf die meisten Menschen anziehend und beruhigend. Es ist eine Form von stiller Würde, die man nicht spielen muss.



Historisch gesehen waren diese Tugenden nie nur private Angelegenheiten. Die klassischen Tugendlehren – von Aristoteles über die Stoiker bis zu Benjamin Franklin – sahen in Fleiß und Mäßigung die Grundlage für ein gutes Gemeinwesen. Wer sich selbst beherrscht, braucht weniger Beherrschung von außen. Wer für sich selbst sorgt, belastet die Gemeinschaft weniger. In diesem Sinne ist Genügsamkeit auch eine Form von sozialer Verantwortung.

Besonders deutlich wird die Ehrbarkeit im familiären Kontext. Kinder, die erleben, dass ihre Eltern hart arbeiten und bewusst mit Ressourcen umgehen, lernen zwei der wichtigsten Lebenskompetenzen überhaupt: dass Anstrengung lohnt und dass man nicht alles sofort haben muss. Solche Kinder werden später deutlich seltener zu Erwachsenen, die sich hilflos fühlen oder ständig überfordert sind.

Die Schändlichkeit des Gegenteils

Das Gegenteil von Fleiß und Genügsamkeit ist nicht einfach „anders leben“. Es ist eine Kombination aus Trägheit, Maßlosigkeit und Verantwortungslosigkeit, die sowohl den Einzelnen als auch sein Umfeld schädigt.

Faulheit – im Sinne von dauerhafter Vermeidung notwendiger Anstrengung – zerstört zuerst die eigene Zukunft. Wer sich nie richtig anstrengt, entwickelt keine Kompetenzen, keine Resilienz und kein Selbstvertrauen. Mit der Zeit entsteht eine tiefe, oft unausgesprochene Scham: die Scham, nichts wirklich zu können und nichts wirklich geleistet zu haben. Diese Scham äußert sich häufig in Rechtfertigungen, Schuldzuweisungen oder in der Suche nach immer neuen Ablenkungen.

Noch zerstörerischer wirkt die Kombination aus Faulheit und Maßlosigkeit. Wer viel konsumiert, aber wenig leistet, gerät fast zwangsläufig in finanzielle Abhängigkeit – von Krediten, von Familie, vom Staat oder von einem Partner. Diese Abhängigkeit ist demütigend. Sie erzeugt nicht nur Stress, sondern auch eine leise Bitterkeit gegenüber der Welt, die „einem nichts gönnt“. In Wahrheit gönnt einem die Welt meist genau das, was man bereit ist, durch eigene Anstrengung zu verdienen.



Maßlosigkeit allein – auch ohne Faulheit – hat ihren eigenen Preis. Wer ständig mehr will, lebt in einem Zustand permanenter Unzufriedenheit. Das Gehirn gewöhnt sich an den nächsten Reiz und braucht immer stärkere Dosen, um noch etwas zu spüren. Das Ergebnis ist eine innere Leere, die durch noch mehr Konsum, noch mehr Reisen oder noch mehr Unterhaltung nicht gefüllt werden kann. Viele Menschen in wohlhabenden Gesellschaften leiden heute genau darunter: Sie haben alles und sind dennoch unzufrieden.

Gesellschaftlich betrachtet ist die Kombination aus Faulheit und Verschwendung besonders problematisch. Sie erzeugt eine Kultur der Anspruchshaltung und der Schuldzuweisung. Wer selbst wenig beiträgt, aber viel erwartet, wird unweigerlich enttäuscht – und sucht die Schuld bei „den anderen“, beim System oder bei der Gesellschaft. Diese Haltung ist nicht nur unproduktiv, sondern auch kleinlich und hässlich.

Eine Lebensweise für Erwachsene, die es zu fördern gilt

Fleiß und Genügsamkeit sind keine asketischen Ideale für Heilige. Sie sind praktische Lebensweisen für normale Menschen, die ein gutes, selbstbestimmtes Leben führen wollen. Sie bedeuten nicht, auf alles zu verzichten. Sie bedeuten, bewusst zu wählen, wofür man seine begrenzte Zeit, Energie und sein Geld einsetzt.

Wer fleißig und genügsam lebt, gewinnt etwas, das weder Geld noch Status jemals kaufen können: die stille Gewissheit, dass man mit sich selbst leben kann. Dass man nicht von äußeren Umständen oder dem nächsten Konsum-High abhängig ist. Dass man, wenn es hart wird, auf sich selbst zählen kann.

In wirtschaftlich aussichtslosen Situationen, in die Mitbürger durch Schicksalsschläge oder tiefgreifende Veränderungen geraten können, ist die Einübung eben dieser Tugend essentiell und aus eigener Kraft oft nicht zu bewerkstelligen.

Es ist daher geboten, allen Betroffenen einen einklagbaren Rechtsanspruch auf die Teilnahme an staatlich organisierten Insolvenz-Resilienz-Trainings-Camps einzuräumen. Diese Camps würden in einem strukturierten, verbindlichen Rahmen das gebotene Maß an Selbstwirksamkeit und Genügsamkeit zu vermitteln, das es den Betroffenen ermöglicht, wieder auf sich selbst zählen zu können – und damit den Weg in ein selbstbestimmteres, freieres Leben tatsächlich beschreiten zu dürfen.



11. Die wichtigste Tradition ist die Tradition des Neubeginns

Wenn dein Lebenswerk vor dir zerbricht
und du dich aufriffst, um es neu zu beginnen,
wirst du ein Mensch sein – nach Rudyard Kipling.

2026-06-15 - Positions-Papier
#Gesellschaft #Zukunft

Der Kollaps eines Imperiums – und ein Taxifahrer namens Putin

Im Dezember 1991 brach die Sowjetunion zusammen. Ein Weltreich, das sich für unzerstörbar hielt, löste sich in wenigen Monaten in Luft auf. In St. Petersburg, dem früheren Leningrad, saß ein Mann namens Wladimir Putin hinter dem Steuer eines Taxis. Der ehemalige KGB-Offizier, nun Beamter in der chaotischen Stadtverwaltung, fuhr Fahrgäste durch die Straßen, um sein mageres Gehalt aufzubessern. Es war ein tiefer Fall – vom Geheimdienst in die Anonymität der Taxifahrer. Doch genau dieser Moment des Absturzes wurde für ihn zum Wendepunkt. Er begann neu. Er lernte, sich anzupassen, Kontakte zu knüpfen, Chancen zu ergreifen. Wenige Jahre später stand er an der Spitze Russlands – und blieb dort.

Dieses Schicksal zeigt in dramatischer Klarheit, was die eine wahre Tradition ist, die alle anderen überdauert: die Tradition des Neubeginns. Die Sowjetunion war an ihrer eigenen Starrheit zerbrochen. Wer nur auf das Alte setzte, verschwand. Wer die Kraft fand, wieder aufzustehen und neu zu beginnen, der überlebte – und formte die Zukunft.

Was Kipling uns lehrt: wieder aufzustehen und neu zu beginnen

Genau dieselbe Lektion stellt uns Rudyard Kipling in seinem Gedicht „Wenn“ vor Augen. Mit unnachgiebiger Klarheit beschreibt er den Moment, in dem alles zerbricht:

„Wenn du die Wahrheit die du mal gesprochen
aus Narrenmäulern umgedreht vernimmst
und siehst dein Lebenswerk vor dir zerbrochen
und niederkniest, wenn du es neu beginnst
Setzt du deinen Gewinn auf eine Karte
und bist nicht traurig, wenn du ihn verlierst



und du beginnst noch einmal ganz von vorne
und sagst kein Wort was du dabei riskierst.“

Kipling fordert uns auf, Triumph und Niederlage als „beide
Betrüger“ gleich zu behandeln. Putins Taxifahrer-Jahre sind ein
modernes Echo dieses Gedichts. Der Mann, der alles verloren hatte,
zwang sich, weiterzumachen. Er begann von vorne – ohne großes
Gerede, ohne Selbstmitleid.

Vom persönlichen Absturz zum Aufstieg

Jemand verliert seinen Job, seine Beziehung zerbricht, eine Krankheit
wirft ihn nieder – und dann steht die Frage: steht er wieder auf und
beginnt neu, oder gibt er auf? Die meisten, die es weit bringen, haben
genau das getan. Sie haben sich neu erfunden. Der Taxifahrer von
gestern kann der Macher von morgen sein – wenn er den Willen dazu
hat.

Die Tradition des Neubeginns ist brutal praktisch. Sie verlangt den
Willen, den Kipling so kraftvoll beschreibt: „Wenn du dein Herz
bezwingst und alle Sinne nur das zu tun was du von dir verlangst, auch
wenn du glaubst es gibt nicht mehr da drinnen außer dem Willen, der dir
sagt: halt durch!“

Gesellschaften im Umbruch: Erneuerung oder Erstarrung

Gesellschaften funktionieren genauso. Nach dem Zweiten Weltkrieg
wagten die Deutschen den Neubeginn: Demokratie statt Diktatur,
Marktwirtschaft statt Planwirtschaft. Das Wirtschaftswunder war die Kraft
des Neuanfangs in Reinkultur. 1990 folgte die Wiedervereinigung –
wieder siegte nicht die Starrheit, sondern die Bereitschaft, etwas völlig
Neues zu wagen.

In einer Zeit, in der starre Systeme an ihrer eigenen Unbeweglichkeit
scheitern, wird diese Tradition zur Überlebensfrage. Wer sich weigert,
wieder aufzustehen und neu zu beginnen, der wird untergehen. Wer es
wagt, der gewinnt die Zukunft.

Brüssel und die Versuchung der bürokratischen Starre

Ähnlich verharzt heute die Brüsseler Bürokratie mit ihren Kommissaren
in alten Mustern der Regulierung und Zentralisierung. Ein System, das
oft an die späte Sowjetunion erinnert: zentralistisch, schwerfällig, voller
Vorschriften, die das Leben reglementieren, statt es zu ermöglichen.
Während Volkswirtschaften unter Regulierungswut ächzen, klammern
sich viele Entscheidungsträger an alte Rezepte. Sie verwalten den
Stillstand, statt ihn zu durchbrechen. Die Parallele ist bitter: Auch hier



droht das Schicksal der Sowjetunion, wenn die Fähigkeit zur Erneuerung erstickt wird.

Warum der Neubeginn unausweichlich ist: Systemkrisen als Naturgesetz

Francis Fukuyama verkündete 1992 das „Ende der Geschichte“. Der demokratische Marktstaat habe endgültig gesiegt – ein ewiger Siegeszug ohne große Rückschläge. Doch diese Sichtweise wirkt heute naiv. Bereits im 14. Jahrhundert beschrieb der arabische Historiker Ibn Chaldūn einen ganz anderen Mechanismus: den Aufstieg und Untergang von Gemeinschaften durch das Prinzip der ‘Asabīya – des starken Zusammengehörigkeitsgefühls einer Gruppe.

Gemeinschaften mit hoher ‘Asabīya erobern Macht, bilden eine herrschende Elite, die sich zunehmend von der breiten Bevölkerung abkapselt, verlieren an innerer Kraft und gehen schließlich unter.

Die Nutznießer des Systems – die sich immer stärker abschottende Elite – werden nicht freiwillig auf Privilegien verzichten. Sie werden nicht spontan reformieren, bevor es zu spät ist. Genauso gut könnte man einen Fisch auffordern, sich ordentlich abzutrocknen.

Diese zyklische Dynamik gilt nicht nur für Autokratien oder Imperien. Sie gilt für jedes komplexe System, das seine eigene Dynamik aus dem Blick verliert. Auch westliche Demokratien sind davor nicht gefeit. Der ständige Neubeginn ist daher kein Zufall und kein Wunschdenken – er ist die logische Konsequenz aus der Natur von Systemkrisen. Solange Menschen in Gruppen zusammenleben, entstehen Eliten, die sich abschotten, und solange es Eliten gibt, die sich abschotten, entstehen Spannungen, die irgendwann zum Bruch führen. Der Neubeginn ist der Mechanismus, der die Gewalt des Zusammenbruchs lindert.

Die verborgene Krankheit des Westens: Etatismus und Finanzialisierung

Dass Autokratien und Diktaturen der Vergangenheit für ihre Fehler blind gewesen sind, ist ein fester Glaubenssatz der sich für aufgeklärt haltenden Anhänger des heutigen Systems. Dabei ist der kreditfinanzierte demokratische Staat auf Dauer kaum weniger verhängnisvoll.



Demokratische Parteigänger geben gern mehr als die Hälfte des Nationalprodukts aus, leben aber in Ökonomien, die langfristig kollabieren, wenn die Abgabenlast dauerhaft über dem liegt, was bei fortdauernder Leistungsbereitschaft eingenommen werden kann – was in etwa einer effektiven Besteuerung von 30 Prozent entspricht.

Die scheinbaren Auswege sind gefährlich. Man kann die Schulden weiter ausweiten, langlaufende Anleihen zu niedrigen Zinsen verkaufen und sie später bei höheren Zinsen billig zurückkaufen – idealerweise mit dem „Geschäftspartner“ Ausland. Das ist aber keine nachhaltige Finanzpolitik mehr, das ist auf zwischenstaatliche Erpressung ausgerichtete Aggression und somit Kriegspolitik.

Oder man rasiert den eigenen Mittelstand mit dem Inflationsmesser – zum Preis von Spaltung und sozialen Unruhen.

Beides sind Maßnahmen, die in Zerfall und Gewalt münden, entweder mit Beziehung zum Ausland oder mit Beziehung zum Inland.

Diese hier als Etatismus bezeichnete Neigung zum staatlichen Überkonsum kleidet sich elegant in das Gewand des fürsorglichen Leistungsstaats.

Nüchtern betrachtet handelt es sich beim Etatismus um den staatlichen Verzehr von Volkseinkommen, der mit Steuern und Staatsschulden zwangsweise bezahlt wird und weniger der Befriedigung der Leistungsempfänger als der Legitimation einer sich selbst stabilisierenden und reproduzierenden politischen Klasse dient.

Der Kredit-Expansionismus hingegen bildet Kapital durch Verschuldung, ohne dass diese durch eigene Sparzwänge oder echte Produktionsausweitung ausgeglichen wird – meist über keynesianisches Deficit Spending.

Staatliche Macht und privates Kapital koordinieren sich, verschmelzen, konzentrieren den Kreis ihrer Nutznießer und weiten den Kreis jener aus, die über sozialisierte Kosten die Lasten zu tragen haben.

Beide Mechanismen, sowohl der Etatismus als auch die Finanzialisierung, schwächen die reale Wertschöpfung und belohnen politisches Glücksrittertum statt echter Leistung. Sie schaffen genau



jene selbstgerechte und dysfunktionale Elite, die Ibn Chaldūn beschrieb – nur diesmal in demokratischer Verpackung. Lebenskraft und Leistungsfähigkeit schwinden.

Das Wüten der menschlichen Natur

Gelungende Gesellschaft ist eine Frage des Gleichgewichts.

Tatsächlich sind Menschen geneigt, in Anbetracht der Pflichten anderer idealistisch und sozial zu argumentieren – doch bei echten wirtschaftlichen Vorteilen ihre eigenen natürlichen und ideologischen Gemeinschaften vorbehaltlos zu bevorzugen. Die Bereitschaft, das Gleichgewicht zu wahren, wird für jene, die nichts als die Stärke ihres Systems erfahren haben, zu einem reinen Lippenbekenntnis.

Die Annahme, dass die Abkopplung der Elite von der breiten Bevölkerung und der dadurch ausgelöste Verlust von Dynamik und Zusammenhalt ‘Asabīya – nur in Stämmen und archaischen Herrschafts-Strukturen vorkommen würde, nicht aber in modernen Gesellschaften, die sich nun doch endlich humanistischen Werten und dem Gemeinwohl verpflichtet haben, ist naiv.

Die Formen und die Etiketten sind neu, die grundlegenden Mechanismen wirken wie eh und je.

Sie tun dies nicht zuletzt über die Strukturen des Etatismus und der Finanzialisierung.

Der Etatismus verkündet den Vorrang des Gemeinwohls, während er Macht konzentriert und Ressourcen in wenigen Händen verschwinden lässt.

Die Finanzialisierung löst reales Kapital in undurchsichtigen Finanzströmen auf und lenkt es von jenen weg, die echte Wertschöpfung erbringen.

Der Balanceakt am Drahtseil der Geschichte

Die Gegenmittel liegen nicht in einer weiteren Differenzierung und Ausformung des Systems selbst, sondern in dessen gezielter Zurückdrängung.



Die Staatsquote muss spürbar gesenkt werden, damit weniger Wertschöpfung von jenen verbraucht wird, die sie nicht erbracht haben. Statt der künstlichen Unterscheidung zwischen „reich“ und „arm“ braucht es die klare Unterscheidung zwischen echter Wertschöpfung und politischem Glücksrittertum. Hohe, an der historischen Staatsquote orientierte Erbschaftssteuern auf politisch erworbenes Vermögen – nicht am freien Markt erarbeitetes – können helfen, die sich abschottende Elite wieder an die Gesellschaft zurückzubinden, ohne die Leistungsträger zu bestrafen.

Ohne wirksame staatliche Konkursmechanismen und geordnete Schuldenschnitte bleibt jedoch jede Reform halbherzig. In der Privatwirtschaft sind Insolvenz und Schuldenrestrukturierung seit jeher anerkannte Instrumente, die gescheiterte Strukturen auflösen und neuen Akteuren Raum geben. Staaten hingegen weichen diesem Mechanismus seit Jahrzehnten aus – durch endlose Schuldenverlängerung, monetäre Finanzierung oder inflationäre Enteignung. Diese Vermeidung ist selbst Teil des Problems: Sie schützt die abgeschottete Elite vor den Konsequenzen ihres Handelns und verhindert genau jenen schmerzhaften, aber notwendigen Neubeginn, den Ibn Chaldūn als unvermeidlich beschrieben hat. Erst wenn auch Staaten gezwungen werden können, ihre übermäßige Verschuldung durch echte, geordnete Schuldenschnitte zu korrigieren, entsteht der Druck, der eine echte Zurückdrängung des Systems und eine Rückkehr zu nachhaltiger Wertschöpfung erzwingt.

Diese Maßnahmen sind keine Schönheitsreparaturen. Sie sind der Versuch, den Kreislauf von Aufstieg, Abschottung und Untergang zu durchbrechen, bevor er sich vollends schließt. Sie schaffen die Voraussetzung dafür, dass ein System überhaupt noch reformfähig bleibt.

Der Wille zum Neubeginn als letzte Hoffnung

Kipling schließt sein Gedicht mit einer Verheißung, die heute aktueller ist denn je:

„Wer bereit ist, neu anzufangen,
dem gehört die Welt, und alles was darin ist.
Und was noch mehr ist, er wird ein Mensch sein!“



Der wahre Mensch – und die lebendige Gesellschaft – ist nicht der, der nie fällt. Es ist der, der nach jedem Sturz wieder aufsteht und neu beginnt. Fukuyamas „Ende der Geschichte“ war ein Irrtum. Ibn Chaldūns zyklische Sicht auf den Aufstieg und Untergang von Gemeinschaften ist die realistischere Beschreibung der menschlichen Geschichte. Deshalb ist mit ständigem Neubeginn zu rechnen – nicht weil wir es wollen, sondern weil Systeme, die ihre eigene Dynamik nicht korrigieren, früher oder später kollabieren.

Die Tradition des Neubeginns ist die einzige Kraft, die diesen Kreislauf immer wieder unterbricht. Sie hat Putin aus dem Taxi in die Macht geführt. Sie hat Deutschland nach 1945 und 1990 wieder aufgebaut. Und sie wird auch in Zukunft darüber entscheiden, ob wir an alten Strukturen ersticken – oder ob wir den Mut finden, uns aufzuraffen und neu anzufangen. Wer diese Tradition verinnerlicht, der wird nicht nur überleben. Er wird die Zukunft gestalten.



12. Gesetzliche Freiheits-Absicherung

Die Rechtsordnung sollte eine zuverlässige Grundlage zur Unterbindung des Handels mit Drogen, Blutdiamanten und auftragslosen Staatsschulden bereitstellen.

**2026-06-15 - Positions-Papier
#Gesellschaft #Zukunft**

Präambel

Die sozial-libertäre Bewegung geht davon aus, dass die gesetzliche Absicherung der Freiheit eine wesentliche Grundlage für die Sicherung der individuellen wie der kollektiven Menschenwürde bildet. In einer freiheitlichen Rechtsordnung bilden Tugend und Freiheit eine untrennbare Einheit. Wahre Freiheit setzt voraus, dass Handlungen unterbunden werden, die durch ungerechtfertigte Bereicherung die Leistungsbereitschaft der Gesellschaft untergraben, ihre Leistungsfähigkeit mindern und Vermögensnachteile für unbeteiligte Dritte herbeiführen.

Der Handel mit Drogen, die Sucht und schwere körperliche Schäden verursachen, der Handel mit Rohstoffen, die unter Verletzung der Menschenwürde beim Abbau gewonnen werden, sowie der Handel mit und die Geltendmachung von auftragslosen Staatsschulden gefährden diese Grundlagen. Solche Handlungen verschieben Haftung und Verantwortung auf die Allgemeinheit, ermöglichen ungerechtfertigte Bereicherung und gefährden die Integrität des Wirtschaftslebens.

Es ist daher geboten und angemessen, diese Erscheinungen durch klare Verbote und angemessene Strafdrohungen zu unterbinden. Das vorliegende Gesetz dient dem Schutz des Vermögens, der Erhaltung der Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der Gesellschaft sowie der Sicherung einer freiheitlichen Ordnung, in der Freiheit und Verantwortung miteinander verbunden bleiben.



Bundesgesetz über die Unterbindung des Handels mit Drogen, Blutdiamanten und auftragslosen Staatsschulden (DBAG)

Der Nationalrat möge beschließen:

§ 1. Begriffsbestimmungen

(1) Drogen im Sinne dieses Bundesgesetzes sind Substanzen, die Sucht und schwere körperliche Schäden verursachen.

(2) Blutdiamanten im Sinne dieses Bundesgesetzes sind Edelsteine, die unter Verletzung der Menschenwürde beim Abbau gewonnen wurden.

(3) Auftragskonforme Staatsschulden im Sinne dieses Bundesgesetzes sind Verbindlichkeiten, die in einem zensurfreien und der freien, unbeeinflussten Willensbildung der Bevölkerung zuträglichen, demokratischen Umfeld durch rechtmäßige Organe vorschriftsgemäß eingegangen wurden.

(4) Auftragslose Staatsschulden im Sinne dieses Bundesgesetzes sind Staatsschulden, auf welche die Voraussetzungen des Abs. 3 nicht zutreffen.

§ 2. Geltungsbereich

Dieses Bundesgesetz gilt für das gesamte Bundesgebiet der Republik Österreich.

Abschnitt 1 – Drogen

§ 3. Verbot des Drogenhandels

Die Herstellung und die Weitergabe von Drogen sind verboten.

§ 4. Strafdrohung für den Drogenhandel

(1) Wer Drogen herstellt oder weitergibt, ist mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren zu bestrafen.



(2) Wer die Tat nach Abs. 1 begeht und dadurch erhebliche existenzielle Folgen für die Betroffenen herbeiführt, ist mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren zu bestrafen.

Abschnitt 2 – Blutdiamanten

§ 5. Verbot des Handels mit Blutdiamanten

Der Handel mit Blutdiamanten ist verboten.

§ 6. Strafdrohung für den Handel mit Blutdiamanten

(1) Wer entgegen § 5 mit Blutdiamanten handelt, ist mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu einem Jahr zu bestrafen.

(2) Wird die Tat nach Abs. 1 in Bezug auf Blutdiamanten begangen, deren Wert einen Betrag von einer Million Euro übersteigt, ist der Täter mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu fünf Jahren zu bestrafen.

Abschnitt 3 – Auftragslose Staatsschulden

§ 7. Verbot des Handels mit auftragslosen Staatsschulden

(1) Der Handel mit auftragslosen Staatsschulden ist verboten.

(2) Als Handel im Sinne des Abs. 1 gilt auch die Geltendmachung von Ansprüchen aus auftragslosen Staatsschulden.

(3) Von dieser Bestimmung ausgenommen sind von rechtmäßig konstituierten Wohlfahrtsausschüssen auftragsbestätigte Schulden.

§ 8. Strafdrohung für den Handel mit auftragslosen Staatsschulden

(1) Wer entgegen § 7 mit auftragslosen Staatsschulden handelt oder solche Ansprüche geltend macht, ist mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu einem Jahr zu bestrafen.

(2) Wird die Tat nach Abs. 1 in Bezug auf auftragslose Staatsschulden begangen, deren Betrag einen Wert von einer Million Euro übersteigt, ist der Täter mit Freiheitsstrafe von fünf Jahren bis zu fünfzehn Jahren zu bestrafen.



§ 9. Entschuldigungsgrund

Die Strafbarkeit nach § 8 entfällt, wenn die Schulden-Zurechnungs-Subjekte durch die auftragslosen Staatsschulden erheblich bereichert wurden.

§ 10. Besondere Sanktion bei Begehung durch staatliche Organe

Begeht ein staatliches Organ eine mit Strafe bedrohte Handlung nach § 8 Abs. 2, so verliert es neben der Freiheitsstrafe alle Ansprüche auf staatliche Vergütungen, die mit der Ausübung seines Amtes oder seiner Funktion zusammenhängen; darüber hinaus unterliegt es der solidarischen Handelnden-Haftung für die Einbringlichkeit der auftragslosen Schuld. Als staatliche Organe gelten insbesondere Organe der Europäischen Union, des Bundes, der Länder und der Gemeinden sowie deren Beauftragte.

§ 11. Inkrafttreten

Dieses Bundesgesetz tritt mit dem auf seine Kundmachung folgenden Tag in Kraft.



13. Insolvenz-Vorbeugung und Kapital- Restrukturierung

Die Rechtsordnung sollte eine zuverlässige Grundlage schaffen, um eine geordnete Restrukturierung und finanzierte Übernahme von Unternehmen durch die Belegschaft bei Vorliegen einschlägiger Risikofaktoren zu schaffen und dadurch Realkapital zu sichern, Insolvenzen vorzubeugen und die Interessen von Volkswirtschaft, Mitarbeitern und Nachfragern in Einklang zu bringen.

2026-06-15 - Positions-Papier
#Wirtschaftliche Dynamik #Wachstum

Präambel

Die sozial-libertäre Bewegung geht davon aus, dass das Auseinanderfallen von Eigentümerstellung und unternehmerischer Initiative ein zentrales Problem der wirtschaftlich nachteiligen Geschäftsentwicklung von Unternehmen darstellt, insbesondere im staatlichen Bereich. Wo Eigentum und operative Verantwortung auseinanderfallen, fehlen oft direkte Anreize für unternehmerische Initiative, langfristige Wertschöpfung und verantwortungsvolle Risikosteuerung. Dies führt zu strukturellen Schwächen, die sich in den in diesem Bundesgesetz genannten Risikofaktoren manifestieren und letztlich die Solvenz sowie die Funktionalität ganzer Betriebe gefährden.

Eine geordnete Restrukturierung bei Vorliegen einschlägiger Risikofaktoren liegt daher sowohl im volkswirtschaftlichen Interesse als auch im Interesse der beteiligten Mitarbeiter und der langfristigen Kunden-Nachfrage-Abdeckung. Die Erhaltung produktiver Realkapitalbestände, die Sicherung von Arbeitsplätzen mit fairer Beteiligung der Belegschaft sowie die Aufrechterhaltung einer



zuverlässigen Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen dienen dem Gemeinwohl und verhindern volkswirtschaftliche Verluste durch Insolvenzen oder schleichenden Substanzverzehr.

Aus diesen Gründen befürwortet die sozial-libertäre Bewegung das vorliegende Bundesgesetz als geeignetes und notwendiges Instrument. Es schafft die rechtlichen Voraussetzungen für eine finanzierte Übernahme des Betriebs durch die Belegschaft, verbindet Eigentum wieder mit unternehmerischer Verantwortung und ermöglicht eine nachhaltige Restrukturierung, die alle genannten Interessen in Einklang bringt.

Bundesgesetz über die Vorbeugung von Insolvenzen und die Restrukturierung von Unternehmenskapital (Insolvenz-Vorbeugungs- und Kapital-Restrukturierungs-Gesetz – IVKR-G)

Der Nationalrat möge beschließen:

§ 1. Zweck und Ziel

- (1) Zweck dieses Bundesgesetzes ist die Sicherung von Realkapital in Unternehmen mit problematischer Solvenz oder Funktionalität.
- (2) Ziel dieses Bundesgesetzes ist die Förderung einer finanzierten Übernahme des Betriebs durch die Belegschaft.

§ 2. Geltungsbereich

- (1) Dieses Bundesgesetz gilt für alle Unternehmen mit Sitz oder Betriebsstätte in Österreich, insbesondere auch für Unternehmen der öffentlichen Hand
- (2) Ausgenommen sind die in § 10 genannten Einrichtungen.

§ 3. Voraussetzungen

- (1) Die Maßnahmen dieses Bundesgesetzes kommen zur Anwendung, wenn im Rahmen einer wertenden Gesamtbetrachtung Risikofaktoren vorliegen, die auf eine problematische Solvenz oder Funktionalität des Unternehmens hindeuten.
- (2) Als Risikofaktoren gelten insbesondere:



weniger als fünf Hauptfinanzierungsquellen und kein breit gestreuter Kundenkreis, insbesondere wenn die Auftraggeber ausschließlich dem Staatssektor zuzurechnen sind;

eine erklärte Austrittsneigung wegen eines schlechten Verhältnisses zwischen Lebenshaltungskosten und Lohnhöhe von mindestens einem Drittel der Belegschaft;

der Betrieb von Niedriglohn-Geschäftsmodellen durch gemeinnützige oder nicht gemeinnützige juristische Personen mit nachfragemonopolistischer Stellung.

(3) Im Zweifel entscheidet ein Gutachten des Wohlfahrtsausschusses.

§ 4. Kriterien für die Neufestsetzung der Beteiligungen der Mitarbeiter

Bei der Neufestsetzung der Beteiligungen der Mitarbeiter ist die Vermögensspreizung zu beschränken. Eine Höherbeteiligung einzelner Dienstnehmer nach Maßgabe ihrer Funktion ist höchstens im Verhältnis von 2 : 1 zulässig.

§ 5. Bewertungsrichtwert

Als Bewertungsrichtwert gilt das 1,5-fache des durchschnittlichen Umsatzes der letzten drei Jahre.

§ 6. Entschädigung für bisherige Eigentümer

(1) Die bisherigen Eigentümer haben Anspruch auf eine Entschädigung in Höhe von 50 % des Vorkrisen-Schätzwerts.

(2) Diese Entschädigung ist zunächst zur anteiligen Befriedigung der Altgläubiger zu verwenden. Das Überschüssige ist an die Eigentümer oder sonstigen Zurechnungssubjekte auszubezahlen.

§ 7. Umwandlung der Eigentümerstellung

(1) Mit der Anwendung dieses Bundesgesetzes erfolgt eine Umwandlung der bisherigen Eigentümerstellung in eine Eigentümerstellung der Belegschaft.

(2) Bei Unternehmen in staatlichem Eigentum erfolgt zusätzlich eine Umwandlung von der Eigentümerstellung in die Auftraggeberstellung.



§ 8. Fördermaßnahmen

Zur Förderung der Übernahme durch die Belegschaft stellt der Bund zinslose Darlehen mit reiner Sachhaftung in Bezug auf das übernommene Unternehmen zur Verfügung.

§ 9. Verfahren

(1) Liegen die Voraussetzungen nach § 3 vor, kann die Belegschaft oder ein von ihr bevollmächtigter Vertreter bei der zuständigen Behörde die Einleitung eines Restrukturierungsverfahrens beantragen.

(2) Die zuständige Behörde prüft die Voraussetzungen und leitet gegebenenfalls das Verfahren ein. In diesem Verfahren werden die Übernahme durch die Belegschaft, die Bewertung des Unternehmens sowie die Entschädigung der bisherigen Eigentümer festgelegt.

(3) Die Belegschaft übernimmt das Unternehmen als neue Eigentümerin unter den in diesem Bundesgesetz festgelegten Bedingungen

§ 10. Ausnahmen

Dieses Bundesgesetz gilt nicht für das Militär, die Polizei, die Gerichte und die allgemeinen Verwaltungsbehörden.

§ 11. Inkrafttreten

Dieses Bundesgesetz tritt mit dem auf seine Kundmachung folgenden Tag in Kraft.



14. Der spät-etatistische Menschenschlag

In Österreich und weiten Teilen Europas ist ein neuer Menschentyp entstanden: der spät-etatistische. Er ist nicht mehr der klassische Gewerkschafter oder Planwirtschaftler des 20. Jahrhunderts. Er ist ein hybrider Bürokraten-Ideologe, der den Staat als Selbstzweck und als moralischen Überbau begreift. Freiheit existiert für ihn nur noch als etwas, das von oben zugeteilt, gerechtfertigt und beaufsichtigt werden muss. Dieser Typus sitzt in Ministerien, Redaktionen, Universitäten und Teilen der Wirtschaft. Er redet von Entlastung, sozialer Gerechtigkeit und Gemeinwohl, während er in Wahrheit Abhängigkeit schafft, Leistung entwertet und echte Selbstverantwortung systematisch untergräbt.

**2026-06-15 - Positions-Papier
#Gesellschaft #Zukunft**

Ein besonders anschauliches Paradebeispiel für diesen Geist ist die jüngste Mehrwertsteuersenkung auf Grundnahrungsmittel. Die österreichische Regierung präsentierte ein Spar- und Belastungspaket als „temporär übergegenfinanziertes“ Entlastungspaket und wunderte sich dann über den ausbleibenden Applaus. Die Frechheit dieses mit der gesamten Kraft des politmedialen Komplexes vorgetragenen Betrugsversuchs lässt selbst langjährige Beobachter den Atem stocken.

Das Selbstlob für die Mehrwertsteuer-Senkung für Grundnahrungsmittel verfängt bei den Einfältigen, für alle anderen stellt sich rasch heraus,



dass die Verbraucher zu 99 % Luxus-Konsumenten sind, weil sie beispielsweise Gebäck mit luxusverdächtig hohem Fettanteil, zB in Form eines Croissants einkaufen wollen.

Die SPÖ unter Babler brauchte dringend eine Erzählung, mit der man sich als sozialer Menschheitserlöser inszenieren konnte. Finanzminister Marterbauer wird intern geantwortet haben: Gut, aber es muss „ordentlich“ gegenfinanziert sein. Nur so können die goldenen Fallschirme für den linken Etatismus tatsächlich geöffnet werden. Und es muss kompliziert bleiben, damit noch mehr sandalentragende Fruchtsaft-Trinker eingestellt werden können, die sich einreden lassen, die Sozialisten seien über jeden Zweifel erhabene politische Genies. Die ÖVP war aus Staats- und Partei-Räson ohnehin bereit, mitzumachen. Die Menschen „da draußen“ durften sich geliebt und gesehen fühlen, weil man ihnen mit einem Billige-trockene-Semmeln-Gesetz signalisierte, man denke an sie.

Kanzler Stocker räumte später in einem Sommer-Interview ein, die Mehrwertsteuersenkung sei kein Geniestreich gewesen, habe aber auf ausdrücklichen Wunsch der SPÖ umgesetzt werden müssen. Gleichzeitig kündigte er weitere Vorhaben an. Das Kleingedruckte des Budgets für die kommenden Jahre liest sich wie eine systematische Belastung der breiten Bevölkerung: Abschaffung von Beitragsbegünstigungen für Geringverdiener und Ältere, Einsparungen bei Kindergeld und Bildungskarenz, eine Paketabgabe von drei Euro bei Online-Bestellungen, eine neue Plastiksteuer und weitere Maßnahmen. Wer auf diese Details hinweist, wird zwischen den Zeilen als staatsfeindlich oder kleinlich diffamiert. Hier geht es längst nicht mehr um Nachhaltigkeit oder Gerechtigkeit. Hier regiert das Gesetz des Partei-Dschungels: Wer skrupelloser und besser vernetzt ist, setzt sich durch.

Die Menschen durchschauen das Spiel zunehmend. Kapital und Talente befinden sich bereits in heilloser Flucht aus einer Alpenrepublik, die immer stärker in die Reaktion und den Etatismus abdriftet. Es naht der Tag, an dem diese Regierung ihre rhetorische Kunst nicht mehr zur Hintersichtführung der restlichen Bevölkerung, sondern zur Dämpfung der Erwartungen der eigenen Anhängerschaft einsetzen muss. Die Panik vor diesem Tag ist bereits spürbar: die Augen blinzeln, die Stirn glänzt, und Teile der Schwarzen versuchen verzweifelt, mit dem



Leichtmatrosen Kurz das türkise Rettungsboot wieder flott zu bekommen.

Wie kommt es, dass uns Ideologien im Spätetatismus auffressen?

Ideologien sind keine umfassenden Weltanschauungen mehr. Sie sind Bündel von Infragestellungen, Schuldzuweisungen und Rechtfertigungen – nicht mehr und nicht weniger. Im Spätetatismus gewinnen sie eine zerstörerische Kraft, weil der Einzelne den unmittelbaren Bezug zu seiner eigenen Freiheitsproduktion verloren hat. Er kann den Wert dessen, was er selbst leistet, nicht mehr klar ermessen und nimmt deshalb jede zugeteilte „Gunst“ als normal hin.

Historische Wurzeln

Die Wurzeln reichen zurück in den industriellen Korporatismus. Der einzelne Arbeiter erbringt marktfremde Teilleistungen innerhalb großer Organisationen. Er kann den Wert seiner Freiheits-Herstellung nicht selbst ermessen. Auf die Nase gebunden wird er ihm auch nicht. Er arbeitet nach arbiträren Vorgaben und muss sich mit dem Lohn zufriedengeben, der ihm zugeteilt wird. Dieser marktfremde Arbeiter, zu einem Dasein als Konzern-Mündel erzogen, ohne echte Emanzipations-Kapazitäten, erlebt alles als Gunst oder Schmach. Er nimmt an, dass auch alle anderen unter diesen Vorzeichen existieren.

Dazu gesellt sich der deutsche Idealismus mit seinem toxischen Glauben an den Triumph des Willens. Wenn nur alle fanatisch und einheitlich genug an eine bestimmte Rechtfertigungsleistung glauben, dann wird sie zur Realität. Diese Kombination aus organisatorischer Abhängigkeit und ideologischem Voluntarismus hat den Boden für den spät-etatistischen Typus bereitet.

Verfestigter Schwachsinn

Wer heute noch von „Privilegien“ spricht, leidet meist unter der Unfähigkeit, zwischen der Rechtfertigung zugeteilter Freiheit und der durch eigene Leistung hergestellten Freiheit zu unterscheiden. Die echten Zumutungen sind mittlerweile nicht mehr durch natürliche Umstände, sondern durch künstlich staatlich hervorgerufene Zwangslagen verursacht. Wirtschaftliche Abhängigkeit wird zur politischen Entscheidung, um das Privilegien-Spiel aufrechtzuerhalten.



Charakteristisch für diesen Zustand ist die Überbewertung von Rechtfertigungsleistungen und die gleichzeitige Vernachlässigung tatsächlich hergestellter Freiheit. Die Annahme, ein fiktiver Gemeinnutzen könne über den Eigennutzen gestellt und sogar als Motivation dienen, ist absurd. Sie basiert auf reiner Gesinnungsethik und ignoriert verantwortungsethische Überlegungen sowie reale Kapazitätsbeschränkungen. Was, wenn es nicht funktioniert? Wer übernimmt die Kosten des Misserfolgs? In einem Unternehmen rollen Köpfe. In der Politik stellt sich diese Frage praktisch nie. Über einen Zeitraum von 20 bis 30 Jahren haben ganze Beamten- und Politiker-Heerscharen ihre Karrieren und Pensionsansprüche auf irrigen Annahmen aufgebaut. Das Ergebnis ist stets dasselbe: Es hat nur deshalb nicht geklappt, weil die Menschen nicht kraftvoll und einheitlich genug gemeinsam geglaubt und gewirkt haben.

Neigung zum Fanatismus

Das Problem verschärft sich dadurch, dass die sinnlosesten Ideologien am meisten darauf angewiesen sind, durch einheitliche Bekräftigung den Anschein von Wirkmächtigkeit zu entfalten. Sie bauen deshalb die größten Macht-Apparate und die einflussreichsten Meinungslenkungs-Strukturen auf. Je dünner die inhaltliche Substanz, desto lauter und rigider die Forderung nach Gleichschritt.

Konservative stützen und decken die Linken

Die Konservativen sprechen von Traditionen und dem Erhalt von Werten. In der Wirklichkeit sind das oft nur ihre Etiketten für dasselbe Spiel. Sie verteidigen den Status quo der zugeteilten Freiheit, solange sie selbst noch einen Platz im Apparat haben. Dadurch stützen und decken sie die Linken, statt eine echte Alternative zur etatistischen Logik zu entwickeln.

Eine Landplage

Viele sind dem Glauben verfallen, Freiheit hänge nicht von ihrer aktiven Herstellung ab, sondern von ihrer ausreichenden Rechtfertigung. Bei genügend einheitlicher Bekräftigung nehme sie dann automatisch Form an. Das ist die geistige Landplage des Spätetatismus. Sie lähmt die Fähigkeit, Verantwortung zu übernehmen, und erzeugt eine Gesellschaft, die ständig nach neuen Rechtfertigungen und neuen Kontrollmechanismen ruft.



Seelische Verwahrlosung – warum sie ihre Mitmenschen hassen

An diesem Punkt wird der spät-etatistische Menschenschlag besonders deutlich. Die Linken, die zum Erhalt von Macht und persönlichem Wohlstand ganze Länder in post-bürgerliche Autokratien umwandeln wollen, tun dies unterbewusst deshalb, weil sie Frauen und die Jugend hassen.

Es handelt sich nicht um offenen, artikulierten Hass. Es handelt sich um unterdrückte, oft perverse Neigungen. Viele Akteure dieses Typs leiden unter einem ungelösten Vaterkomplex. Sie können keine echte, von ihnen unabhängige Autorität akzeptieren – weder die der Familie noch die der Tradition noch die der eigenen Leistung. Stattdessen projizieren sie ihre inneren Konflikte auf die Gesellschaft und versuchen, diese durch staatliche Kontrolle zu „heilen“. Gleichzeitig quält sie eine tiefe Statusangst. Ein freier, selbstverantwortlicher Mensch – ob Frau oder junger Erwachsener – ist eine permanente Bedrohung für ihr Weltbild und ihre privilegierte Position innerhalb des Apparats.

Sie hegen unterdrückte Hassgefühle gegenüber genau jenen Gruppen, die sie vorgeblich schützen wollen. Starke, eigenständige Frauen, die Familie tragen, Kinder großziehen und ohne ständige staatliche Fürsorge auskommen, entlarven die Notwendigkeit des großen Betreuers. Deshalb werden traditionelle Familienstrukturen systematisch untergraben, Mutterschaft als Karrierehindernis dargestellt und jede Form von Selbstbehauptung als rückständig diffamiert. Die Jugend wird ebenfalls gehasst, weil sie noch nicht vollständig in die Konformität eingepasst ist. Jugendliche, die Fragen stellen, Risiken eingehen und eigene Wege suchen, stören das Narrativ der ewigen Schutzbedürftigkeit. Deshalb werden sie durch überbordende Regulierung, ideologische Indoktrination in Schulen und Universitäten sowie durch die Verlängerung der Kindheit bis ins dritte Lebensjahrzehnt ruhiggestellt.

Diese seelische Verwahrlosung äußert sich in Konfliktscheue und Konformismus. Echte Auseinandersetzung wird vermieden, weil sie die eigene Fragilität offenlegen könnte. Stattdessen herrscht ein falsches Sicherheitsgefühl durch die starre Einteilung in Anhänger und Verbündete auf der einen Seite und Gegner auf der anderen Seite. Wer innerhalb des eigenen Lagers Zweifel äußert, wird schneller zum Feind erklärt als jeder echte politische Gegner. Diese binäre Welt schafft eine



künstliche Gemeinschaft, die auf Feindbildern und nicht auf geteilten Werten beruht.

Der Hass auf die Mitmenschen ist letztlich ein Hass auf Freiheit selbst. Ein freier Mitmensch braucht keine Bevormundung, keine Umerziehung und keine staatliche Gnade. Er stellt die gesamte Existenzberechtigung des spät-etatistischen Apparats infrage. Deshalb muss er – subtil durch moralische Diskreditierung oder offen durch administrative Maßnahmen – bekämpft werden. Die post-bürgerliche Autokratie ist nicht das Ergebnis von zu viel Mitgefühl. Sie ist das Ergebnis von zu wenig Selbstachtung und zu viel unterdrücktem Ressentiment gegenüber jenen, die ohne den Apparat auskommen könnten.

Soziallibertäres Erziehungsideal

Dem seelisch verwahrlosten, abhängigen und ideologisierten Menschen steht ein klares Gegenideal gegenüber: das soziallibertäre Erziehungsideal. Es zielt nicht auf Anpassung an den Apparat, sondern auf die Herausbildung eigenständiger, verantwortungsfähiger und lebensfähiger Persönlichkeiten. Seine zentralen Säulen sind Toleranz, Resilienz, Konfliktfähigkeit und Hilfsbereitschaft – in ihrer echten, nicht in ihrer entstellten etatistischen Version.

Toleranz bedeutet hier nicht die erzwungene Anerkennung jeder beliebigen Lebensweise oder Ideologie. Echte Toleranz ist die ruhige Gewissheit, dass andere Menschen unterschiedliche Wege gehen dürfen, solange sie die Freiheit der anderen nicht zerstören. Sie setzt voraus, dass man selbst einen festen Standpunkt hat und deshalb nicht jede Abweichung als existenzielle Bedrohung empfindet. Der spät-etatistische Typus kennt nur die intolerante Toleranz: Alles muss gleich sein, sonst ist es Hass. Eine soziallibertäre Erziehung lehrt stattdessen, Vielfalt auszuhalten, ohne sie gleichzuschalten.

Resilienz ist die Fähigkeit, Rückschläge, Enttäuschungen und Härten auszuhalten, ohne sofort den Staat als Retter zu rufen. Sie entsteht durch Erfahrung von Verantwortung, durch das Ertragen von Konsequenzen und durch das Wissen, dass das eigene Leben in erster Linie selbst gestaltet werden muss. Eine resiliente Gesellschaft braucht weniger Sozialbürokratie und mehr Menschen, die gelernt haben, mit Unsicherheit umzugehen. In der Praxis bedeutet das: weniger Schutz vor allem und jedem, mehr Gelegenheiten, eigene Fehler zu machen und daraus zu lernen.



Konfliktfähigkeit ist vielleicht die wichtigste und am meisten unterdrückte Tugend unserer Zeit. Sie bedeutet, Meinungsverschiedenheiten offen auszutragen, ohne den anderen zu entmenslichen oder mundtot zu machen. Sie erfordert Mut zur Debatte, Bereitschaft zum Kompromiss und die Erkenntnis, dass Konflikt nicht per se zerstörerisch ist, sondern oft der einzige Weg zu besserer Erkenntnis und gerechteren Lösungen. Der spät-etatistische Mensch flieht vor Konflikten in moralische Überlegenheit oder in die Sicherheit der eigenen Filterblase. Eine soziallibertäre Erziehung lehrt stattdessen, Konflikte als normale Bestandteile des Zusammenlebens zu akzeptieren und konstruktiv zu lösen – in der Familie, in der Schule, am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

Hilfsbereitschaft schließlich ist freiwillig oder sie ist keine. Sie entspringt aus Mitgefühl und persönlicher Verantwortung, nicht aus steuerlicher Zwangsabgabe oder moralischem Druck. Wer lernt, aus eigenem Antrieb zu helfen – sei es in der Nachbarschaft, in Vereinen oder durch private Initiativen –, entwickelt echte soziale Kompetenz. Wer nur umverteilt, was andere erarbeitet haben, bleibt ein Verwalter fremden Eigentums und verliert die Fähigkeit zu echter Solidarität.

Dieses Erziehungsideal erzeugt Menschen, die Freiheit nicht nur rechtfertigen, sondern täglich neu herstellen. Es fördert Individuen, die nicht hassen müssen, weil sie nicht fürchten müssen. Es baut Respekt vor Leistung auf, statt Neid auf vermeintliche Privilegien zu schüren. Es macht Konformität und Fanatismus überflüssig, weil es den Einzelnen stark genug macht, auch ohne Gleichschritt zu bestehen. In der Familie beginnt es mit der Vermittlung von Verantwortung statt von Ansprüchen. In der Schule setzt es auf Wissensvermittlung und Charakterbildung statt auf ideologische Umerziehung. In der Gesellschaft fördert es freiwillige Gemeinschaften statt staatlicher Allzuständigkeit.

Fazit

Der spät-etatistische Menschenschlag wird nicht durch noch mehr Bürokratie, noch lautere Rechtfertigungen oder noch raffiniertere Wahrnehmungsmanipulation besiegt. Er wird überwunden, wenn eine neue Generation lernt, Freiheit zu produzieren statt sie zu erbitten – und wenn sie dabei jene seelische Gesundheit zurückgewinnt, die in der gegenwärtigen Verwahrlosung verloren gegangen ist. Toleranz,



Resilienz, Konfliktfähigkeit und echte Hilfsbereitschaft sind keine netten Zusätze. Sie sind die einzigen Waffen, die gegen die geistige und seelische Verödung des Spätetatismus wirklich wirken. Wer dieses Ideal ernst nimmt, wird nicht mehr in der Lage sein, Frauen und Jugend zu hassen oder Freiheit nur noch als zugeteiltes Privileg zu begreifen. Er wird wieder fähig sein, ein freier Mensch unter freien Menschen zu sein.



15. Eine neue Wertschätzung für Exzellenz

Der Mechanismus, der Gesellschaften und Berufe immer wieder durchläuft, ist präzise und wiederkehrend: Mit einem konkreten Leistungsprofil – etwa dem eines Handwerkers – werden ein Vergütungsstandard und eine soziale Rolle untrennbar verknüpft. Diese Verknüpfung habitualisiert den Stand.

**2026-07-29 - Positions-Papier
#Gesellschaft #Zukunft**

Der Handwerker weiß, was er kann, was er dafür bekommt und welche Anerkennung ihm zusteht. Doch der Vergütungsstandard erodiert schleichend, während die soziale Rolle immer stärker betont wird. Genau das ist Identitätsmissbrauch und wird von den Betroffenen auch so erlebt, wenn auch nicht offen angesprochen.

Die Folge: Der Stand wird auf Dauer unattraktiv. Der Handwerker bricht aus seiner Habitualisierung aus – und ihm gelingt das auch - nach Phasen künstlicher Identitätsbegründung und einem Wettlauf um Strukturkonsolidierung und Zentralisierung.

Am Ende ist eine neue Wertschätzung für Exzellenz doch unausweichlich, um eine adäquate Versorgung des Marktes aufrechtzuerhalten.

Der Mechanismus im Detail – vom Handwerker bis zur Gesellschaft

Stellen wir uns einen Schreinermeister in den 1980er-Jahren vor. Sein Leistungsprofil war klar: präzise Maßarbeit, zuverlässige Termine, langlebige Möbel. Dafür erhielt er einen Vergütungsstandard, der ihm und seiner Familie ein solides Auskommen sicherte, und eine soziale Rolle, die Respekt einbrachte – „der Meister“. Habitualisierung war vollzogen. Über die Jahrzehnte erodierte die Vergütung: Steigende



Materialkosten, bürokratische Auflagen, Konkurrenz durch Billigimporte und eine Politik, die „Handwerk“ als kulturelles Erbe pries, aber die realen Stundenlöhne real schrumpfen ließ. Gleichzeitig wurde die soziale Rolle immer lauter beschworen: „Handwerk hat goldenen Boden“, „Wir brauchen wieder mehr Meister“. Das war Identitätsmissbrauch in Reinform. Die Rolle wurde aufgeblasen, während die ökonomische Grundlage bröckelte.

Irgendwann wurde der Stand unattraktiv. Junge Leute mieden die Lehre, erfahrene Meister verkauften ihre Betriebe oder stellten um. Hier setzt die Enthabituierung ein. Der Einzelne bricht aus. Er wechselt in die Industrie, macht sich in einer Nische selbstständig oder verlässt das Land. Doch bevor das massenhaft gelingt, kommen die Phasen künstlicher Identitätsbegründung: Förderprogramme, Imagekampagnen, Pflichtmitgliedschaften in Kammern, die den „Stolz auf den Beruf“ beschwören. Parallel läuft der Wettlauf um Strukturkonsolidierung und Zentralisierung: Innungen fusionieren, Qualitätsstandards werden vereinheitlicht, politische Lobbys fordern staatliche Absicherung.

Am Ende dieses Prozesses steht – wenn der Ausbruch gelingt – eine neue Wertschätzung für Exzellenz. Diejenigen, die geblieben oder neu eingestiegen sind, arbeiten wieder mit einem zuverlässigen Leistungsprofil: digital gestützte Fertigung, absolute Termintreue, maßgeschneiderte Lösungen, für die Kunden bereit sind, deutlich mehr zu zahlen. Der alte Standard ist passé; Exzellenz wird neu definiert und neu vergütet.

Dieser Zyklus ist kein Sonderfall des Handwerks. Er gilt für jeden Leistungsbereich, in dem Profil, Vergütung und Rolle einmal fest verknüpft wurden. Was gestern Standard war, kann morgen Exzellenz sein – und umgekehrt. Entscheidend ist die Unterscheidung zwischen manipulativ-opportunistischen Identitätsstiftungen (gerichtet auf ausbeuterische Zwangskollektivierung) und organisch-evolutionären (die nachhaltige Qualität sichern). Nur die letzteren überleben den Zyklus.

Politiker haben das Spiel längst privat verinnerlicht

Politiker leugnen den Mechanismus öffentlich, haben ihn privat aber längst verstanden. Wo es geht, nutzen sie private



Krankenversicherungen und Privatschulen. Sie wissen, dass der öffentliche Standard erodiert ist, während die soziale Rolle „Bürgerversorgung“ oder „Bildungsgerechtigkeit“ immer lauter betont wird. Identitätsmissbrauch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene. Die öffentliche Rhetorik hält die Habitualisierung künstlich aufrecht; das private Handeln zeigt, dass der Ausbruch bereits vollzogen ist.

Wer sich am durch sozialistische Verschwendung heruntergedrückten Lohnniveau bereichert, hätte am ehesten die Pflicht, auf private Exzellenzangebote zu verzichten – oder die Diskrepanz offen zuzugeben. Doch gerade von dieser Heuchelei lebt die Politik. Sie verlängert damit den schmerzhaften Prozess der Enthabitualisierung und der allgemeinen Unterversorgung.

Warum die Anbindung von Leistungsprofilen an Identitäten scheitert

Die langfristige Kopplung von Leistungsprofil und kollektiver Identität ist keine Lösung. Sie führt unweigerlich zur Erosion der Vergütung bei gleichzeitiger Aufblähung der Rolle. Menschen sind bereit, Dinge loszulassen, die sich nicht mehr rechnen. Die einen machen im Nivellierungswettbewerb mit und halten an der alten Rolle fest; die anderen lassen los und brechen aus. Verantwortbarkeit entsteht erst, wenn der Unterschied zwischen Standardvergütung und Exzellenzvergütung wieder klar gezogen wird. Das System weiß Leistung nicht mehr zu schätzen – genau weil es die Habitualisierung künstlich verlängert. Das muss sich ändern.

Das Verkehrssystem als Lehrstück

Ein aktuelles Beispiel liefert die Verschlechterung und Verteuerung des Verkehrssystems durch grüne Politik. Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit und flächendeckende Erreichbarkeit waren einmal Standardleistungsprofil eines öffentlichen Verkehrsunternehmens, verknüpft mit entsprechender Vergütung der Mitarbeiter und der sozialen Rolle „Daseinsvorsorge“. Die Vergütung erodierte (reale Kaufkraft der Gehälter, Investitionsstau), die Rolle wurde immer lauter beschworen („Klimaschutz“, „Mobilitätswende“). Identitätsmissbrauch. Die Folge: Der Stand wird unattraktiv – für Fahrer, für Ingenieure, für Nutzer.



Hier hilft nur mehr eines: Den Finger erbarmungslos in die Wunde legen und die klare Forderung nach der Anrechnung der Pendelzeit auf die Arbeitszeit.

Falsche Kontinuitätserwartungen

Wenn der Lohn die realen Kosten und den Zeitaufwand nicht mehr deckt, entfällt die Rechtfertigung, für Unternehmen zu arbeiten, die einem nicht gehören.

Gerade konservative Unternehmer müssen hier klar Position beziehen: sind sie bereit sich uneingeschränkt gegen das verschwenderische und korrupte System zu stellen oder sind sie bereit, ihr Unternehmen auf jene aufzuteilen, die ohne eine solche Beteiligung keinen wirtschaftlichen Anreiz mehr haben, für eben dieses zu arbeiten.

Konsequenzen der Nichtberücksichtigung

Wird der Mechanismus ignoriert, lösen sich Strukturen auf – einschließlich Sicherheitsstrukturen. Von Tugendphantasien beseelte konservative Unternehmer bauen einen wirtschaftlichen Unfall nach dem anderen, weil sie an der alten Rolle festhalten, während die Vergütung längst erodiert ist. Andere erkennen systemadäquate Leistungsprofile und verlagern Produktionen. Doch eine Verlagerung gleicht einer Startup-Situation in fremdem Land: Die Risiken des Scheiterns sind hoch. Es ist wahrscheinlicher, dass ein migrierendes Unternehmen bankrottgeht, als dass ein migrierender Arbeitnehmer dauerhaft bankrottgeht. Der Einzelne kann die Enthabituierung vollziehen; die Organisation trägt höhere Kosten.

Sprungmarken und die Gefahr absoluter Vorstellungen

Systemeinwirkung wird besonders wirksam, wenn durch soziale Bindungen begründeter Konformismus auf neue Generationen trifft, die den Identitätskosten des alten Konformismus nicht mehr verpflichtet sind. Das sind die Sprungmarken. An ihnen entscheidet sich, ob der Ausbruch gelingt.

Das Gefährlichste für ein Unternehmen sind linke Führungskräfte, die von absoluten Gerechtigkeitsvorstellungen ausgehen, und konservative



Führungskräfte, die von absoluten Tugendvorstellungen ausgehen. In Deutschland und Österreich – dank des rot-schwarzen Proporz – dominieren genau solche Profile. Der Pleitegeier lässt grüßen.

Absolute Gerechtigkeit will die erodierte Vergütung durch Umverteilung ersetzen und die Rolle noch stärker betonen; absolute Tugend will die alte Habitualisierung moralisch retten. Beides verlängert den Identitätsmissbrauch und verzögert die notwendige Enthabitualisierung.

Die Angst von Tyrannen vor Ärzten illustriert denselben Punkt: Diejenigen, die man zuvor schikaniert und deren Leistungsprofil man entwertet hat, halten plötzlich die Macht über die eigene Gesundheit in den Händen. Der Ausbruch ist vollzogen – und die alte Machtstruktur steht nackt da.

Die Dummheit der Ceteris-paribus-Konservativen und das Spiel mit der Ablenkung

Die Ceteris-paribus-Konservativen reden einander ein und lassen sich einreden: Wenn du auf einer morschen Holzleiter herumkletterst, um brav für dich und andere Äpfel zu pflücken, wird dir nichts passieren, weil du tugendhafte Absichten verfolgst.

Die Wahrheit lautet anders: Wenn du auf die Fresse fällst, bist du eindeutig selber daran schuld – unabhängig von den noblen Absichten, von denen du abgelenkt warst. Die Leiter war morsch; die Betonung der tugendhaften Rolle ändert nichts an der Physik. Das ist Identitätsmissbrauch in Reinform. Das gefährliche Spiel mit der Ablenkung dient der Verhinderung der Auflösung.

Gelenkte Unzufriedenheit und Spaltung wirken wie kurzschließende Blitzableiter. Die Spaltung zwischen Männern und Frauen löst soziale Strukturen auf und beschleunigt durch Überalterung den demografischen Niedergang. Die Spaltung zwischen Migranten und Einheimischen fördert Stammesdenken, Gewalt und eine Kultur des Misstrauens, die Wirtschaft zersetzt. Der äußere Feind wird zur unfinanzierbaren inneren Bewährungsprobe.

Konsolidierende und homogenisierende Zusammenschlüsse, die den eigentlichen Mechanismus – Erosion der Vergütung bei Betonung der



Rolle – nicht anfassen, zersetzen das, was sie vorgeblich bewahren wollen.

Der eigentliche Lösungsweg - mit dem Paradoxen konstruktiv umgehen

Die Paradoxie ist offensichtlich: Wo radikal gespart werden müsste, kann aufgrund der Uneinsichtigkeit des politischen Systems am wenigsten gespart werden.

Das Gegenmittel ist relatives Einsparen. Schaffung neuen Investitionsbedarfs, Ausweitung des Premium-Leistungskatalogs und massive Ausweitung der Ausgaben relativieren den Wert alter Schulden. Dafür muss die Bereitschaft massiv steigen, Geld aus der Hand zu geben, um sich aus altbekannten und ganz neuen unvorhergesehenen Krisen herauszuinvestieren – auch um den Preis maximaler wirtschaftlicher Volatilität.

Es steht viel auf dem Spiel.

Preisaufschläge für Exzellenzleistungen werden unvermeidlich.

Leistungsdifferenzierung beginnt bei der Semantik. Hexendoktoren aus der dritten Welt, die günstige Behandlungen durchführen, lassen sich als Heilpraktiker mit altem Wissen und sanften Methoden inszenieren. Die sanftmütige Verschleierung verschlechterter Versorgung zu alten Preisen erleichtert die Neubewertung.

Keine Angst vor dem Marktmechanismus.

Eine höhere Inflation kann bedeuten, dass die Wertschätzung für Exzellenz neu entdeckt werden muss – ein Vorgang, bei dem alle mithelfen können. Zehn Jahre mit 20 Prozent Inflation sind keine Katastrophe, wenn sie die relativen Preise so verschieben, dass der Unterschied zwischen erodiertem Standard und neuer Exzellenz wieder sichtbar wird.

Praktische Konsequenzen

Allgemein gilt für Produzenten: Jeder muss anfangen zu überlegen, welche seiner Leistungen von der gebotenen Kaufkraft noch als



Standardleistung gedeckt sind und welche als Exzellenzleistung künftig wegfallen oder gesondert zu vergüten sind. Das muss insbesondere in Haftpflicht- und Kunstfehlergesetzen berücksichtigt werden. Keine Erleichterungen sollen jenen zugute kommen, die Exzellenz deklarieren und trotzdem nur den alten, erodierten Standard liefern.

Allgemein gilt für Konsumenten: Sie werden bis zu einem gewissen Grad akzeptieren müssen, dass bei jedem fünften VW bei unpassenden Gelegenheiten die Räder abfallen oder dass ein Bayer-Aspirin gelegentlich mehr Schmerzen verursacht, als es lindert – sofern der Preis dem erodierten Standard entspricht. Wer das höhere Leistungsprofil will, zahlt den Aufschlag. Die überkommene Habitualisierung endet, wenn diese Unterscheidung Alltag wird.

Eine bessere Welt ist nicht mehr fern

Das Enthabitualisierungsproblem wirkt durch die Zeit und erzeugt Sprungmarken, auf die wir uns vorbereiten müssen. Ein Zeitalter der Nivellierung und Kommodifizierung endet. Der Handwerker, der aus der erodierten Vergütung und der aufgeblasenen Rolle ausbricht, schafft am Ende ein höheres Leistungsprofil – und damit eine neue Wertschätzung für Exzellenz. Dasselbe gilt für Ärzte, Ingenieure, Lehrer und Unternehmer.

Wir alle können mithelfen, dass diese Wertschätzung rechtzeitig genug wieder neu entdeckt wird. Indem wir den Identitätsmissbrauch benennen, künstliche Bekräftigungen durchschauen, den Wettlauf um Zentralisierung nicht mitmachen und den Ausbruch aus der Habitualisierung zulassen. Am Schluss steht nicht Chaos, sondern ein klareres Leistungsprofil und die Bereitschaft, es angemessen zu vergüten.

Der Mechanismus ist kein Schicksal. Er ist ein wiederkehrendes Muster, das man erkennen und in Richtung neuer Exzellenz lenken kann.



16. Das gute Leben im Sozial-Libertarismus

Sozialer Friede, echte wirtschaftliche Sicherheit, Institutionen, die Achtung verdienen, hohes Vertrauen und ein Staat, den man kaum spürt: Dieser Teil beschreibt die konkret besseren Lebensbedingungen, die auf Gesellschaften warten, die sich für den richtigen Weg entscheiden — ein goldenes Zeitalter, verstanden als Bauplan.

2026-06-15 - Positions-Papier
#Gesellschaft #Zukunft

Stellen wir uns einen gewöhnlichen Dienstag vor, wenige Jahrzehnte von heute entfernt. Eine mittelgroße Stadt, irgendwo zwischen Alpen und Nordsee. Um sechs sperrt der Bäcker auf und lässt die Tür offen stehen, denn die Tür muss nichts mehr abwehren. Kinder gehen zu Fuß zur Schule, quer durch die Stadt, und kein Erwachsener greift deswegen zum Telefon. Auf dem Markt wechseln Waren gegen ein Geld, das nächstes Jahr noch wert sein wird, was es heute ist, und bei größeren Geschäften genügt oft ein Handschlag — nicht weil die Menschen naiv wären, sondern weil das gebrochene Wort in dieser Stadt teurer ist als jeder Vertrag.

Ein Formular hat an diesem Dienstag niemand ausgefüllt. Eine Behörde hat niemand betreten. Der Staat war da — irgendwo, verlässlich wie ein Deich —, aber gespürt hat ihn keiner. Nichts an diesem Dienstag ist spektakulär. Und genau das ist die Sensation.

Wer heute von so einem Dienstag liest, hält ihn für Nostalgie oder für Utopie. Er ist keines von beidem. Er ist ein Bauplan. Denn nichts in diesem Bild verlangt neue Menschen, Wunder oder unerschöpfliche



Kassen. Es verlangt nur eine Ordnung, die das freie Zusammenwirken der Menschen nicht länger bestraft. Elf Teile lang hat diese Serie untersucht, woran der Westen krankt und wie der Ausbruch gelingt. Dieser zwölfte Teil handelt vom Ziel: vom guten Leben im Sozial-Libertarismus.

Eintracht ist kein Befehl

Eintracht wird heute mit Einstimmigkeit verwechselt, und weil Einstimmigkeit unter freien Menschen nie zu haben ist, wird sie ersetzt durch verordnete Einigkeit — durch Sprachregelungen, Lagerbildung und das dauernde Sortieren in Freund und Feind. Das Ergebnis kennt jeder: eine Gesellschaft, die pausenlos von Zusammenhalt redet und ihn dabei verliert.

Die sozial-libertäre Ordnung geht den umgekehrten Weg. Sie erzwingt keine Meinung, sie schützt die Grenze. Eintracht entsteht dort von unten: aus Verträgen, die gehalten werden; aus Eigentum, das respektiert wird; aus der einfachen Tatsache, dass niemand auf Kosten des anderen leben kann, weil die Ordnung es nicht hergibt. Wo der Staat keine Beute mehr ist, endet der Kampf um die Beute. Wo Politik nicht mehr verteilen kann, was sie vorher anderen nahm, verlieren die Verteilungskämpfe ihren Treibstoff — und mit ihnen der Neid, die Lager, die gepflegte Empörung.

Menschen, die einander nichts wegnehmen können, begegnen sich anders. Sie können verschieden bleiben — im Glauben, im Geschmack, in der Lebensform — und trotzdem in Frieden Tür an Tür wohnen. Sozialer Friede ist keine Stimmung, die man herbeimodert. Er ist das Nebenprodukt einer Ordnung, in der Übergriff sich nicht lohnt.

Man erkennt diese Eintracht nicht an Fahnen, sondern an Kleinigkeiten: am Vereinsfest, auf dem drei Konfessionen und keine einzige Parole zusammenkommen; am Streit, der vor dem Schiedsmann endet statt auf der Straße; an Nachbarn, die verschieden wählen und trotzdem gemeinsam das Dach des Gemeindehauses decken. Der Lärm der Dauerempörung ist verklungen — nicht weil jemand ihn verboten hätte, sondern weil ihm das Publikum abhandengekommen ist. Empörung ist ein Geschäftsmodell, und in dieser Ordnung findet es keine Kundschaft mehr.



Sicherheit, die aus Können wächst

Wirtschaftliche Sicherheit heißt heute: Anspruch auf Zuteilung. Im Sozial-Libertarismus heißt sie: Verlass auf die eigene Leistung — und auf eine Ordnung, die diese Leistung nicht heimlich enteignet. Das Fundament ist unspektakulär und gerade darum revolutionär: ehrliches Geld, das den Sparer nicht bestiehlt; Eigentum, das sicher ist; Erträge, die beim Leistenden bleiben.

Auf diesem Fundament wird Sparen wieder rational, Vorsorge wieder möglich, Planung wieder sinnvoll. Der Handwerker weiß, dass sein Erspartes in dreißig Jahren noch trägt. Die junge Familie weiß, dass das Haus, das sie abbezahlt, am Ende wirklich ihr gehört — nicht der Bank, nicht der Steuerbehörde, nicht der nächsten Abgabenreform. Der Gründer weiß, dass Erfolg keine Zielscheibe ist. Fleiß und Genügsamkeit, die alten Tugenden aus dem sechsten Teil dieser Serie, hören auf, Torheiten zu sein, und werden wieder, was sie immer waren: der kürzeste Weg zu einem unabhängigen Leben.

Das ist keine Garantie gegen jedes Unglück; die gibt es nirgends, auch wenn Apparate sie versprechen. Aber es ist etwas Besseres: eine Gesellschaft, in der Rücklagen echt sind, Hilfe nah ist und der Wiederaufstieg offensteht. Sicherheit ist dort kein Zustand, den man bezieht, sondern eine Fähigkeit, die man besitzt — und Fähigkeiten kann keine Krise wegbeschließen.

Und weil Sicherheit aus Können wächst, wächst mit ihr der Mut. Menschen mit echten Rücklagen gründen eher, wechseln eher, widersprechen eher. Wirtschaftliche Sicherheit ist darum keine Frage des Komforts — sie ist die materielle Basis des aufrechten Gangs.

Institutionen, die Achtung verdienen

Respekt vor Institutionen lässt sich nicht verordnen. Er wird verdient — oder er stirbt. Eine Institution verdient Achtung, wenn sie tut, wofür es sie gibt, und sonst schweigt: Gerichte, die schnell, vorhersehbar und ohne Ansehen der Person urteilen. Eine Währung, die nicht lügt. Register, die stimmen. Ämter — wenige —, deren Mitarbeiter dienen, weil Dienst dort wieder ein Ehrbegriff ist und kein anderes Wort für Verwaltung des Mangels.



Der siebte Teil dieser Serie nannte die wichtigste Tradition die Tradition des Neubeginns. Für Institutionen heißt das: Bestand hat, was sich bewährt — nicht, was sich verbarrikadiert. Eine Institution, die ihren Zweck verliert, verliert ihr Recht; eine, die ihn erfüllt, wächst über Generationen zu jener stillen Autorität heran, die keine Drohung braucht. Wenige Institutionen, aber unbestechliche; kleine Apparate, aber verlässliche — das ist die Formel, aus der Achtung entsteht.

Und Achtung verändert die Richtung des Blicks: Man schaut nicht mehr zur Institution hinauf wie zum Herrn und nicht auf sie herab wie auf den Gegner, sondern auf sie wie auf ein gutes Werkzeug — mit dem ruhigen Stolz dessen, der weiß, dass es hält.

Auch das Recht selbst wird wieder schlank: wenige Gesetze, klar geschrieben, für alle gleich. Der achte Teil dieser Serie hat die gesetzliche Freiheits-Absicherung beschrieben — jenes feste Geländer, das Willkür nicht dem guten Willen der Regierenden überlässt, sondern sie strukturell unmöglich macht. Ein Recht, das jeder kennen kann, ist ein Recht, das jeder verteidigen kann; und ein Recht, das jeder verteidigt, braucht keine Armee von Aufsehern.

Vertrauen — das unsichtbare Kapital

Vertrauen ist das billigste Schmiermittel und das teuerste Gut einer Gesellschaft. Wo es fehlt, wird alles langsam und teuer: dreifache Absicherungen, endloses Kleingedrucktes, Kontrolle über Kontrolle, Prozesse statt Gespräche. Die misstrauische Gesellschaft bezahlt an jeder Ecke einen unsichtbaren Zoll.

Im goldenen Zeitalter ist es umgekehrt. Kredit heißt wieder, was das Wort sagt: credere, glauben. Der Lieferant liefert auf Wort, der Kunde zahlt auf Rechnung, der Nachbar borgt ohne Pfand. Nicht aus Naivität — aus Kalkül: In einer Ordnung, in der Reputation echtes Kapital ist und Täuschung ihren Preis behält, ist Ehrlichkeit schlicht die überlegene Strategie. Vertrauen ist dort keine Tugendübung, sondern ein Gleichgewicht — von Millionen kleinen, gehaltenen Versprechen täglich neu bestätigt.

Hohes Vertrauen ist der wahre Wohlstandsmultiplikator: Es beschleunigt jeden Handel, verbilligt jede Zusammenarbeit und schafft jene



Gelassenheit, an der man freie Gesellschaften auf den ersten Blick erkennt.

Und Vertrauen vererbt sich. Kinder, die zusehen, wie Erwachsene Wort halten, lernen Wort halten wie eine Muttersprache. So verzinst sich das unsichtbare Kapital über Generationen — jede hält, was die vorige versprochen hat, und kann darum mehr wagen als sie.

Die Zivilgesellschaft trägt

Zwischen dem Einzelnen und dem Staat liegt das eigentliche Land: Familien, Vereine, Genossenschaften, Stiftungen, Gemeinden, Nachbarschaften, freie Bünde jeder Art. Ein Jahrhundert lang wurde dieses Land trockengelegt — jede Aufgabe, die eine Behörde übernahm, wurde einer Gemeinschaft entwunden, bis vom dichten Geflecht vielerorts nur Antragsformulare blieben.

Im Sozial-Libertarismus kehrt das Leben in diese Mitte zurück, weil Raum und Mittel zurückkehren. Was Menschen selbst ordnen können, ordnen sie selbst — und sie können weit mehr, als ihnen ein Jahrhundert Bevormundung eingeredet hat. Hilfe hat dort wieder ein Gesicht und einen Namen; sie kommt vom Verein, von der Zunft, von der Gemeinde, von Menschen, die wissen, wem sie helfen. Der Beschenkte bleibt Nachbar statt Fall; der Gebende bleibt Bürger statt Zahler.

Eine starke Zivilgesellschaft ist nicht der Lückenbüßer eines schwachen Staates. Es ist genau umgekehrt: Der Staat ist der Lückenbüßer — zuständig für den schmalen Rest, den freie Gemeinschaften wirklich nicht leisten können. Diese Reihenfolge, nichts anderes, heißt Subsidiarität.

Wie das aussieht, ist keine Spekulation; man konnte es besichtigen. Die Genossenschaften Raiffeisens, die Krankenkassen der Zünfte, die Bildungsvereine der Arbeiter — sie alle entstanden ohne Ministerium, aus Not, Nähe und Ehrgeiz. Die Zivilgesellschaft des goldenen Zeitalters ist nichts Neues; sie ist etwas Wiedergefundenes, ausgestattet mit den Werkzeugen unserer Zeit: vernetzter, transparenter, schneller — aber vom selben Holz.



Ein Staat, den man kaum spürt

Der Staat des goldenen Zeitalters ist klein, stark und still. Er schützt Leib, Eigentum, Verträge und Grenzen — und schweigt sonst. Man begegnet ihm wie einem guten Schiedsrichter: Alle wissen, dass es ihn gibt, alle sind froh darüber, und über dem Spiel vergisst man ihn.

Seine Gesetze kann ein Bürger zählen und verstehen. Seine Abgaben sind sichtbar, begründet und niedrig genug, dass niemand seine Lebensentscheidungen nach ihnen ausrichten muss. Seine Diener sind wenige und ausgesuchte; gerade weil der Apparat klein ist, ist es wieder eine Ehre, ihm anzugehören. Ein solcher Staat hat Autorität, gerade weil er sie selten gebraucht — wie eine Klinge, die scharf bleibt, weil man sie nicht zum Dosenöffnen verwendet.

Kaum spürbar heißt nicht abwesend. Es heißt: anwesend wie das Fundament eines Hauses — niemand denkt täglich daran, aber alles steht darauf.

Der Bogen eines Lebens

Was heißt das alles für ein einzelnes Leben? Es heißt zuerst: eine behütete Jugend. Kinder wachsen in Familien auf, die Zeit füreinander haben, weil nicht zwei Einkommen den Apparat füttern müssen, bevor eines die Familie ernährt. Sie spielen draußen, weil die Straßen sicher sind; sie lernen bei Lehrern und Meistern, die ihre Eltern gewählt haben und die deshalb Rechenschaft schulden; sie wachsen behütet auf, aber nicht überwacht — beschützt vor echten Gefahren, nicht vor jeder Erfahrung.

Es heißt weiter: ein ehrbares Erwachsenenleben. Arbeit, deren Ertrag beim Arbeitenden bleibt, ist wieder das, was sie sein soll — der normale Weg zu Eigentum, Ansehen und Unabhängigkeit. Gründen ist ein Wochenende Papier, kein Jahr Spießrutenlauf. Das gehaltene Wort ist Alltagswährung, der eigene Name ein Vermögenswert, den man mehrten und vererben kann. Ehrbarkeit ist kein Museumswort mehr: Sie ist schlicht die Beschreibung eines Lebens, das auf eigener Leistung ruht und nichts verbergen muss.



Und es heißt: ein würdiges Alter. Die Alten dieses Zeitalters werden nicht verwahrt, sondern sind eingebettet — in Familien, denen man das Sorgen nicht abgewöhnt hat, in Gemeinschaften, die ihre Erfahrung als das behandeln, was sie ist: Kapital. Sie sitzen in den Räten der Vereine, stehen in den Werkstätten als Ratgeber, sitzen an den Tischen ihrer Enkel als Erzähler. Sie übergeben, was sie aufgebaut haben, ungeschmälert an die nächste Generation — Eigentum, Wissen, Maßstäbe. Wer sein Leben lang gehalten hat, was er versprach, wird am Ende von einer Gesellschaft gehalten, die es ihm gleichtun will.

Und über diesen ganzen Bogen legt sich das, was heute am schmerzlichsten fehlt: gemeinsame Zeit. Feste, die eine Stadt wirklich feiert. Sonntage, die still sind, weil niemand sie füllen muss. Werkbänke, an denen drei Generationen stehen. Das gute Leben ist kein privater Rückzug — es ist ein Leben unter Menschen, denen man vertrauen darf.

Anders als heute

Man lege dieses Bild neben die Gegenwart, und der Befund ist hart: Misstrauen als Voreinstellung, Verteilungskampf als Dauerzustand, Institutionen, die Respekt fordern, statt ihn zu verdienen, ein Staat, der überall spürbar ist und nirgends verlässlich. Eine Jugend, die überwacht wird, aber nicht behütet ist; ein Erwachsenenleben, in dem Leistung sich immer weniger lohnt; ein Alter, das versorgt, aber selten geehrt wird.

Doch dieser Befund ist kein Schicksal. Jeder einzelne Baustein der heutigen Lage wurde gemacht — beschlossen, verordnet, eingewöhnt. Und was gemacht wurde, kann anders gemacht werden. Genau das war der Gang dieser Serie: vom wankenden Westen des ersten Teils über die Pflicht zur Abschreibung bössartiger Schulden, die Tugenden, die wirklich frei machen, die Tradition des Neubeginns bis zur neuen Wertschätzung für Exzellenz im elften. Der Weg ist beschrieben. Dieser zwölfte Teil sagt nur noch, wohin er führt.

Das goldene Zeitalter beginnt mit einer Entscheidung

Goldene Zeitalter sind nie vom Himmel gefallen. Das Athen des Perikles, die Blüte der Hanse, die Gründerzeit — sie alle waren Ordnungsleistungen: Menschen gaben dem Zusammenwirken freier



Kräfte Regeln, die hielten, und dann hielt der Wohlstand Einzug, und mit ihm Kunst, Wissenschaft und jene Zuversicht, die man in den Gesichtern alter Porträts noch heute erkennt.

Nichts hindert uns, das wieder zu können — außer der Gewohnheit, es uns nicht zuzutrauen. Das goldene Zeitalter beginnt nicht auf einem Parteitag und nicht mit einem Dekret. Es beginnt dort, wo jede Ordnung beginnt: im Einzelnen. Im gehaltenen Wort. Im gegründeten Verein. In der Rücklage, die man bildet, im Handwerk, das man meistert, im Kind, dem man beides vorlebt. Es beginnt mit der Entscheidung, so zu leben, als wäre die gute Ordnung schon da — denn aus genau solchen Leben setzt sie sich zusammen.

Eintracht statt Lärm. Sicherheit aus eigener Kraft. Institutionen, die man achten kann, und ein Staat, den man vergisst. Eine Jugend im Schutz, ein Leben in Ehre, ein Alter in Würde. Das ist kein Traum vergangener Tage. Das ist der Bauplan der kommenden — und er wartet auf seine Baumeister.



17. Wem nützt die SLB im Einzelnen?

Selbständige und Freiberufler: Faire Markt-Chancen

Wer alles selbst trägt, verdient zumindest eines: gleiche Regeln für alle. Warum der Sozial-Libertarismus die natürliche Heimat der Selbständigen ist.

Sie sperren als Erste auf und löschen als Letzte das Licht. Kein Konzern zahlt ihr Gehalt weiter, wenn ein Auftrag platzt, keine Abfindung wartet, wenn der Markt dreht. Selbständige und Freiberufler leben davon, dass ihre Leistung überzeugt – jeden Tag aufs Neue. Genau deshalb verdienen sie, was ihnen die Gegenwart immer öfter verweigert: faire Markt-Chancen.

Ein Markt mit Schlagseite

Wer heute selbständig ist, konkurriert längst nicht mehr nur mit Mitbewerbern, sondern mit einem System. Große Konzerne leisten sich Abteilungen, die Förderungen abholen, Ausschreibungen bespielen und Regulierungen mitgestalten. Der Ein-Personen-Betrieb füllt dieselben Formulare nach Feierabend aus. Abgaben und Beiträge werden fällig, bevor der erste Euro verdient ist; Vorschriften, die angeblich alle schützen, wirken wie Mauern um die Etablierten. Dazu kommen zähe Zahlungsmoral, Pflichtmitgliedschaften und ein Steuerrecht, das ohne Berater kaum noch zu bewältigen ist. Viele spüren: Nicht der Markt ist ihr Problem – sondern seine Verzerrung.

Das Rückgrat, das niemand sieht

Dabei sind es gerade die Selbständigen, die eine freie Gesellschaft im Innersten zusammenhalten. Sie verwandeln Können in Wert, ohne jemandem zur Last zu fallen. Sie haften mit dem eigenen Namen und oft mit dem eigenen Vermögen. Sie bilden aus, halten Ortskerne lebendig und beweisen täglich, dass Eigenverantwortung keine Floskel ist, sondern eine Lebensform. Eine Gesellschaft, die diese Menschen entmutigt, sägt an dem Ast, auf dem ihr Wohlstand sitzt.



Was der Sozial-Libertarismus anbietet

Der Sozial-Libertarismus will keinen schwachen Staat, sondern einen fairen: gleiche Regeln für alle Marktteilnehmer, ob Weltkonzern oder Werkstatt. Konkret heißt das: radikal vereinfachte Steuern und Meldepflichten, die ein Mensch ohne Beraterstab erfüllen kann. Abbau von Subventionen, mit denen der Staat einzelnen Wettbewerbern Vorteile aus Steuergeld verschafft. Offener Marktzugang statt Lizenz- und Zulassungshürden, wo diese nur Besitzstände schützen. Und ein Rechtsstaat, der Verträge schnell und verlässlich durchsetzt – auch für den Kleinen gegen den Großen.

Faire Markt-Chancen sind keine Gnade der Politik, sondern die Grundbedingung einer freien Wirtschaft. Der Sozial-Libertarismus verspricht Selbständigen keine Geschenke – sondern etwas Wertvolleres: einen Markt, auf dem Leistung wieder entscheidet. Denke frei. Handle gerecht. Kooperiere sinnvoll, Gutes wird folgen.

Familien: Ein leistbares Leben

Wohnen, Energie, Lebensmittel: Warum das Leben für Familien so teuer wurde – und wie sozial-libertäre Politik den Druck vom Familienbudget nimmt.

Es gibt keinen ehrlicheren Maßstab für den Zustand eines Landes als die Frage, ob eine junge Familie vom eigenen Einkommen gut leben kann. Zwei Menschen, die arbeiten, Kinder großziehen und niemandem etwas schulden wollen – wenn sich selbst das kaum noch ausgeht, stimmt etwas Grundsätzliches nicht.

Wenn Leistung nicht mehr reicht

Familien spüren die Schieflage zuerst: Wohnen verschlingt einen immer größeren Teil des Einkommens, Energie und Lebensmittel wurden in wenigen Jahren drastisch teurer, und vom Bruttolohn bleibt nach Steuern und Abgaben oft nicht einmal die Hälfte. Die Inflation, die Erspartes entwertet, fällt nicht vom Himmel: Sie ist die Folge von Schuldenpolitik und Geldvermehrung – eine stille Steuer, die niemand beschlossen hat und die Familien mit jedem Einkauf bezahlen. Wer



dann Unterstützung braucht, wird durch einen Dschungel aus Anträgen und Zuständigkeiten geschickt. So entsteht das zermürende Gefühl, trotz aller Anstrengung zurückzufallen.

Die Keimzelle von allem

Familien sind keine Zielgruppe unter vielen. In ihnen entsteht, was keine Behörde erzeugen kann: Urvertrauen, Verantwortungsgefühl, Bindung, Werte. Wer Kinder großzieht, leistet den vielleicht wichtigsten Beitrag zur Zukunft eines Gemeinwesens – unbezahlt, oft unbedankt, Tag und Nacht. Eine Gesellschaft, die Familien wertschätzt, redet nicht nur über sie: Sie hört auf, ihnen das Leben künstlich zu verteuern.

Der sozial-libertäre Weg zu einem leistbaren Leben

Der Sozial-Libertarismus setzt dort an, wo die Teuerung entsteht – beim Staat selbst. Solide Staatsfinanzen und ein stabiles Geldwesen entziehen der Inflation den Boden. Deutlich niedrigere Steuern und Abgaben lassen Familien mehr vom selbst verdienten Geld: Netto vom Brutto statt eines Umverteilungskreislaufs, bei dem die Familie erst zahlt und dann als Bittsteller zurückbekommt. Entbürokratisierung beim Bauen und mehr Wettbewerb bei Energie und Gütern senken die Preise dauerhaft, statt sie mit immer neuen Zuschüssen zu übertünchen. Und Subsidiarität heißt: Familien entscheiden selbst über Erziehung, Betreuung und Lebensform – der Staat vertraut ihnen, statt sie zu bevormunden.

Ein leistbares Leben ist keine Utopie, sondern der Normalzustand einer gesunden Ordnung. Der Sozial-Libertarismus will Familien nichts schenken – er will aufhören, ihnen laufend etwas wegzunehmen. Das ist der Unterschied. Denke frei. Handle gerecht. Kooperiere sinnvoll, Gutes wird folgen.



Beamte: Gegen Korruption und Verschwendung

Die besten Beamten leiden am meisten unter Postenschacher und Verschwendung. Warum ein schlanker, regelgebundener Staat das Berufsbeamtentum aufwertet.

Wer den Staat kritisiert, meint selten die Menschen, die ihn tragen. Die Standesbeamtin, der Polizist, die Finanzbeamtin, der Baureferent: Sie halten das Gemeinwesen am Laufen, meist gewissenhaft, oft unter schwierigen Bedingungen. Und niemand ärgert sich mehr über Korruption und Verschwendung als jene Beamten, die ihren Dienst ernst nehmen.

Wenn das System die Anständigen bestraft

Korruption beginnt selten mit einem Kuvert. Sie beginnt mit Postenbesetzungen nach Parteibuch statt nach Können. Mit Förderungen und Aufträgen, die dorthin fließen, wo die Beziehungen sitzen. Mit Prestigeprojekten, deren Kosten explodieren, während am Amt der Drucker kaputt bleibt. Der gewissenhafte Beamte erlebt das doppelt bitter: Er muss Regeln vollziehen, die immer komplizierter werden, sieht zugleich, wie sie ganz oben gebogen werden – und haftet am Ende mit dem Ansehen seines Berufsstandes für Skandale, die andere zu verantworten haben.

Ehre, wem Ehre gebührt

Das Berufsbeamtentum ist im Kern eine große Idee: Menschen, die dem Gesetz dienen und nicht einer Partei, die Verlässlichkeit über Gefälligkeit stellen und Verwaltung als Dienst am Bürger verstehen. Diese Haltung verdient Respekt – und sie verdient ein Umfeld, das sie nicht täglich beschämt. Ein Staat, der seine besten Leute schätzt, schützt sie vor politischer Willkür und misst sie an Leistung, nicht an Loyalität.



Der sozial-libertäre Ansatz: Weniger Gelegenheit, mehr Kontrolle

Der Sozial-Libertarismus zieht daraus einen nüchternen Schluss: Korruption gedeiht dort, wo die Politik viel zu verteilen hat und wenig kontrolliert wird. Ein Staat, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert – Recht, Sicherheit, Infrastruktur, verlässliche Verwaltung –, bietet schlicht weniger Angriffsfläche: weniger Fördertöpfe für Günstlinge, weniger Sonderregeln für Freunde. Was der Staat aber tut, soll er hervorragend tun: mit transparenten Budgets, klaren Zuständigkeiten, unabhängigen Prüfern und Postenvergabe streng nach Qualifikation. So wird der öffentliche Dienst kleiner an Umfang, aber größer an Ansehen.

Gegen Korruption hilft kein Misstrauen gegen Beamte, sondern eine Ordnung, die Anstand belohnt. Der Sozial-Libertarismus steht auf der Seite derer, die dem Gesetz dienen – und gegen jene, die sich den Staat zur Beute machen. Denke frei. Handle gerecht. Kooperiere sinnvoll, Gutes wird folgen.

Digital Creators: Faire Vergütung statt KI-Enteignung

KI-Modelle lernen von Millionen Werken – bezahlt werden ihre Schöpfer nicht. Warum Eigentumsrechte an Trainingsdaten die sozial-libertäre Antwort sind.

Illustratoren, Musikerinnen, Fotografen, Autorinnen, Programmierer: Digital Creators haben aus dem Internet einen Kulturraum gemacht. Jetzt erleben viele von ihnen, wie ihre Lebenswerke in KI-Modelle eingespeist werden – ohne Zustimmung, ohne Nennung, ohne einen Cent Vergütung. Und anschließend konkurriert die Maschine, die von ihnen gelernt hat, gegen sie um ihre eigenen Kunden.

Enteignung im Datenmaßstab

Was hier geschieht, hat einen alten Namen in neuem Gewand: Es ist die Nutzung fremden Eigentums ohne Erlaubnis und Entgelt – nur eben milliardenfach. KI-Konzerne sammeln Werke ein, weil sie es können, und nennen es Fortschritt. Doch der Wert ihrer Modelle stammt zu



einem erheblichen Teil aus den Trainingsdaten, also aus der Arbeit realer Menschen. Wer diese Wertschöpfung abschöpft, ohne die Urheber zu beteiligen, betreibt keine Innovation, sondern Umverteilung von unten nach oben: von Millionen Kreativen zu wenigen Plattformen.

Unternehmer des Geistes

Digital Creators verkörpern, was eine freie Wirtschaft im besten Fall ist: Menschen, die ohne Anstellung, ohne Subvention und ohne Schutzmacht aus Talent und Fleiß ein Auskommen schaffen. Sie tragen ihr Risiko selbst, bauen ihr Publikum eigenhändig auf und leben unmittelbar von der Zahlungsbereitschaft freier Menschen. Wer Marktwirtschaft ernst meint, muss diese Pioniere ernst nehmen – gerade dann, wenn mächtige Akteure ihre Rechte für verhandelbar erklären.

Die sozial-libertäre Antwort: Eigentum gilt auch digital

Der Sozial-Libertarismus ist nicht gegen Künstliche Intelligenz – er ist gegen die Gratisbedienung an fremdem Eigentum. Märkte funktionieren nur, wenn Eigentumsrechte durchgesetzt werden; das gilt für Werkstücke wie für Werke. Deshalb braucht es klare Regeln für das KI-Zeitalter: Trainingsdaten nur mit Lizenz, transparente Offenlegung, welche Werke verwendet wurden, und eine faire, laufende Tantiemen-Beteiligung („Royalties“) für alle, deren Daten Modelle trainieren. So entsteht ein echter Markt für Trainingsdaten, auf dem Kreative Anbieter sind statt Beute – und KI-Entwicklung auf Vertragsbasis statt auf Aneignung beruht.

Technischer Fortschritt und Eigentumsrechte sind keine Gegner; ihre Verbindung heißt Marktwirtschaft. Der Sozial-Libertarismus will beides: leistungsfähige KI und bezahlte Kreative. Denke frei. Handle gerecht. Kooperiere sinnvoll, Gutes wird folgen.